



10. Oktober 1932

GERHARD GLIENKE · ZUR LAGE DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFT

NACH der letzten amtlichen Erntevorschätzung muß man in diesem Jahr mit einer bei weitem höhern Ernte als im Vorjahr rechnen. Damit hat Deutschland wieder die Grenze der Selbstverforgung mit Getreide erreicht. Der gesamte Getreidezufschußbedarf betrug im letzten Wirtschaftsjahr 1931-1932 rund 2,5 Millionen Tonnen. Nimmt man die Zahlen der Vorschätzung als endgültig an, so ergibt die neue Ernte gegenüber der vorjährigen allein ein Plus von rund 3,3 Millionen Tonnen. Selbst wenn die endgültige Novembererschätzung einen etwas geringern Gesamtertrag an Getreide ergeben sollte (und höchstwahrscheinlich auch ergeben wird), ist es doch sicher, daß der Mehrertrag, als Minimum gerechnet, die Mengen bringen wird, die Deutschland im letzten Jahr einzuführen gezwungen war. Einem Einfuhrüberschuß an Roggen von 437 000 Tonnen würde nach der letzten amtlichen Vorschätzung nunmehr ein Mehrertrag von 1,7 Millionen Tonnen gegenüberstehen, und einem Zuschußbedarf an Weizen von 630 000 Tonnen ein Mehrertrag von 870 000 Tonnen. An Brotgetreide insgesamt steht also ein Einfuhrüberschuß im letzten Erntejahr von 1,067 Millionen Tonnen einem Mehrertrag von 2,570 Millionen für dieses Erntejahr gegenüber. Die Futtergetreideeinfuhr belief sich auf 1,450 Millionen Tonnen, während an Hafer und Gerste ein Mehrertrag von 700 000 Tonnen geschätzt wird. Der noch verbleibende Einfuhrüberschuß von 750 000 Tonnen wird also durch die bei weitem stärkere Brotgetreideproduktion mehr als wettgemacht. Trotz allen Regierungsmaßnahmen konnte ein starkes Ablinken der Brotgetreidepreise nicht verhindert werden. Innerhalb weniger Monate sank der Weizenpreis von 270 Mark pro Tonne im Mai 1932 auf etwa 210 Mark im September 1932, der Roggenpreis von 202 auf 160 Mark pro Tonne. In Wirklichkeit treten die Folgen dieses Preisrückgangs aber keineswegs in der selben Stärke für die Landwirtschaft in die Erscheinung, da ja der Preis von 270 Mark pro Tonne Weizen fast nur theoretisch zu bewerten ist, zumal im Mai der Verkauf ohnehin nur geringfügig ist. Etwa $\frac{2}{3}$ des Brotgetreides verkauft die deutsche Landwirtschaft schon in der 1. Hälfte eines jeden Erntejahrs, also auf einem bedeutend niedrigerem Preisniveau. Im letzten Wirtschaftsjahr lag dieser Preis etwa bei 220 Mark pro Tonne Weizen. Lediglich den Roggen-

preis vermochte die Regierung vom November 1931 ab 8 Monate lang bei 195 Mark pro Tonne zu halten, ohne daß damit eine für den Verbraucher belastende Verteuerung verbunden gewesen wäre. Diese Preisfettigung war die Folge der geringern Roggenernte des vorigen Jahres, die noch in ihrem Ertrag durch einen 10prozentigen Anbauflächenrückgang gemindert war.

Angelichts der neuen Erntemengen, die nicht nur dem Roggen sondern auch dem Weizen bei weitem höhere Erträge brachten, muß man nun alles versuchen einen Preiszusammenbruch auf dem Getreidemarkt zu verhüten. Nicht nur auf dem Gebiet der Getreideerzeugung sondern auch auf dem der Fleischproduktion liefert die deutsche Landwirtschaft genug, um die Selbstversorgung sicherzustellen. Nicht anders ist es mit dem Gemüsebau, der nur zu niedrigsten Preisen die erzeugten Mengen auf den Märkten abzustoßen vermochte. Die Tatsache, daß wir für den größten Teil der agrarischen Erzeugung die Selbstversorgungsgrenze erreicht und teilweise sogar schon überschritten haben, ist das Entscheidende für jedes agrarpolitische Denken. Damit ergibt sich, daß sich die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch den natürlichen Prozeß der deutschen Mehrproduktion von selbst ermäßigen muß. Tatsächlich ist die Einfuhr seit 1927 um mehr als 2,5 Milliarden Mark zurückgegangen, und sie wird auch weiterhin zurückgehen. Man muß sich eben von der Zwangsvorstellung eines starken Einfuhrbedarfs an landwirtschaftlichen Erzeugnissen freimachen und die den starken Rückgang bedingende Mehrproduktion der deutschen Landwirtschaft bei jeder wirtschaftlichen Betrachtung in Rechnung stellen. Das schließt keineswegs eine Einfuhr ausländischen Getreides vielleicht im Austauschverfahren aus. Es läge sogar durchaus im industriellen Interesse gewisse Mengen aus den notleidenden südosteuropäischen Staaten auf Gegenseitigkeit zu beziehen. Besonders dringlich erscheint es im Sinn einer engern europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wie sie der französische Donauplan anstrebt, die Getreidezufuhren nur aus den südosteuropäischen Notstandsgebieten zu übernehmen und jegliche Einfuhr aus Übersee, aus dem Bereich der angelsächsischen Imperien, zu sperren.

Man findet aber gar nicht so selten den Gedanken vertreten, daß Deutschland als ausgesprochenes Industrieland nur ein Interesse haben könnte ausländische landwirtschaftliche Erzeugnisse und erst recht, wenn sie sogar billiger sind als die einheimischen, hereinzulassen. Diese rein industrialistische Auffassung geht einmal an den oben dargelegten Tatsachen, dann aber auch an dem für die Gesamtwirtschaft nicht ganz bedeutungslosen Umstand vorüber, daß von 100 Erwerbstätigen zwar 41,4 % in der Industrie tätig sind, doch immerhin noch 30,5 % in der Landwirtschaft arbeiten. Wir sind (wenn freilich in der sozialökonomischen Struktur des Landes lange nicht mehr so ausgeglichen wie Frankreich, dem der "Amerikanismus" niemals imponierte, das daher stärker seine eigne Art entwickelte) glücklicherweise vorläufig durchaus noch kein ausgesprochenes Industrieland, und darum wird die Landwirtschaft immer noch ein wichtiges Wort innerhalb der gesamten Wirtschaftspolitik mitzureden haben. Deshalb ist es ein Unfinn auf der einen Seite sich bereitzuerklären der Landwirtschaft zu helfen, auf der andern Seite aber die Einfuhr billiger ausländischer Lebensmittel zu fordern, die doch der landwirtschaftlichen Rentabilität den Todesstoß verletzen würden. Man erweist der deutschen Arbeiterklasse wahrhaftig einen sehr schlechten Dienst, wenn man ihr immer und immer wieder von den Segnungen ausländischer billiger Lebens-

mittel etwas vorgaukelt. Derartige Hinweise sind zwar leichte und bequeme agitatorische Mittel, lassen aber jeden Ernst an dem großen Wirtschaftsprobleme vermessen. Bis jetzt ist der Kampf um die Erhaltung des landwirtschaftlichen Berufs der Gesamtheit noch billiger zu stehen gekommen als es bei der Übereignung von 30,5 % aller Erwerbstätigen in Deutschland an die chaotischen Zustände des Weltmarkts der Fall gewesen wäre. Mit der Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktion ist das Schickfal der Gesamtwirtschaft Deutschlands untrennbar verbunden.

Wenn wir beispielsweise den noch fehlenden Butterbedarf aus dem Ausland beziehen müssen, so kann das nicht heißen, daß wir die Buttereinfuhr zu niedrigsten Preisen uneingeschränkt zum Beispiel aus Dänemark zulassen. Wir müssen da vor allem an die deutsche Bauernschaft denken. Sind doch gerade die Preise für Veredlungsprodukte besonders niedrig. Während im August 1932 die Indexziffer für Getreide bei 108 liegt, beträgt sie für Vieherzeugnisse 90,7 und für Schlachtvieh sogar nur 71,2. Diesen Zahlen steht ein Ernährungsindex von 111,8 und ein Produktionsmittelindex von 117,7 gegenüber. Auch England, das unseren Konfumentenschützern immer als das gelobte Land des Freihandels Gegenstand höchster Verehrung war, hielt es für richtig den Dominions in Ottawa Zölle auf Veredlungsprodukte aus anderen Ländern als den dem Britischen Reich angehörenden zuzugestehen, durch die Dänemark schwer geschädigt wird. England beabsichtigt sogar unter anderm die eigne Schweine- und Rindviehzucht bedeutend zu fördern und die Produktion von Schweinefleisch und Veredlungsprodukten der Rindviehhaltung in dem selben Maß zu vermehren.

Durch ihre Produktionssteigerung ist die deutsche Landwirtschaft in immer stärkerem Maß grade für den Absatz ihrer Erzeugnisse auf den innern Markt angewiesen. Der uneingeschränkten Aufnahme aber steht die große Arbeitslosigkeit, der große Kaufkraftschwund gegenüber. So hat sich insbesondere der Butterverbrauch in der letzten Zeit sehr vermindert. Auch der Verbrauch an Weizen ist ohne Zweifel geringer geworden. Von der Seite des Absatzes oder der Kaufkraft des Verbrauchers her drohen der Landwirtschaft Schwierigkeiten, die ihr unendlich schaden können und vieles verderben, was in den letzten Jahren mühevoll an Aufbauarbeit geleistet worden ist. Somit bleibt auch weiterhin das große Ziel bestehen die Kraft der Landwirtschaft zu erhalten, wofür die selbstverständliche Voraussetzung die Angleichung des Index für landwirtschaftliche Erzeugnisse an den der Industrieerzeugnisse ist. Dazu braucht es keineswegs Lohnsenkungen der Industriearbeiter. Eine solche Maßnahme würde die Kaufkraft der Massen noch mehr senken und damit den unerträglichen Zustand verstärken, der schon besteht, nämlich daß die große Masse infolge ihrer Notlage gezwungen ist sich große Entbehrungen an Lebensmitteln aufzuerlegen und darum die in ausreichendem Maß vorhandenen Erzeugnisse der Landwirtschaft, die sie bitter nötig braucht, nicht zu kaufen vermag. Aus diesem Grund, und darauf ist besonders nachdrücklich hinzuweisen, tritt das Siedlungsproblem augenblicklich völlig in den Hintergrund. Grade hier in den Sozialistischen Monatsheften, die Jahrzehnte hindurch für Bauernsiedlung eintraten und in einer starken Bauernschaft die beste Gewähr für den Bestand der deutschen Nation erblicken, muß, wie die Dinge zu diesem kritischen Zeitpunkt liegen, vor Siedlungsversuchen, die nur fehlschlagen können und den Siedlungsgedanken kompromittieren,

nachdrücklich gewarnt werden. Den vielen heute propagierten Siedlungsprogrammen kann nur agitatorischer Wert beigemessen werden, keineswegs können sie Ausgangspunkte einer Besserung der Gesamtkrise sein. Siedlungstätigkeit über den natürlich bedingten und gegebenen Rahmen hinaus vermindert keineswegs die Arbeitslosigkeit sondern kann durch willkürliche Zerschlagung von Großbetrieben in dieser Zeit nur wirtschaftliche Nachteile in der Form bringen, daß die Produktionskraft der Landwirtschaft bedenklich verringert wird. Die Erhaltung und Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung hat aber in den letzten Jahren zu einer Verminderung der Devisenausgaben geführt, die ungemindert zu leisten die gesamte deutsche Volkswirtschaft bei einer Zerschlagung der landwirtschaftlichen Rentabilität auch nicht im entferntesten in der Lage gewesen wäre.

Jede Regierungsaktion, die in diesem Sinn für die deutsche Landwirtschaft weiterwirkt, kann man nur gutheißen. Das gilt auch für alles das, was die Reichsregierung jetzt auf diesem Gebiet verkündet hat. Das Kontingentierungssystem erscheint hier freilich mehr als bloße Behelfsmaßnahme denn als Glied eines Ganzen durchdachter Agrarpolitik. Zu begrüßen ist die der Landwirtschaft zugedachte Zins erleichterung. Sie ist unbedingt notwendig, wenn die Betriebe nicht von ihrer Zinslast erdrückt werden sollen. Nun aber gilt es das Land der demagogischen Spekulation, die sich seiner bemächtigt hat, zu entziehen und eine produktive Politik zu beginnen, die die Landwirtschaft als Fundament der nationalen Gesamtwirtschaft festigt.

CARL MIERENDORFF · DIE FESSELN SPRENGEN



ZU Beginn des Wahlkampfes für den 7. Reichstag der Deutschen Republik ist das Kennzeichen der Lage eine allgemeine Verdrossenheit. Schon wieder eine Wahl, fragt der deutsche Staatsbürger, nachdem die letzte erst vor 2 Monaten stattfand? Was kann sie schon an der Zusammenetzung des Reichstags ändern?

Es wird aller Anstrengungen der Parteien bedürfen diesen Zustand der Passivität und Indolenz zu überwinden und die Wähler wieder in eine aktive Seelenverfassung zu bringen, weil im Ringen mit der Regierung von dieser Seite die Gefahr droht. Die Spekulation die Parteienpolitik mit der Waffe dieser Verdrossenheit zu schlagen ist sehr durchsichtig. Man muß sich deshalb schon heute dagegen zur Wehr setzen, daß ein etwaiger Rückgang der Wahlbeteiligung und das daraus resultierende Defizit an Parlamentsmandaten als ein indirektes Vertrauensvotum für das regierende Kabinett und als Urteil gegen die "Parteienwirtschaft" ausgelegt werden. Hat die Depression, die zu Beginn des Wahlkampfes sichtbarlich breite Wählerkreise beherrscht, aber nicht auch noch tiefere Ursachen? In der deutschen Innenpolitik sieht es heute, börsenmäßig gesprochen, lustlos und matt aus. Aber kann man denn Deutschland überhaupt durch innenpolitische Maßnahmen helfen? Uns scheint, daß die Verdrossenheit aus dem richtigen Gefühl stammt, daß es gar kein innendeutsches Rezept gibt, um Deutschland wieder auf die Beine zu stellen.

Deutschland ringt schwer nach Luft. Wenn es wieder atmen soll, müssen die Mauern niedergedrückt werden, zwischen denen es zu ersticken droht. Sie sind in den letzten Jahren und Monaten erschreckend rasch himmelwärts gewachsen. Der höchst deprimierende Verlauf der jüngsten außenpolitischen Aktion der Reichsregierung in der Rüstungsfrage ist wohl auch für alle

diejenigen ein Menetekel, die heute mit so erstaunlich viel Zuversicht die Taten der Regierung betrachten, bewerten und bestaunen. Hoffentlich legen sie sich auf Grund dieser Vorgänge die Frage vor, ob auf diese Weise, mit dieser Methode, mit dieser Politik und auf diesem Weg das deutsche Volk aus dem tiefen Dunkel der Not von heute herausgeführt werden kann. Die Attacke auf die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags, die in diesen Herbsttagen geritten wurde, gleicht verzweifelt dem Ausfall der Besatzung einer Festung, die mit einem Gewaltstreich den Ring der Belagerung zu sprengen sucht. Der mit Fanfaren angekündigte Durchbruch ist mißlungen. Der Außenminister ist unverrichteter Dinge von Genf nach Hause zurückgekehrt, und jetzt ist man froh, wenn man die Notbrücke der sogenannten Fünfmächtekonferenz betreten kann. Die neueste Episode deutscher "aktiver Außenpolitik" hat also wie die früheren, nur ein Fiasko gebracht.

Wird man es bei diesem Exempel bewenden lassen? Oder denkt man die Episode noch zu wiederholen? Mit banger Sorge erfüllt uns diese Frage. Denn wir kennen unsere Landsleute, kennen ihre Sucht sich in Preftigefragen zu verbeißen. Die Welt aber ist in einen Strom der Erhitzung und Erregung geraten, der nicht weiter anschwellen darf. Wenn jetzt nicht »Das Ganze halt!« geblasen wird, rutscht Europa unaufhaltsam in eine neue Katastrophe hinein. Ist das die Politik des Reichskanzlers Franz von Papen? Er hat (oder hatte) im Gegensatz zu den allermeisten seiner Vorgänger auf dem Reichskanzleritz so etwas wie ein außenpolitisches Programm. Wo ist es geblieben? Sein offenbar autorisierter Propagandist Walther Schotte schreibt in seiner mit so viel sensationellem Echo aufgenommenen Broschüre darüber:

»Papens außenpolitische Linie ist seit Jahren bekannt. Er war einer der ersten, die in dem deutsch-französischen Verständigungsausschuß des luxemburgischen Großindustriellen Mayrlich aktiv mitarbeiteten, er wurde Träger der Bestrebungen, die sich in dem französisch-deutschen Katholikenausschuß organisierten. Eine seiner Grundideen, die er in seinem Aufsatz *La bonne ou la mauvaise Allemagne?* zum erstenmal aus sprach, ist die Überzeugung, daß die deutsch-französische Verständigung nur zwischen den konservativen und nationalen Kräften beider Länder dauerhaft bewirkt werden könne.«¹

Die These, daß eine dauerhafte deutsch-französische Verständigung nur von den »konservativen und nationalen« Kräften bewirkt werden könnte, ist freilich grundverkehrt; solche Verständigung ist grade für die Dauer eine Sache wahrhafter (nicht formaler) Demokratie. Immerhin: Wo bleibt die Politik zur Verwirklichung jener These, zu der sich von Papen so demonstrativ auch noch nach Antritt seiner Kanzlerschaft bekannt hat?

Die bruske Zurechtweisung, die die englische Regierung der deutschen als Antwort auf die Forderung nach militärischer Gleichberechtigung zuteil werden ließ, war eine bittere Lehre. Das scharfe Nein Englands schlug der (von der deutschen Presse durch dauernd falsche Berichte irreführten) deutschen Öffentlichkeit wie ein Peitschenhieb ins Gesicht. Hatte sich doch bei uns alles wieder in der Illusion des vorausichtlichen englischen Beistands im Kampf um die deutsche "Freiheit" gewiegt. Es ist erfreulich, daß wenigstens eine Zeitung wie das Berliner Tageblatt das Symptomatische an diesen Vorgängen festgenagelt hat. Theodor Wolff schrieb dort am 25. September:

»Diese Illusion, man könne England von Frankreich loslösen, erbt sich seit der Gründung der Entente cordiale wie eine ewige Krankheit fort. Jetzt ist es genau wieder so gewesen und genau wieder so gekommen. Es wird so sein, solange man

1) Siehe Schotte *Das Kabinett Papen-Schleicher-Gayl* / Berlin 1932 / Seite 55.

glaubt Probleme, die in erster Linie deutsch-französische sind, in London lösen zu können. Niemand verkennt die jetzt stetig wachsenden Schwierigkeiten eines Verhandeln mit Frankreich, aber wenn man an dem nationalen Spruch festhält: Mit den Franzosen ist doch nichts zu machen, dann bedeutet das, wie die Dinge nun einmal liegen, den Verzicht auf außenpolitische Betätigung, und dann kann das ganze Auswärtige Amt schlafen gehen.«

Leider besteht aber wenig Hoffnung, daß diese Einsicht wach bleibt. Zumal nicht nach der Entdeckung der Frankfurter Zeitung, daß auch England in dieser Note prinzipiell ja die deutsche Gleichberechtigungsthese anerkannt habe. Denn, so hieß es in der Frankfurter Zeitung am 29. September:

»Es ist übrigens wichtig darauf hinzuweisen, daß ein entscheidendes Wort der englischen Note grade in dem Abschnitt 5 falsch überetzt worden ist. Es ist nämlich da gesagt, das anzustrebende Ziel ist »bei den stark gerüsteten Mächten die größtmögliche Herabsetzung und bei den schwach gerüsteten Staaten jedenfalls *keine wesentliche Vermehrung*« (no material increase ist nicht mit »keine materielle Aufrüstung«, wie der offizielle deutsche Überetzungstext lautete, wiederzugeben). Das heißt also: Trotz der etwas fatalen moralischen Allüre des englischen Memorandums ist hier die prinzipielle Berechtigung der deutschen Gleichberechtigungsthese anerkannt.«

Es kam also genau so, wie es in den Sozialistischen Monatsheften am Tag nach der Bekanntgabe der englischen Note vorausgesagt wurde: daß die Enttäufchung über die englische Note »nicht lange anhalten«, und man »bald wieder einen wohlwollenden Unterton heraushören« würde². Wird die Regierung von Papen samt ihrer Gefolgschaft durch solche Entdeckungen nun veranlaßt, gestützt auf diesen "Überetzungsfehler", neuen Mut zum Durchhalten im Kampf um die "Gleichberechtigung" schöpfen?



HABEN wir denn wirklich keine größeren Sorgen als formale Gleichberechtigungsfragen? Es ist unmöglich den frühern Reichskanzler Heinrich Brüning von der Mitschuld (eigentlich der Hauptschuld) an dieser Entwicklung freizusprechen. Er hat die Idee dieser Politik nicht nur gehegt sondern auch praktisch aufstärkste gepflegt. Seine Regierung war es, die unbedingt auf dem Beginn der Abrüstungskonferenz in diesem Frühjahr bestand, obwohl auf vielen Seiten der Welt sehr deutlich der Wunsch laut wurde die ohnehin komplizierte weltpolitische Situation nicht durch die Einbeziehung der Abrüstungsprobleme noch mehr zu komplizieren. Nun sind wir also in der Sackgasse der internationalen Politik vor der Stirnwand angekommen.

Solche Strategie erinnert nur allzusehr an die ominöse Büffelstrategie der Kriegszeit. Nicht das Geschmetter der Entrüstungstrompeten, das Tag und Nacht aus dem deutschen Blätterwald schallt, kann uns weiterbringen, sondern nur ein nüchternes Überdenken unserer Lage. Wir halten es für eine gefährliche Selbsttäufchung zu denken, Deutschland könne sich in dieser Krise allein, ohne Zusammenwirken mit einem Stärkern europäischen Partner, gar noch in offenem Kampf gegen Europa, wieder hoch schaffen. Nur eine entschlossene großgedachte Außenpolitik kann aus der heillos verbarrikadierten innendeutschen Lage den Weg ins Freie bahnen. Eine Binsenwahrheit, gewiß. Aber sie gilt auch für das Kabinett Papen-Schleicher genau so wie für alle seine Vorläufer. Praktisch gesprochen heißt das: So sehr die französische Antwort und Edouard Herriots Rede in Gramat auf das deutsche Gleichberechtigungsbegehren die deutsche Öffentlichkeit auch verstimmt haben mögen, wir haben die Pflicht ernsthaft zu prüfen, ob sie nicht doch Verständigungsmöglichkeiten enthalten. Die französische Regierung hat durch die außerordent-

²) Siehe *Kleinbeft* Angelfächliche Entscheidung über Europa?, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 769.

liche und allgemein vermerkte Zurückhaltung im Ton ihrer Note sehr deutlich ausgedrückt, daß sie eine sachliche Erörterung dieses heiklen Themas wünsche, obwohl ihr die fäbelraffelnde Art und Weise, mit der man in Deutschland die Debatte über die Forderung nach der deutschen "Wehrhoheit" eröffnen ließ, den bequemsten Vorwand gegeben hätte Töne höchster Leidenschaft anzuschlagen. Wenn deshalb heute in Deutschland heftige Empörung über die spätere Rede Herriots herrscht, so könnten auch die Empörten sich sagen lassen, daß diese durch deutsche Reden und Artikel als im voraus kompensiert gelten kann. Die von der französischen Regierung überreichte Antwortnote schlägt jedenfalls keineswegs alle Türen zu, ja, durch die Präzisierung ihres Standpunkts öffnet sie grade diejenige Tür, durch die eine Begegnung erfolgen kann.

Das Ergebnis auch dieser Abrüstungsdebatte ist das selbe wie das aller bisher geführten: Auch das Problem der deutschen Gleichberechtigung wäre leichter gelöst, wenn vorher das Problem der Sicherheit geregelt wäre. Es ist von höchstem Wert, daß seit der französischen Antwort und auch seit der Gramatrede Herriots dieser Punkt für die deutsche Öffentlichkeit deutlicher denn je herausgestellt worden ist. Die deutsche Regierung wußte bei der Abfassung des ersten deutschen Memorandums natürlich sehr genau, daß hier der Angelpunkt des Problems liegt: daß es mit Frankreich auch über diesen Punkt nur dann eine Einigung geben kann, wenn zuvor die Frage der Sicherheit, das A und O der französischen Politik, zufriedenstellend beantwortet wird. Trotzdem hat sich die deutsche Regierung nur vag über diesen Punkt ausgesprochen, indem sie ausführte, sie könne zur Sicherheitsfrage nicht Stellung nehmen, da sie nicht wisse, wohin die konkreten Wünsche der französischen Regierung gehen, sie werde aber »Itets zur Erörterung von Plänen bereit sein, die dazu dienen die Sicherheit für alle Staaten in gleicher Weise zu festigen«. Um so bedeutungsvoller ist es, daß die französische Antwort diese Anregung sofort aufgriff und erklärte, sie sei »nicht nur bereit etwaige Anregungen Deutschlands zu prüfen«, sondern sie bitte auch um solche Anregungen, denn »nichts würde zur Befriedung der Welt zweckmäßiger erscheinen als ein Zusammenwirken zweier großer Länder«. Nicht genug damit, Frankreich sprach in dieser Note demonstrativ die Auffassung aus, daß es von dem Wunsch geleitet sei »mit Deutschland nach einem neuen Rechtszustand zu suchen«, der nicht »auf den alten Weg der Vorbereitung zum Krieg« zurückführe sondern »durch Fortschritte in der Organisation des Friedens« zu erreichen wäre. Es ist weiterhin höchst bemerkenswert, daß Herriot in seiner Rede in Gramat in dieser Beziehung noch weiterging, daß er von der Sicherheit für alle Völker sprach und auf die Parallelschaltung von Abrüstung und Sicherheit anspielte, die zurzeit von den großen Mitgliedern des Völkerbunds studiert würde.

Wird Deutschland zu dieser klaren Feststellung, daß alle Abrüstungsfordernngen ohne konkrete Sicherheitsmaßnahmen ein Unflinn, ja im Grund auch eine Unehrllichkeit sind, sich prinzipiell äußern? Erfordern Vorschläge des Ranges gemeinsam »mit Deutschland nach einem neuen Rechtszustand zu suchen« nicht sorgfältige Erwägung? Wird man in Deutschland diese für den Frieden der Welt entscheidende Frage endlich einmal grundätzlich debattieren, losgelöst von der aktuellen Situation, in der sich Deutschland befindet? Auch bei dieser Frage könnte es sich eines Tages bitter rächen, wenn man sie, wie es heute der Fall ist, lediglich unter innenpolitisch opportunistischen Gesichtspunkten der augenblicklichen Lage Deutschlands stellt und be-

antwortet. Bis jetzt hat man sich auf deutscher Seite nur entrüstet. Dieser Zustand darf unmöglich andauern. Es handelt sich um die Sicherung des Weltfriedens, genauer: die Sicherung des Friedens in Europa. Die Lehre des Weltkriegs lautet doch wohl unbelzweifelbar, daß mit Kundgebungen des guten Willens der Friede nicht zu sichern ist sondern nur mit konkreten Maßnahmen, nicht durch leere Deklamationen sondern nur durch handfeste Organisation des Friedens. An die Stelle des alten römischen Worts »Si vis pacem, para bellum«, das in der Vorkriegszeit so schlimm gewirkt hat, tritt jetzt, nach dem Erlebnis des Weltkriegs, die Forderung: Wenn du den Frieden willst, rüste den Frieden. Diese Überlegungen sind es, die den französischen konkreten Sicherheitsvorschlägen ihr enormes Gewicht geben, wie sie Herriot in der Rede von Gramat nochmals formuliert hat: »Schaffung einer internationalen Polizeimacht, Achtung vor den Verträgen, Abschaffung der Geheimdiplomatie, Schiedsgerichtsbarkeit, militärische und wirtschaftliche Sanktionen«; dazu auch die internationale Kontrolle der Rüstungen. Diese Vorschläge decken sich mit den Ausführungen der französischen Antwortnote, in der es in logischer Festsetzung des Gedankengangs heißt, daß die französische Regierung »auf dem Weg der Abrüstung um so weiter gehen wird, je größere Garantien sie in der allgemeinen Organisation des Friedens findet«. Die konkrete Aufgabe der Friedenspolitik (wie der Wehrpolitik, die doch nur Friedenspolitik sein soll) besteht also in der Schaffung einer Plattform zur Durchführung dieses Prinzips im intraeuropäischen Rahmen.

Was trennt uns als Deutsche von diesen Gedanken? Was macht uns das Betreten dieser Plattform schwer? Die Probleme des Ostens, das Korridor-, das Danzig- und das Ostpreußenproblem? Man hat die deutsche Öffentlichkeit heute mit diesen Fragen hypnotisiert. Niemand wird bestreiten, daß das Probleme sind, die gelöst werden müssen. Aber sie können durch intraeuropäische Verständigung gelöst werden; anders, nämlich durch Krieg, darf und kann es auch nicht sein. An positiven Vorschlägen zur Neuordnung der Korridorverhältnisse, die auch nach unserer Meinung nicht in der in Versailles geschaffenen Form bestehen bleiben können und sollen, ist kein Mangel. Notwendig ist nur der feste Entschluß, daß solche Lösung mit Mitteln der Gewalt nicht angestrebt werden darf. Es gibt eine historische Parallele dazu: Den gleichen Standpunkt hat seinerzeit die französische Sozialistische Partei unter der Führung Jean Jaurès' gegenüber dem Problem Elsaß-Lothringen vertreten. Wenn uns der Weltkrieg etwas gelehrt hat, müssen wir als Deutsche und Sozialisten in der Frage der Ostgrenze den selben Standpunkt mit allem Nachdruck vertreten: Keine Lösung durch Krieg!

Deutschland muß sich entscheiden, und es sind schwerwiegende Entscheidungen, vor denen wir stehen. Wir werden unsere tiefe, bis zur Entmutigung gehende Depression (ihr psychisches Gegenstück ist die hysterische Überreiztheit, die uns immer wieder überfällt) nur überwinden, wenn wir die außenpolitische Depression beheben, die heute auf uns und auf unsern ganzen Kontinent lastet. Die Linie, auf der wir uns augenblicklich bewegen, führt ins Verhängnis. Sie muß raschestens verlassen werden, weil sich sonst die internationale Depression täglich nur verschärft. Dazu gehört freilich der Entschluß sich von lieb gewordenen Denkfehlern zu trennen. Wenn wir die Fesseln sprengen wollen, die zurzeit die deutsche Nation umspannen, müssen wir zuerst die Fesseln unseres eignen politischen Denkens sprengen.



HERMAN KRANOLD · VERWALTUNGSREFORM IN PREUSZEN

SEIT 1917 hat die preußische Verwaltung an der Vorbereitung einer umfangreichen Verwaltungsreform gearbeitet. Bis zur Beilegung der preußischen Minister war aber diese Arbeit über den Rahmen einer umfangreichen Literatur und von Referententwürfen nicht hinausgekommen. Die preußische Regierung hatte nur gewisse Einzelfragen vorweg gelöst, so durch die Auflösung der Gutsbezirke, die Einführung der Kompetenzkompetenz der Landkreise, durch die Neugliederung der kommunalen Verwaltung in den Industriegebieten des preußischen Westens. Dagegen waren die allgemeine Verwaltungsreform und die Neueinteilung der Landkreise in den übrigen Gebieten Preußens nicht durchgeführt worden. Die Regierung wollte diese Maßnahmen nur (wie die vorerwähnten auch) auf dem Weg der von der Verfassung vorgeesehenen Gesetzgebung, nicht aber unter äußerster Ausnutzung des Verordnungsrechts treffen, und zum Zustandekommen normaler Gesetzgebungsakte wäre eine starke Regierungsmehrheit im Landtag und im Staatsrat erforderlich gewesen, wie sie eben seit 1924 nicht mehr bestand. Dann aber war eine erhebliche Anzahl der bei der Verwaltungsreform zu lösenden Fragen fachlich durchaus umstritten und konnte noch nicht als geklärt angesehen werden, so daß es dringend wünschenswert schien erst noch für eine fachliche Erörterung aller dieser Fragen (namentlich auch durch Personen, die amtsmäßig nicht gebunden waren) Raum zu lassen. Endlich war im Verlauf der Erörterungen ziemlich bald klar geworden, daß die Verwaltungsreform jedenfalls zunächst keine Ersparnisse bringen sondern erhebliche, wenn auch einmalige, Aufwendungen verursachen, und daß auch auf die Dauer vom Standpunkt der Sparlichkeit bei der Reform nicht viel herauskommen würde, solange man nicht eine radikale Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte mit der Reform verbinden könnte. Zu der radikalen Maßnahme etwa im innern Dienstbetrieb für alle Entwürfe als aktenfähige Schrift Stenographie zuzulassen, wie es in Bayern schon seit vielen Jahren der Fall ist, fehlte es in Preußen zunächst an den Voraussetzungen. Hier hat überhaupt erst die Einführung der Einheitsstenographie es möglich gemacht auf dieses Ziel hinzuwirken, seitdem ist man erst daran gegangen für die mittleren Beamten und Angestellten die Kenntnis der Stenographie zur Pflicht zu machen, während die überwältigende Mehrheit der höheren Beamten auch heute noch nicht stenographieren kann. So konnte der Kenner der Dinge einen besonders starken Antrieb jetzt mit der Reform der innern Verwaltung vorzugehen nicht empfinden.

Trotzdem durfte die von der Regierung Braun-Severing befolgte Methode wichtige Teile des Komplexes der Verwaltungsreform vorweg zu erledigen sehr hübsche Erfolge verzeichnen. Einige sind oben schon aufgezählt; von ihnen ist besonders die Auflösung der Gutsbezirke gradezu als ein revolutionärer Akt zu bezeichnen. Aber auch anderes muß hier erwähnt werden, so das Polizeiverwaltungs-gesetz, das Gesetz zur Umgestaltung des Dienststrafrechts der nichtrichterlichen Beamten, das Gesetz zur Umgestaltung des Dienststrafrechts der richterlichen Beamten, die Massenaufhebungen veralteten Polizeirechts und anderes mehr. Im Vergleich zu früheren Zeiten war dieser Fortschritt der Reformgesetzgebung, am Zeitverbrauch gemessen, gar nicht gering zu bewerten. Es entsprach der ganzen Verworrenheit und

Schwierigkeit der gegenwärtigen Lage, daß die Gesetzgebung der Reform der Verwaltung sich nicht überstürzte. Es ist heute sehr leicht aus kurzfristigen Erfahrungen voreilige Lösungen als dringend empfundener Probleme abzuleiten, es wird sich aber wahrscheinlich sehr bald schon herausstellen, daß überstürzte Maßnahmen als ungenügend und zum Teil fehlerhaft erkannt werden müssen. Dann tritt sehr leicht die Lage ein, daß man entweder die neugeschaffenen verfehlten Bestimmungen viele Jahre hindurch mitschleppt oder die Schritte wieder zurückmachen muß, die man eben gemacht hat.

Die zurzeit die Geschäfte der preußischen Minister wahrnehmen, haben mit dieser Taktik der vorsichtigen Zurückhaltung gebrochen. Nachdem die Reichsregierung, die sie eingeleitet hat, sich von vornherein als eine Regierung der Taten empfohlen hatte, ist es nicht sehr erstaunlich, daß es nun galt dem Tatendrang in sichtbarer Weise zu genügen. Die vom Oberbürgermeister Franz Bracht geführte kommissarische preußische Regierung griff daher in die Schubladen der Regierung Braun-Severing hinein, entnahm ihnen einige Entwürfe und verlieh ihnen unter Anwendung von allerhand Verordnungsbefugnissen Gesetzeskraft. So kam es zur Verordnung über die Aufhebung von Amtsgerichten vom 30. Juli 1932, zur Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen vom 1. August 1932 und zur Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 1. September 1932.

Die Verordnung über die Aufhebung von Amtsgerichten braucht nicht besonders besprochen zu werden; das Urteil über sie hängt, weil es sich durchweg um die Aufhebung sehr kleiner Amtsgerichte handelt, im wesentlichen von der Antwort auf die Frage ab, ob es richtig ist die unteren Behörden für möglichst große oder für möglichst kleine Gebiete zuzuschneiden. Diese Angelegenheit aber ist am besten an der Hand der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen zu beurteilen.

PREUSZENS Verwaltung hat zentrale Behörden, zum Beispiel die Ministerien, Mittelbehörden, zum Beispiel die Oberpräsidien, die Regierungen und (bisher) die Landeskulturbehörden, schließlich untere Verwaltungsbehörden, von denen im Bereich der Staatsverwaltung die wichtigsten die Polizeipräsidien und die Landratsämter, daneben aber in großer Zahl noch Spezialbehörden für einzelne Zweige der Verwaltung, so die Kulturämter, die Eichämter, die Katasterämter, die Hochbauämter, die Kulturbauämter, die Medizinal-, Veterinär- und Schulräte sind. In der Selbstverwaltung entspricht den staatlichen Mittelbehörden die Zusammenfassung in Provinzialverbänden, deren Verwaltung vom Provinzialauschuß geleitet wird, und über die bisher der Oberpräsident die Aufsicht führte und auch künftig führen wird, und die Stadt- und Landkreise, über die den Regierungspräsidenten die Aufsicht zusteht. Innerhalb der Landkreise bestehen noch kleinere Einheiten der Selbstverwaltung, die in den einzelnen Provinzen Preußens zum Teil stark verschieden gestaltet sind und auch in Zukunft genau so verschieden bleiben; zu erwähnen ist endlich noch, daß in den meisten preußischen Provinzen der Landrat nicht unterste Polizeibehörde in seinem Kreis ist, sondern daß auch da noch für Polizeizwecke kleinere Einheiten bestehen. Die Aufsicht über alle Polizeibehörden im Kreis führt der Landrat, dagegen hat er die Aufsicht über die kommunale Selbstverwaltung nur zum Teil, während sie zu einem andern Teil dem Regierungspräsidenten bisher oblag und auch fernerhin zusteht.

Am Bestand und am Recht der Stadtkreise hat die Regierung Bracht (wenn man sie so nennen darf) durch ihre Verordnungen kaum etwas geändert. Dagegen hat sie sich entschieden die Anzahl der Landkreise um etwa $\frac{1}{7}$ zu vermindern. Dies geschieht durch Zusammenlegung kleiner Kreise in einem Teil des Staats zu größeren Gebilden. Nicht immer sind dabei einfach 2 oder mehrere Kreise in ihrem vollen bisherigen Umfang zu einem neuen Kreis zusammengeschlossen worden, sondern vielfach sind auch Kreise zerteilt, und zwischen Kreisen, die bestehen blieben, Grenzänderungen vorgenommen worden. Für die Sachlichkeit der Vorstellungen über die Notwendigkeit und Dringlichkeit dieser Verwaltungsreform, von denen man dabei ausging, ist nun bemerkenswert, daß die Provinzen Ostpreußen, Grenzmark, Oberichlelien, die Regierungsbezirke Stettin und Stralfund der Provinz Pommern sowie schließlich die ganze Provinz Brandenburg von diesen Änderungen ausgenommen worden sind. Wenn man aber einmal die Gesichtspunkte, die für die Zusammenlegung der Kreise geltend gemacht werden, anerkennt und sich auch mit der Regierung Bracht auf den Standpunkt stellt, daß diese Zusammenlegungen so dringend gewesen wären, daß mit ihnen unter keinen Umständen gewartet werden konnte, bis die Aktion auf dem Weg der normalen Gesetzgebung hätte durchgeführt werden können, so ist diese Ausschließung der genannten Gebiete von der Reform als "rein politisch" zu bezeichnen. Diese Ausnahmen entspringen im wesentlichen der allzu landläufigen Auffassung, daß die genannten Gebiete nationale Bollwerke gegen das Polentum seien und deshalb besonders pfleglich behandelt werden müßten. Was diese Auffassung politisch wert ist, braucht hier nicht besonders ausgeführt zu werden. Oft genug schon ist in den Sozialistischen Monatsheften die für die deutsche Zukunft gefährliche Polenpsychose (die natürlich ihr Gegenstück in der ebenso gemeingefährlichen Deutschenpsychose in Polen hat) gekennzeichnet worden. Grade wer etwa behauptet, der Umstand, daß jene Provinzen mit der Kreiszusammenlegung verschont wurden, stelle ihre besonders pflegliche Behandlung dar, wird von vornherein die lebhaftesten Zweifel haben, warum denn nun eine Maßnahme, die in diesen Gebieten vom nationalen Standpunkt eine unerträgliche Belastung bedeutet hätte, in den anderen Gebieten eine ganz unumgängliche Reform war, deren Segnungen man ihrer Bevölkerung nicht länger vorenthalten durfte.

Die Kreise, die man zusammengelegt hat, sind nach Fläche und Einwohnerzahl sehr verschieden groß. Man irrt aber, wenn man die Leistungsfähigkeit der Kreiskommunalverwaltung nach der Fläche oder nach der Einwohnerzahl des Kreises bemißt. Im großen ganzen geht es heute der starken Mehrheit der Landkreise in Preußen finanziell sehr schlecht, weil der Gesetzgeber der Notverordnungen ihnen dauernd neue Verpflichtungen aufgebürdet, das Geld aber, das zur Bestreitung der Kosten notwendig ist, in der Hauptsache sich selber vorbehalten hat. Trotzdem ist es bemerkenswert, daß unter der Minderheit, die aus jenen Kreisen bestand, die sich auch jetzt noch in einigermaßen erträglichen Verhältnissen befinden, eine recht erhebliche Anzahl grade kleiner und kleinster Landkreise zu finden war. Vom Standpunkt der finanziellen Leistungsfähigkeit aus also ist die Auswahl jedenfalls nicht konsequent getroffen worden. Allem Anschein nach ist es vielmehr die schematische Begeisterung für den Großbetrieb, die für diese Maßnahmen bestimmend gewesen ist. Es ist natürlich richtig, daß in kleinen Landkreisen sich manchmal eine allzu große Engigkeit der Verhältnisse fühlbar macht, daß

die Auswahl geeigneter Personen für die Wahrnehmung der (übrigens nicht zahlreichen) kreiskommunalen Ehrenämter knapp ist, und daß einzelne Zweige der Kreisbehörden ein so kleines Arbeitsfeld hatten, daß die personellen Kosten etwas reichlich wurden. Wenn trotzdem gerade eine Anzahl kleiner und kleinster Kreise sich in besseren finanziellen Verhältnissen befand als viele Großkreise, so hatte das seinen Grund darin, daß die persönliche Berührung und Bekanntheit der Kreisbehörden mit den Verhältnissen der Bevölkerung dort besonders intensiv gedieh, und daß viele Wünsche mit billigen und einfachen Behelfsmaßnahmen erfüllt werden konnten, deren Erfüllung in großen Landkreisen einen erheblichen und natürlich kostspieligen Apparat notwendig macht. Unter diesem Gesichtspunkt waren nach aller Erfahrung diejenigen Landkreise am günstigsten zu beurteilen, deren Ausmaß sich in der Nähe der Durchschnittsgröße der preußischen Landkreise hielt, das heißt Gebilde von 500 bis 900 Quadratkilometer Fläche und von 30- bis 50 000 Einwohnern. Auch solche hat man aber beseitigt. Dadurch sind zwar die Gehälter einer Anzahl von Landräten, aber im Bereich der landrätlichen Verwaltung die Kosten sonstiger Beamten und Angestellten so gut wie gar nicht eingespart worden, und auch bei den Kreiskommunalverwaltungen dürften die Ersparnisse an Personalkosten, wenn man sich in einigen Monaten das Ergebnis im Licht der Erfahrung betrachtet, als ganz geringfügig festzustellen sein. Dafür sind aber die sachlichen Kosten durch die Reform eher in die Höhe getrieben. Der Hauptteil dieser Kosten, zum Beispiel der Krankenhäuser, der Altersheime, der Wohlfahrtspflege, der Landstraßenunterhaltung, ist ja von allen Künften der Gebietseinteilung völlig unabhängig. Die Kosten der Kommunalaufsicht hängen nur von der Anzahl der Gemeinden ab, die sich nicht geändert hat¹; an der Ertragsfähigkeit der kommunalen Steuern ändert sich höchstens insofern etwas, als wahrscheinlich überall da, wo Gebiete mit verschiedenen hohen Steuer- und Gebührenätzen zusammengelegt werden, der niedrigere Satz den höhern verdrängen wird. Die viel größere Entfernung der Kreisbehörden von den Verwalteten wird aber massenhaft Dinge, die bisher im persönlichen Verkehr erledigt wurden, auf den schriftlichen Weg drängen. Und die Kreisbehörden werden in jedem Kreis, der so vergrößert wurde, jährlich Tausende von Automobilkilometern mehr als die Summe der bisher in den getrennt verwalteten Kreisen zu diesem Zweck verfahrenen Kilometer zurückzulegen haben².

Es muß hier noch ein anderer Umstand erwähnt werden. Die Leitung eines Kreises ist in einem für heutige Verwaltungsverhältnisse ungewöhnlich hohen Maß persönliche Leistung des Landrats. Von der Gründlichkeit, mit der er Natur, Wirtschaftsverhältnisse und Menschen seines Gebiets kennt, hängt die Qualität seiner Leistung vornehmlich ab. Diese Verhältnisse sind um so günstiger, je kleiner das Gebiet ist, das der einzelne zu verwalten hat, und um so ungünstiger, je größer das Gebiet wird. Nach meiner Erfahrung, die sicherlich von sehr vielen meiner bisherigen Kollegen geteilt wird, dürften 50 000 Einwohner die Grenze darstellen, oberhalb deren dem Landrat die persönliche Fühlung mit der Bevölkerung nach und nach verloren geht.

1) Allerdings hat die Reform den Kreisen auch die Kommunalaufsicht über die Städte mit bis zu 10 000 Einwohnern gebracht. Das ist an sich sachlich erwünscht, aber für die Mehrkosten sind die Kreise nicht entschädigt worden.

2) Der Staat macht sich allerdings in diesem Punkt die Sache leicht: Er gibt im großen neuen Gebiet dem Landrat keine höhere Fahrkostenentschädigung als im alten kleinen Gebiet; den Rest darf der Kreiskommunalverband zuzahlen.

Dazu kommt, daß die Verlegung vieler Kreislitze alte, oft seit einem Jahrhundert eingefahrene Verbindungen zerreißt. Städte, die die Behörden verlieren, verlieren Kundtschaft für Handel und Gewerbe, anderen Städten wcht sie zu, und kein Mensch weiß, warum grade die einen zugunsten der anderen bluten mssen³. In vielen Fllen war der Verkehr auf den Landratsämtern besonders rege, weil der Sitz des Landrats gleichzeitig den örtlichen Markt, die örtliche geschäftliche Zentrale darstellte; alle Entfernungen, die der zurücklegen muß, der zur Behörde will, werden größer und grade jetzt teurer. Es ist ganz falsch die Bedeutung dieser Faktoren zu verkleinern, indem man mit einer Handbewegung sagt, die "Laufkundschaft" bei den Landratsämtern und Kreisauschssen habe abgenommen und bestehe außerdem in der Hauptsache "bloß" aus Wohlfahrtsempfngern. Grade das Gegenteil ist richtig. Indes, wenn es auch wahr wäre: ist nicht die Möglichkeit, daß der Hilfsbedürftige seine Wünsche bei der entscheidenden Frorgebehrde selbst vortragen kann, ein guter und sehr erwünschter Schutz gegen allzu bureaukratische Erledigung der Aufgaben der Frorge? Und ist sie nicht auch ein wichtiger psychischer Faktor? Können wir es uns eigentlich erlauben die Nerven von Menschen, die schon so viel in den letzten 18 Jahren haben ertragen müssen, nun aufs neue zu belasten? Und das alles schließlich nur um einer Schimäre von Sparsamkeit, einer Fata Morgana von Rationalität in der Verwaltung willen?

Wenn man schon mit der Reform der Kreise nicht warten konnte, dann wäre es richtig gewesen zu untersuchen, ob es nicht an der Zeit wäre eine Reihe allzu großer Kreise zu zerſchlagen. Die Zusammenlegung der Kreise ist in fast allen Fllen genau das Gegenteil des Richtigen. Die Regierung Braun-Severing hat wohl gewußt, weshalb sie nicht verlucht hat die Kreiszusammenlegungen durch Verordnung zu erzwingen; ihr war das Ideal des Großkreises grade wegen der Erfahrungen, die man in den letzten Jahren im Westen damit gemacht hat, offenbar nicht unbedingt gewiß. Die Regierung Bracht hat sich darüber hinweggesetzt und darf mit Genugtuung feststellen, daß sie in den Gebieten, in denen sie die Reform durchgeführt hat, sich niemandes Dank erworben, dar aber sehr viele gegen sich aufgebracht hat. Ist es richtig, daß der Starke am mächtigsten allein ist, so mußte die Regierung Bracht heute sehr stark sein.



WENIGER ungünstig wird im allgemeinen das Urteil über die Maßnahmen ausfallen können, die der Vereinfachung der allgemeinen Landesverwaltung dienen. Der wichtigste Vorwurf, den man ihnen wird machen müssen, ist der, daß man bei halben Maßregeln stehen geblieben ist. Daß man dies tat, hat seinen besondern Grund darin, daß viele der geplanten Maßnahmen sehr umstritten waren, und daß man deshalb nicht gewagt hat aufs Ganze zu gehen.

Einer der Hauptfehler im Aufbau der preußischen Verwaltung war nach allgemeinem Urteil der, daß die Mittelinstanz an 2 Behörden: den Oberpräsidenten und den Regierungspräsidenten, aufgeteilt war, von denen noch dazu in mancher Hinsicht der eine dem andern vorgeſetzt war. Das war dadurch zustande gekommen, daß im Lauf der Zeit den Oberpräsidenten nach

³ In den Orten, in denen Amtsgerichte abgeschafft werden, dürfen die Anwälte, die sich dort niedergelassen haben, einfach ruiniert sein; ihre Kollegen bei den benachbarten bestehenden Amtsgerichten werden dar ohne jeden vernünftigen Grund bereichert.

und nach neue Geschäfte in großer Zahl angegliedert waren. Die Aufgabe der Verwaltungsreform war nun vor allem die zu entscheiden, ob diese beiden Mittelbehörden auch künftig neben einander bestehen sollen, wie dann ihre Befugnisse gegen einander abzugrenzen wären, oder ob eine der beiden der andern Platz machen, und welche der beiden man übrig lassen sollte. Die Frage ist heftig umstritten, auch innerhalb der politischen Parteien sind die Standpunkte nicht die selben. Meine Meinung geht dahin, daß es richtig gewesen wäre die Regierungen aufzuheben und ihre Befugnisse zwischen Landratsämtern und Oberpräsidenten aufzuteilen. Die Regierung Bracht hat beide Behörden aufrechterhalten, aber die Befugnisse des Oberpräsidenten stark eingeschränkt und die des Regierungspräsidenten ausgedehnt. Der Oberpräsident ist zu allererst politischer Beamter; er führt die allgemeine Aufsicht über die Staatsverwaltung in der Provinz und ist Aufsichtsbehörde für die Selbstverwaltung des Provinzialverbands. Außerdem gehen die Aufgaben der Provinzialschulkollegien auf ihn über. Die Mitglieder dieser Kollegien werden nunmehr Räte bei den Oberpräsidien. Die eigentliche allgemeine Landesverwaltung führt fortan der Regierungspräsident, und er ist auch die Behörde, der alle Restbefugnisse zufallen; denn »dem Regierungspräsidenten liegt die Verwaltung aller Angelegenheiten ob, die nicht ausdrücklich anderen Behörden übertragen sind«. Bei der Regierung werden die Kollegien für Kirchen- und Schulwesen und für Steuern, Domänen und Forsten aufgelöst; ihre bisherigen Mitglieder werden Räte an der Regierung. Ähnlich werden die Landeskulturämter aufgehoben, ihre Aufgaben gehen an die Regierungspräsidenten über⁴. Zum Zweck personeller Ersparnisse wird in einer Reihe von Fällen der Oberpräsident gleichzeitig Präsident der Regierung, die am selben Ort ihren Sitz hat. Er wird also sein eigener Vorgesetzter. Der Aufrechterhaltung der Regierungen entspricht es, daß die Ausdehnung der Befugnisse der Landräte nur in ganz geringem Umfang zustande gekommen ist. Grundfätzlich dem Landrat unterstellt werden nur die Eichämter. Im übrigen bleiben die unteren Spezialbehörden der Staatsverwaltung prinzipiell selbständig. Es ist zwar vorgesehen, daß für einzelne Kreisbehörden eine Vereinigung mit dem Landrat zu einem Kreisamt beim Landratsamt vom Staatsministerium angeordnet werden kann. Aber der Landrat und der Vorsteher der andern Kreisbehörde sollen gemeinsam entscheiden. Bei Meinungsverschiedenheiten hat keiner der beiden vor dem andern den Vorrang, sondern der Regierungspräsident ist anzurufen. Nur bei Gefahr im Verzug kann der Landrat provisorische Anordnungen treffen. Diese Regelung ist schlimmer als gar nichts; denn sie wird sachlich kaum etwas leisten, um das bisher schon recht häufige Gegeneinanderarbeiten der unteren Staatsbehörden zu verhüten, dafür wird sie eine Unmasse neuen Schreibwerks hervorrufen und eine Quelle unerfreulicher und schädlicher persönlicher Reibereien werden. Jede Verbilligung der Verwaltung hätte aber grade bei der untern Staatsverwaltung anfangen müssen. Hier gab es 2 Möglichkeiten: Entweder man unterstellte die unteren staatlichen Spezialbehörden dem Landrat, oder man kommunalisierte sie, indem man den Stadt- und Landkreisen ihre Aufgaben als Auftragsangelegenheiten überwies und die vorhandenen Beamten zu Kommunalbeamten machte. Für die Kulturämter (Siedlungs- und Flurbereinigungsbehörden), die Schulräte, die Eichämter, die Aufgaben der Medizinal- und Veterinärverwaltung zum Beispiel wäre

4) Die Beseitigung der kollegialen Behördenverfassung in der Mittelinstanz steht in Widerspruch zu der Anbahnung kollegialer Bearbeitung der Dinge in der landrätlichen Instanz durch die Schaffung der Kreisämter.

eine Kommunalisierung als Auftragsangelegenheit, die sich auf anderen, schwierigeren Gebieten sehr gut bewährt hat, durchaus möglich gewesen. Es hätte allerdings eine zwischenörtliche Verletzbarkeit der kommunalen Fachbeamten ergänzend hinzutreten müssen. Das wäre eine wirkliche Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung gewesen. Offenbar gehen auch die Urheber der Verordnung davon aus, daß dies die gegebene Tendenz der Entwicklung ist; dafür sprechen manche Einzelheiten. Aber man hat eben nicht gewagt die Konsequenzen zu ziehen.

Zusammenfassend sei gesagt: Auch wenn man einzelne erfreuliche Bestandteile der Verwaltungsreform in Preußen nicht überfieht, muß man doch feststellen, daß sie meist untergeordnete Punkte betreffen. Das Gesamturteil muß daher lauten: Ein großer Aufwand, schmählich, ist vertan.

HANS RABL · IRLAND UND DAS BRITISCHE IMPERIUM

UBER die Irische See zuckt etwas hinüber und herüber, dessen Natur man nicht ohne weiteres erkennt. Äußerlich zeigt sich das Schauspiel einer höchst widerspenstigen, in latentem Aufruhr befindlichen Nation, und man verflucht also andere aufrührerische Nationen heranzuziehen, um ihr Verhalten mit dem der Iren zu vergleichen. Aber man kommt dabei immer zu irrigen Ergebnissen. Was jetzt in Irland spielt, ist nämlich der letzte Akt eines Dramas von geschichtlichen Ereignissen, das sich über gut 7 Jahrhunderte spannt. Die Irische Frage ist nur von hier, von der Geschichte aus faßbar.

Seit im Februar 1932 mit Eamon De Valera der radikalste (und der am stärksten mit der Vergangenheit verbundene) Flügel der Iren an die Regierung gekommen ist, sind die Forderungen Irlands mit einer Schärfe und Präzision formuliert worden, die ob ihrer Schonungslosigkeit allen britischen Gefühlen gegenüber höchstes Erstaunen, Befremden und allerlei Befürchtungen für die Zukunft hervorgerufen hat. Denn was De Valera seinen Wählern durchzusetzen versprochen hat, ist maßlos viel: 1. Abschaffung des Treueids, den jedes Mitglied des Dail Eireann, des irischen Abgeordnetenhauses, und jedes Mitglied des Senats und der Regierung dem englischen König als Oberhaupt des Britischen Reichs zu schwören hat (also die staatsrechtliche Loslösung Irlands vom Empire), 2. Einstellung der Entschädigung des enteigneten englischen Großgrundbesitzes, die in jährlichen Raten von 250 000 Pfund Sterling von der irischen an die englische Regierung gezahlt und von dieser den enteigneten Engländern zurückerstattet wird, 3. Einstellung der Zahlungen an England für Pensionen an frühere britische Beamte in Irland, vor allem an die Mannschaften und Offiziere der ehemaligen Landespolizei, 4. Einführung des Gälischen als alleinige Landessprache, 5. Wiederangliederung Ulsters an den Irischen Freistaat. Alle diese Forderungen basieren auf mehr oder weniger weit zurückliegenden Geschehnissen, alle, selbst die scheinbar positiven, sind Negationen. Eine Regierung, eine Volksstimme spricht hier, die nur in der Vergangenheit lieft, die, nicht unähnlich einem Michael Kohlhaas, ihr ganzes Sein für die Befriedigung ihres Gerechtigkeitsgefühls aufs Spiel zu setzen, in ihren Schritten sich fast ausschließlich von Sentiments und Ressentiments leiten zu lassen scheint.

Wie ist dieses Volk, wie ist dieses Land? In seiner Komödie *John Bulls* andere Insel hat es George Bernard Shaw so gezeichnet: »Aber mit dem Verstand ist es nichts in dieser weichen feuchten Luft, auf diesen weißen quellenreichen Wegen, in diesen feuchten Binsen und braunen Torfmooren, in diesen dunklen Gehängen von Granitfelsen und rotem Heidekraut. Ihr habt am Himmel keine solchen Fernen, keine solchen Traurigkeiten an den Abenden. O, die Träume, die Träumel die qualvollen, herzverflengenden, nie zu befriedigenden Träume, Träume, Träume, Träumel Keine Ausweichung, die je einen Engländer brutal und gemein machte, kann ihm so seinen Wert und seine Tüchtigkeit auslaugen wie diese Träume. Die Phantasie läßt den Iren nie allein, überzeugt ihn nie, befriedigt ihn nie; aber sie ist schuld, daß er keiner Realität ins Antlitz sehen kann, noch mit ihr zu handeln noch sie zu erobern vermag.« Dies ist das Volk der Grünen Insel, das in seinem ganzen politischen Fühlen nach rückwärts gerichtet ist, das, wenn es den Sinn nach vorwärts wendet, sofort in Utopien verfällt; und am Ende laufen die Utopien auf die Wiedererweckung irgendeines Alten heraus. Jeder Punkt des Programms *De Valeras* geht auf ein historisches Ereignis zurück.

Da ist die Weigerung der Schuldentilgung. Einmal gab es eine Zeit, da der irische Boden den Iren gehörte. Dann wurde er ihnen Stück um Stück geraubt, Heinrich VIII, Elisabeth, Cromwell, Wilhelm III nahmen das Land, um es ihren Anhängern, Engländern, zu geben. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts besaßen 800 englische Landlords die Hälfte des irischen Bodens. 1841 hatte Irland 8,2 Millionen Einwohner, trotz einem erheblichen Geburtenüberschuß waren es 1926 nur noch 4,2; in 60 Jahren waren nicht weniger als 4,7 Millionen ausgewandert; nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nach Canada, Australien, sogar nach London, Liverpool, Bradford. Selbst in England schien es den Iren erträglicher als daheim. Daheim, wo die Hälfte der Bevölkerung als kleine Pächter "at will" saß, das heißt von heute auf morgen vertrieben werden konnte. Als 1845 eine furchbare Mißernte herrschte, wurden Hunderttausende, die mit der Pacht in Rückstand gerieten, brutal geworfen. 300 000 Menschen allein verließen in diesem Jahr aus Not das Land, ebenso viele verhungerten. Und die Landlords exportierten zugleich 2 Millionen Quarter Getreide. Seit 1885 versuchte man in London diesen Dingen zu steuern. Aber erst nach schweren Kabinettskrisen (schon der große Pitt war über die Katholikenemanzipation, Gladstone über Home-rule zu Fall gekommen) kam 1903 das Wyndhamgesetz heraus, das 100 Millionen Pfund für Landerwerb zugunsten irischer Pächter bereitstellte und zugleich ein altes Gesetz beilegte, demzufolge kein Ire in Irland Land erwerben dürfe. 1909 respektive 1913 kamen noch 86 Millionen Pfund dazu, so daß heute eine Schuldenlast von 186 Millionen Pfund auf dem irischen Boden ruht. Denn es wurde zwar das Land aller außerhalb Irlands wohnenden Besitzer enteignet, nach 60 Jahren sollten die irischen Pächter auf eigener Scholle sitzen; aber Irland hatte selbst nach und nach diese 3,7 Milliarden Shilling aufzubringen, England streckte sie nur vor. Und dies ist die Schuld, deren Bezahlung *De Valera* nun verweigert.

Die Weigerung der Pensionszahlungen und die Forderung der Wiedervereinigung Ulsters mit dem Irischen Freistaat führen auf die Homerulebewegung einerseits, andererseits auf die fortwährenden Kämpfe der Geheimgesellschaften, deren es nie und nirgends so viele und starke gegeben hat wie eben in Irland,

gegen die britischen Behörden. Noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts »hofften« die Times, »der katholische Kelt werde an den Gestaden von Liffey bald so selten sein wie die Rothaut auf den Felsenbänken von Manhattan«. Dies um 1850. Man mag sich selbst ausmalen, wie vorher gehault worden ist; nicht nur von der englischen Regierung sondern auch von den puritanischen Orangemen Ulsters, einer Geheimbewegung, die bei allen ihren Untaten gegen katholische Iren der Billigung Londons gewiß sein durfte. Erst nachdem man um 1890 den Fenierführer Charles Parnell, den Vater der Homerulebewegung (die nur noch durch den gemeinsamen König mit England verbunden sein, im übrigen Selbstverwaltung für Irland haben will) gemein zu Tode gehetzt hatte, entstand die Sinnfeinbewegung, die, wenn auch stark gewandelt, bis vor kurzem in Dublin am Ruder war. »Wir allein!« Das bedeutet ihr Name. Sie erzwang von der Regierung Asquith die Government of Ireland Bill, die erste große Homerulevorlage im Unterhaus. Hier zugleich entstand der Keim zum Zerfall Irlands in 2 Staaten; denn Ulster mit seinen Presbyterianern und Anglikanern verweigerte Homerule die Gefolgschaft; »Home rule, Rome rule«, eiferte Sir Edward Carson, der ungekrönte König von Ulster, und die Orangemen wurden wieder mobilisiert. Zu jener Zeit hatte Schottland für seine Polizei auf den Kopf der Bevölkerung 2,5 Mark, England 3,5 Mark, das arme Irland 7 Mark zu zahlen. »Wir sind reich, der Rest Irlands ist arm. Wir sind Engländer, jene sind Kelten. Wir sind Protestanten, sie sind von Rom gegängelt. Von jeher waren wir dem Reich treu; sie waren von jeher Rebellen. Jetzt will man uns, die wir Engländer bleiben wollen, gewaltsam aus England ausschließen, uns Enkel Cromwellischer Puritaner und Schottischer Presbyterianer einem ultramontanen Landesparlament ausliefern, das katholische Schutzleute, Lehrer, Steuerheber nach Londonderry schicken wird. Wir dulden keine Regierung unserer Feinde in Dublin, sondern wir werden kämpfen wie unsere Väter am Boynefluß.« So sprach Carson zum Journalisten Arnold Höllriegel.

Diesen Konflikt unterbrach der Ausbruch des Weltkriegs. Doch nicht für lange Zeit. Die Haltung der Sinnfeiner forderte sofort die Orangemen schärfst heraus. Denn Sinnfein begann energisch zu rüsten, aber nicht gegen Deutschland sondern gegen England. Und nun standen sich bald in Irland 4 illegale Bewegungen gegenüber: Sinnfein und Orangemen, dazu die Irish Republican Brotherhood des Patrick Pearse, zwar klein, aber aktiver als Sinnfein, endlich, von Jim Larkin und James Conolly nach dem Transportarbeiterstreik von 1913 gegründet, die sozialistische Citizen Army of Irish Workers. Ostern 1916 begann man jenes mangelhaft vorbereitete Unternehmen, das dem in Deutschland bekanntesten Irenführer, Sir Roger Casement, einem Mitglied der Irish Republican Brotherhood, den Tod bringen sollte, den Aufstand in Dublin. Der letzte Unterführer, der sich mit 100 Mann ergab, war der Mathematikprofessor De Valera. 2600 Rebellen wurden verwundet, 450 fielen, 15 Führer, darunter Pearse und Conolly, wurden ohne Gerichtsverfahren erschossen. Diese Tat, die von neuem die Erinnerung an alle früheren Grausamkeiten wachrief, zog mit einem Schlag ganz Irland, das vorher gar nicht mit den Geheimbündlern sympathisiert hatte, zu ihnen hinüber. Als Ende 1916 Asquith stürzte, und mit Lloyd George ein anderer Kurs heraufkam, schossen die Zellen der Irish Republican Brotherhood und Sinnfeins überall wie Pilze aus der Erde; die neuen Führer waren Michael Collins für die Brotherhood und Eamon De Valera, nun zum Vorsitzenden Sinnfeins gewählt.

London schickte, um Irland nicht ganz aus der Hand zu verlieren, den General John French als Vizekönig nach Dublin. Ein von beiden Seiten brutal geführter Kleinkrieg begann, dessen Narben noch heute in dem zerstörten Zollhaus und der zerfchoffenen O'Connor Street in Dublin sichtbar sind, und den niemand vergessen hat. Das Land erklärte sich mit den Rebellen solidarisch, indem am 21. Januar 1919 Sinnfein von 105 Unterhausmitgliedern nicht weniger als 73 eroberte. Man rief die Irische Republik aus, die Sinnfeiner erklärten, sie gingen nicht nach Westminster. Statt dessen konstituierten sie in Dublin den Dail als unabhängiges irisches Parlament, De Valera wurde zum Präsidenten der Republik, Collins zum Kriegsminister ernannt. Natürlich tagte diese illegale Regierung im Verborgenen, aber sie tagte. Inzwischen hatte man in Westminster ein neues Homerulegesetz herausgebracht. Es sah 2 Parlamente vor, eins für Ulster, eins für den Süden. Ein Rat von Irland, aus beiden gewählt, sollte die Verbindung zwischen Süden und Norden herstellen. Ulster nahm an, der Süden lehnte ab, beharrte bei der Idee der unabhängigen Republik. Trotzdem ließ man wählen. Der Süden wählte unter 128 Abgeordneten 124 Sinnfeiner, die ihre Sitze nicht einnahmen; nur die Demonstration hatte man gewollt. Und der Terror ging weiter. Im Juni 1921 warf Lloyd George das Steuer wieder herum, indem er zu Verhandlungen aufforderte. Am 11. Oktober traf man zusammen. Die irische Delegation wurde von Griffith und Collins geführt, De Valera hatte sich geweigert nach London zu gehen. Er hatte die Propagandagehalte der Politik vorgezogen. Am 6. Dezember wurde der Friede geschlossen. Die Homerulebill von 1919 sollte nur für Ulster gelten, der Süden als Irischer Freistaat den Dominions gleichgestellt werden; Verfassungsvorbild war Canada. Aber es wurde nicht Friede. De Valera trat als Präsident zurück, Griffith wurde sein Nachfolger. Er regierte mit einer Gruppe von Männern, die fast sämtlich Sinnfein angehörten. Ein Rest der alten Fenier gehörte weiter dazu, endlich einige Liberale. Sinnfein beteiligte sich indessen offiziell nicht; unter der Führung Mary MacSwineys, der Schwester des Bürgermeisters von Cork, der im Hungerstreik gestorben war, ergab man sich einer bössartigen Resignation. Das aber war nicht die Sache De Valeras. Er riß als Fianna Fail den radikalsten Flügel von Sinnfein los und begann gegen Griffith jenen Kleinkrieg, den beide vorher gegen London geführt hatten. Griffith starb. William T. Cosgrave, sein Nachfolger, ging De Valera mit allen Machtmitteln des jungen Staats, selbst mit Massenhinrichtungen, zuleibe. Im Mai 1923 gab De Valera nach und legte sich auf die legale Opposition, die ihn 9 Jahre später wieder an die Spitze des Staats führen sollte. Bis dahin hatte der Freistaat einen Zweifrontenkrieg geführt. Denn er hatte sich zugleich gegen Ulster zu verteidigen. Sir James Craig, Carsons Nachfolger, lehnte den Anspruch des Südens auf die Grafschaften Tyrone und Fermanagh ab und begann einen Privatkrieg gegen alles Südliche und Katholische, der erst im Herbst 1925 durch eine Unterhausbill zugunsten Ulsters beendet wurde. Im September 1923 war der Freistaat in den Völkerbund aufgenommen worden, die Dinge begannen in legalen und gesetzmäßigen Bahnen zu laufen. Bis eben De Valera ans Ruder kam und mit seiner Weigerung des Treueids, die diese Stabilisierung aufs neue bedroht, mit seiner Weigerung der Pensionszahlungen, die zeigt, daß er den Bürgerkrieg nicht vergessen hat und nicht vergessen will, mit seiner Forderung der Unterwerfung Ulsters, die beweist, daß er Parlamentsentscheidungen grundsätzlich ignoriert.



COSGRAVE, dessen Regime weniger die Art einer konstitutionellen Regierung als die eines sehr autokratischen, aber auch sehr erfolgreichen Aufsichtsrats zeigte, hat aus dem Irischen Freistaat ein aufblühendes Land gemacht. Die Landwirtschaft arbeitet, auch wenn irischer Weizen, Gerste, Hafer auf dem Weltmarkt keine Rolle spielen, hochaktiv; Speck, Eier, Butter, Vieh, alle veredelten Produkte ergeben eine höchst anständige aktive Bilanz. Die berühmte Porterbrauerei Guinness, das mächtigste Industrieunternehmen des Landes und einzig dastehend in der ganzen Welt, bringt unheimliche Summen ins Land. Das große Shannonkraftwerk, das der Siemenskonzern erbaute, genügt heute den Ansprüchen der Industrie nicht mehr, und man hat zu seiner Erweiterung einen neuen Auftrag über 3 Millionen Mark gegeben. Eisenerze, Kohlen, Marmor, Gold, Silber, Blei, Zink, Kupfer, die bisher fast völlig unausgenutzt waren, beginnen durch systematische Förderung der Regierung lebendige Werte zu werden. Wenn die Entwicklung einigermaßen stetig bleibt, wird sich in wenig Zeit neben der augenblicklich fast allein herrschenden Landwirtschaft eine irische Industrie entwickeln können. (Wir sprechen, wohlgemerkt, immer vom Irischen Freistaat, und können daher von den Webereien, Werften, Brennereien, Gerbereien Ulsters keine Notiz nehmen, obgleich auch diese einmal Aktiva für Irland ergeben dürften.) Kurz, es hat den Anschein, als sei Irland auf dem Weg seinen Ruf als ärmstes Land Europas wesentlich zu bessern. Es geht ohne Zweifel in Irland wirtschaftlich bergauf, und dafür spricht auch die Tatsache, daß die Regierung Cosgrave die irische Auswanderung sehr stark zu stoppen vermochte.

Allerdings gilt das nur, wenn dieser Kurs beibehalten werden kann. Doch das Land hat heute nicht mehr Cosgrave sondern De Valera zum Präsidenten, und mit ihm ist jene Sorte Autarkisten ans Ruder gekommen, die das wahre Wesen der Autarkie entscheidend mißverstehen, und deren Brüder im Geiste wir in Deutschland nur allzu gut kennen. Irland ist heute in keiner Weise in der Lage seine landwirtschaftliche Produktion selbst zu verbrauchen, und andererseits kann der Aufbau einer irischen Industrie nur aus dem Export der Landwirtschaft finanziert werden. De Valeras Autarkiepläne sind sachlich widerlegt. 95 % des irischen Exports gehen nach England. Fällt das weg, so ist das Schicksal Irlands besiegelt. Irland braucht England als Abnehmer, es hat keinen andern. England aber kann, was es augenblicklich aus Irland holt, schon morgen von seinen anderen Dominions beziehen. Außerdem hat Irland zurzeit auf irischen Banken etwa 250 Millionen Pfund liegen, in englischen Unternehmungen aber steckt $\frac{1}{2}$ Milliarde Pfund irischen Geldes. Und doch sind diese Experimente, soviel man sehen kann, fast unvermeidlich. Es scheint, daß die Iren des trocknen Tons Cosgraves satt waren, da sie ihn herunter- und De Valera hinaufgewählt haben. Cosgrave hatte begonnen aus Romantikern Bürger eines modernen Staats zu machen, aus Revolvermännern Arbeiter. Das ging so lange gut, bis die Wirtschaftskrise die Entwicklung des Landes verlangsamte. Sofort entdeckten nun die Iren wieder ihre Liebe zu dem pittoresken, heldischen und dabei so unökonomischen wie unpolitischen De Valera. Wieder wurde die Schlacht am Boyne wichtiger als das Kraftwerk am Shannon. England hat heute Irlands Schicksal ganz in die Hand der Iren gelegt, weit mehr als es Parnell, Conolly, Griffith je für möglich und nützlich gehalten hätten. Wird das irische Volk davon den richtigen Gebrauch machen?

Jene völkische Renaissance, die von Douglas Hyde 1893 in der Gaelic League ins Leben gerufen wurde, versucht seit langem in den Iren das Bewußtsein hervorzurufen, sie seien eine unabhängige Nation und bildeten im Empire etwas wie eine Irredenta. Doch Irland spricht heute zu 87 % englisch, zu 12,9 % englisch und gälisch, nur zu 0,1 % ausschließlich das fast vergessene Idiom. Vielleicht wird es die Liga unter De Valeras Protektion mit Pflichtunterricht in den Schulen so weit bringen, daß alle Iren wenigstens gälische Straßenschilder entziffern können. Doch es ist nicht zu glauben, daß ein Volk, das sprachlich so stark anglißiert ist, jemals wieder zu der komplizierten und veralteten Sprache der Vorfahren zurückfindet und damit, wie Fianna Fail es möchte, auch kulturell aus dem Empire scheidet. Es ist bereits die Probe aufs Exempel gemacht worden. Im äußersten Westen der Insel, dem Gaeltacht, verfluchte man gälische Sprache und Gebräuche besonders zu konservieren. Der Erfolg war beschleunigte Auswanderung.

Es sind also 2 Fragen zu lösen: Irland-Ulster, Irland-Empire. Man wird sie nur zugleich lösen können oder gar nicht. Wie die Lösung De Valeras ausieht, wissen wir: Austritt aus dem Empire, gewalttame Eroberung Ulsters. Sicherlich ist das eine Lösung im Sinn des Knotenzerhauers Alexander. Aber das moderne Irland ist nicht das alte Mazedonien.

Einmal hat man bereits den Weg zu einer wahren Lösung gefunden, aber Dublin hat ihn verbaut. Dennoch wird man unbedingt wieder dahin zurückfinden müssen: nämlich dazu Südirland und Ulster unter Wahrung vollster nationaler und religiöser Autonomie zu einem gemeinsamen Dominion, zu einer wirtschaftlichen Einheit, zusammenzuschweißen; wohlgemerkt, zu einem Dominion, nicht zu einem freien Staat. Wirtschaftlich ist eben Irland auf das Empire angewiesen, und das bleibt auch so. Allerdings muß dem Unfinn gesteuert werden, daß man in Belfast lieber canadischen als Dubliner Weizen vernahmt, in Dublin lieber in schottische als in Belfast Stoffe gekleidet ist. Man wird lernen müssen, daß man auch mit katholischem Weizen im Leib ein ausgezeichneter Puritaner, auch im puritanischen Anzug ein vorzüglicher Katholik sein kann. Und daß weder dieses noch jenes Bekenntnis daran hindern muß (oder auch nur kann) ein guter Ire zu sein und zugleich ein wackerer Bürger des British Empire. In allererster Linie fordert diese Lösung Opfer vom Süden: dort wird man darauf verzichten müssen siegreiche Kriege zu führen, ewig in der Vergangenheit zu leben, dauernd auf alte Geschichten zu pochen. Man wird den Treueid leisten, seine Schulden bezahlen oder doch wenigstens anerkennen müssen. Ulster wird es leichter haben, es braucht nichts anderes aufzugeben als sein Mißtrauen gegen den Süden. Was das Empire betrifft, so müßte es sich allerdings dazu durchringen seine unleugbare moralische Schuld gegen Irland anzuerkennen, statt sie kühl zu bagatellisieren. Erreicht jedenfalls muß werden (und das ist nur eine Detailfrage im Rahmen eines größern Komplexes), daß Irland das Empire anerkennt, und zwar als seine richtige und einzig mögliche Heimat. Nur wenn dieser ewige Herd von Unruhen, 4 Stunden von London entfernt, endlich erloschen ist, wird das Empire sein, was es sein muß, eines unter jenen 5 großen Wirtschaftsimperien, in deren Schaffung das künftige Schicksal der Welt beschlossen liegt: den beiden angelsächsischen Weltreichen, dann dem Reich des Fernen Ostens und der kommenden Russischen Föderativrepublik, endlich dem sich bildenden Vereinigten Europäischen Kontinent.

Die Führerfrage ist es schließlich, mit der augenblicklich die Lösung des ganzen Irlandproblems steht und fällt. Was das Empire betrifft, so sind seine derzeitigen Führer nach wie vor der Meinung, Irland müsse selbst entscheiden, ob es im Empire bleiben oder es verlassen wolle, es werde ja sehen, was es bei seinem Austritt gewinne. Aber jene goldenen Brücken zu bauen, deren es so dringend bedarf, soll die Frage ihre Antwort finden, daran scheint man in der Downing Street nicht zu denken. Ebenso unfruchtbar ist Ulster, wo, gleichgültig wie der Führer grade heißt, immer noch der Geist der Orangemen am Ruder ist, jener puritanische, unverföhnliche, selbstüberhebliche Geist, der noch nicht über Oliver Cromwell hinausgekommen ist. Und der Süden? De Valera wurde oben gekennzeichnet. Die Cosgravepartei ist zwar realer im Denken und Handeln, aber auch viel zu vergangenheitsgebunden, als daß sie ernsthaft etwas für die endgültige Liquidation der alten Zerwürfnisse zu tun vermöchte; ganz abgesehen davon, daß sie es nicht zu wagen scheint das dabei unvermeidliche Odium auf sich zu nehmen. Was es im Freistaat sonst noch an politischen Verbänden gibt: Farmers, People's Party, National League, Independents, Labour Party, ist einflußlos.

Und doch können nur aus diesem bisher unberührten Reservoir von Kräften jene neuen Männer kommen, deren das Land so dringend bedarf. Wahrscheinlich wird man sämtliche Gruppen bis auf die Arbeiterpartei dabei noch auszuschalten haben, da sie fast nur zufällig zusammengekommen, durch keine Weltanschauung verchweißt sind. Nur von der Arbeiterpartei aus, nur von Seiten einer Partei, die seit vielen Jahren gewöhnt ist (oder es doch sein sollte) in weiten Zusammenhängen, internationalen Verflechtungen, ökonomischen Realitäten zu denken und zu handeln, könnten die Leute und die Ideen heraufgetragen werden, die heraufkommen müssen, wenn anders nicht die oben skizzierte Lösung der Irischen Frage ewig Utopie bleiben soll. Das aber wird, soviel wir sehen können, noch einige Jahre dauern. Vorderhand ist es allein Fianna Fail, die sich moderne Propagandamethoden zunutze macht, und damit zeigt, daß sie wenigstens äußerlich von modernen Ideen angerührt worden ist. Propaganda ist nun freilich nicht alles; aber auch jener Stamm von Anhängern, den die Labour Party brauchte, sollte sie wirklich handeln können, ist noch nicht da. Daß Thomas Johnson und Norton Mortilhed gewöhnt sind von den etwa 150 Sitzen im Dail mit ihrer Gruppe rund 10 % zu besetzen (während Fianna Fail und Sinnfein zusammen 70 % einnehmen), ist noch nichts. Zwar kann man vor allem Johnson eine gewisse politische Potenz nicht abprechen, eine geraume Zeit über ruhte die Opposition im Dail allein auf seinen Schultern. Aber im ganzen sind die Verdienste der irischen Arbeiterpartei gering, und wenig oder nichts deutet fürs erste darauf hin, daß sich ihr Gesichtskreis in der nächsten Zeit so rapid erweitern wird wie es sein müßte, sollte sie im Dail eine führende Rolle spielen können. Wahrscheinlich wird es der fortschreitenden Industrialisierung des Landes vorbehalten bleiben hier andere Stimmziffern zu bringen.

Es wird das Werk einer neuen Generation von arbeitenden Menschen sein müssen, die den Mut hat eine schlimme Vergangenheit zu verabschieden, die sich die Köpfe nicht mehr durch die Träume von Boyne und von Drogheda vernebeln läßt sondern nach vorwärts lebt und strebt. Doch bis dahin wird, fürchten wir, noch viel Wasser den Shannon herabfließen.



ELIAS HURWICZ . RUSZLAND ALS MILITÄRMACHT



UR Vorbereitung der Genfer Konferenz wurden bekanntlich an einzelne Staaten sogenannte Abrüstungsfragebogen gerichtet. Aus den Antworten auf diese Bogen ist zu entnehmen, daß die Rüstungsausgaben, nach französischen Francs berechnet, sich in folgender Reihe beziffern: die Vereinigten Staaten von Amerika 17¼ Milliarden, Rußland 14¼ Milliarden, Frankreich 11¼ Milliarden und so weiter. Man erfieht hieraus, daß die sogenannte Sowjetunion, zumindest in der absoluten Höhe der Rüstungsausgaben, mit an 1. Stelle der Großstaaten rangiert. Es bleibe unerörtert, was der Entzug dieser Riesensumme für die russische Volkswirtschaft bedeutet. Unsere Aufgabe soll hier vielmehr sein die Eigenart des bolschewistischen Rußlands als Militärmacht in ihrer Gesamtbedeutung abzuschätzen. Man ist zwar darauf aus die russische Wehrmacht immer mehr dem Typus einer regulären Armee anzunähern; daher schon frühzeitig der Verzicht auf das ursprünglich proklamierte Prinzip des freiwilligen Eintritts ins Heer, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (Dekret vom 28. September 1922), die Abschaffung des in den Zeiten bolschewistischer Agitation im Zarenheer verkündeten Prinzips der Wählbarkeit des Kommandopersonals und so weiter. Doch behält das russische Militärwesen auch Züge, die es von dem Militärwesen der anderen Staaten unterscheiden.

Das gilt schon von der Gliederung der russischen Militärmacht. Außer dem stehenden Heer von 562 000 Mann und den sogenannten Territorialtruppen umfaßt diese Macht nämlich eine ganze Reihe anderer militärischer Formationen: hierhin gehören vor allem die Truppen der Politischen Polizei (als Gepeu bekannt), die auf 120 000 Mann beziffert werden. »In den Truppen der Gepeu«, sagt hierüber Stepan Iwanowitsch in seinem Werk über die Rote Armee, das auf sorgfältigstem Studium offiziell bolschewistischer Militärquellen beruht, »sind alle Waffenarten vertreten, und zwar auch solche, die es in der Roten Armee nicht gibt, namentlich Spezialdetachements von Panzerzügen, die eigens für Straßenkämpfe konstruiert sind. Das Verdienst der Ausrüstung der Gepeustruppen mit diesen vervollkommenen Waffen des Bürgerkriegs gehört, soviel bekannt ist, der deutschen Militärtechnik.« Den Gepeustruppen sind ferner die sogenannten Tschon an die Seite zu stellen, das heißt »Truppenteile mit besonderer Bestimmung«, die sich ausschließlich aus Mitgliedern der Kommunistischen Partei auf Grund der Parteipflicht rekrutieren; ihre Zahl wird geheim gehalten, dürfte aber, angesichts der zahlenmäßigen Stärke der Partei, recht ansehnlich sein. Daß auch die Tschon, ebenso wie die Gepeustruppen, eine Militärmacht vor allem zur Bekämpfung des "innern Feindes" darstellen, ergibt sich schon aus ihrem Wesen. Die selbe Aufgabe fällt ferner den sogenannten Konvoitruppen zu, deren Zahl gleichfalls geheim gehalten wird. Und schließlich dient dem gleichen Zweck die sogenannte Wochra, das heißt der militarisierter Schutz der Eisenbahnen und der Industrierwerke, der sich auf etwa 100 000 beläuft und nach dem Vorbild der Roten Armee organisiert ist. Überflieht man dieses Gesamtbild, so wird man schwerlich eine Übertreibung in dem nachstehenden Urteil finden, das W. Kolossowskij in den *Pollednia Nowosti* vom 26. April 1930 fällt: »Ein solches System hat im Lauf der ganzen Menschheitsgeschichte keine einzige Regierung besessen. Weder die Janitscharen des mittelalterlichen Reichs der Ottomanen noch die Prätorianer

der römischen Cäsaen noch die Militärmonarchie des alten Assyrien haben dem Leben ihrer Völker ein derartiges Gepräge allumfassenden Zwangs und Terrors aufgedrückt wie dasjenige, auf welches heutzutage die Bolschewiki mit Recht stolz sein können.« Auch Iwanowitsch gelangt zum gleichen Ergebnis: »Die Folgerung liegt nahe, daß die Sowjetmacht die inneren Gefahren weit höher einschätzt als solche, die ihr seitens des "Weltimperialismus" oder der "Weltkonterrevolution" drohen . . . Die Aufgabe des Schutzes der Sowjetdiktatur vor dem innern Feinde ist jedenfalls in der Gesamtbilanz des Sowjetmilitarismus außerordentlich groß.«

Das Übergewicht der innenpolitischen Zweckbestimmung in der bolschewistischen Militärmacht äußert sich aber auch auf eine 2., überaus wichtige Weise, und zwar innerhalb der Roten Armee selbst. Iwanowitsch führt in seinem Werk eine interessante Vergleichstabelle über die Einteilung des Arbeitstags des Soldaten in der Roten und in der Zarenarmee an:

Arbeitstageseinteilung (in Stunden)	Rote Armee	Zarenarmee
Schlaf	8,5	8,0
Militärübungen	5,5	8,5
Selbstbedienung	2,0	2,5
Nachmittagsruhe	2,0	1,5
Freie Zeit	1,5	3,5
Politischer Unterricht	4,5	—
Zusammen	24,0	24,0

Hieraus ist zu ersehen, daß die tägliche Zeit für Militärübungen in der Roten Armee nicht viel mehr als die Hälfte der Zeit bildet, die diesen Übungen in der Vorkriegszeit gewidmet wurde. Dafür freilich erhält der Soldat der Roten Armee täglich $4\frac{1}{2}$ Stunden sogenannten politischen Unterricht. Hält man aber dieser Zeit die $5\frac{1}{2}$ Stunden gegenüber, die er den Militärübungen widmet, so sieht man, daß 45 % der effektiven Zeit, die der Soldat jetzt dem Dienst hingibt, dazu bestimmt sind aus ihm ein treues, gehorames Werkzeug der bolschewistischen Regierung zu machen.

In der selben Richtung wirkt die starke Verwendung der Truppen im Dienst aller möglichen innenpolitischen oder innenwirtschaftlichen "Kampagnen". »Es gibt keine ernste Kampagne«, schrieb die Krasnaja Swesda, die offizielle Hauptzeitung der Roten Armee, am 5. Januar 1930, »an der die Rote Armee nicht in weitgehendem Maß teilnimmt. Anders kann es ja auch nicht sein, dazu ist sie eine Rote Armee.« Saatkampagne, Getreideaufbringungskampagne, Steuerkampagne, Staatsanleihenkampagne und so weiter: zu allen diesen Aktionen werden auch die Soldaten hinzugezogen. Und das Resultat? »Schon öfter betonten wir in den Spalten der Krasnaja Swesda Tatfachen einer hanebüchenen Vernachlässigung der militärischen Vorbereitung durch die Parteiorganisationen«, klagte die Krasnaja Swesda am 22. Februar 1930. Diese Klagen wiederholen sich auch noch ein Jahr später; so in der Krasnaja Swesda vom 9. Februar 1931. Bemerkenswert ist die Übereinstimmung, die diese authentischen Urteile über Vernachlässigung des Militärischen mit der Darstellung eines fremden Beobachters, nämlich des Obersten Max Bauer, in seinem Buch Das Land der roten Zaren, aufweisen. »Die Entwicklung des Heeres zu einem nach außen brauchbaren, schlagfertigen Körper bedarf jedenfalls noch vieler Jahre, abgesehen davon, daß ja für eine Mobilmachung und für

Nachschub von Waffen, Gerät und Munition so ungefähr alles fehlen würde. Da aber das Heer ganz auf die kommunistische Lehre eingestellt und auf seine Führer eingeschworen ist, so ist es tatsächlich eine sichere Stütze der heutigen Regierung. Und das ist offenbar sein Hauptzweck. Hier lernt der junge Arbeiter und Bauer alles, und so geht er später als kommunistischer Erzieher in sein Dorf zurück. Diese Ausbildung drängt natürlich die militärische Stark zurück.« In den 7 Jahren, die seit dem Erscheinen des Bauerschen Buchs verfloßen sind, sind die von ihm gerügten Mängel der Ausrüstung wohl mehr oder weniger behoben worden. Daß aber die von ihm treffend bemerkte Verdrängung des militärischen Elements in der Armee zugunsten der Schlagkraft im Innern auch weiter vorherrscht, dafür sprechen die oben angeführten authentischen Zeugnisse. Welche Bedeutung von den bolschewistischen Machthabern dem Parteidrill in der Roten Armee beigemessen wird, ergibt sich aus der Riesenzahl der Armeezeitungen, Parteischulen, "Leninecken" und so weiter, auf die mit Recht ganz verschiedene Beobachter hinwiesen; so Peter Garwij in seinem Buch *Der Rote Militarismus* und Zdzislaw Zorawski in der *Militärchronik des Kurjer Warszawski* vom 12. August 1931.

Zum Schluß dieser Skizze sei das interessante Gesamturteil angeführt, das ein fachverständiger Beurteiler, der Oberst K. Rudin, seinerzeit in Dni über die technische Organisation der Roten Armee abgab, und das in der Hauptsache auch noch heute gilt: »Die Organisation der Roten Armee ist einfacher als die der Zarenarmee, einheitlicher und entspricht dem Charakter örtlicher Kriegsschauplätze. Besonders fällt die Leichtigkeit ihrer Schützen- (Infanterie-) Formationen auf, die Pflege ihrer Verbindungen sowie das Vorhandensein einer guten und zahlreichen Reiterei, die seit den Zeiten der Skythen und Tamerlans bis zum zeitgenössischen Bürgerkrieg sich immer wieder als wirksame Waffe bei den Kämpfen auf den weiten Flächen der osteuropäischen Ebene erwies. Hat die Reiterei heute taktisch, dank der Reichweite der modernen Artillerie, ihre Wirksamkeit vielfach eingebüßt, so hat sie dennoch ihren strategischen Wert in den Ländern beibehalten, in denen die Wege mehr Pferdehufen als Rädern zugänglich sind. Infolge ihres großen Gewichts und ihrer Schwerfälligkeit können aber grade moderne Ausrüstungsgegenstände wie Tanks und schwere Artillerie keine weitgehende Verwendung finden unter den klimatischen Verhältnissen der Sowjetunion und bei dem Zustand ihrer Kommunikationswege ... Und was schließlich die bolschewistische Propaganda betrifft, so ist es unzweifelhaft, daß, wenn die Rote Armee erst einmal mit einem politisch wenig standhaften oder schlecht organisierten Feind, wie es beispielsweise die weißen russischen Armeen in den Jahren 1918 bis 1920 waren, zu tun bekommen würde, die Propaganda ein wirksames, die Waffen ergänzendes Hilfsmittel darstellen könnte. Aber sie würde unwirksam sein gegenüber einem mutigen, organisierten und staatsbürgerlich erzogenen Feind; als derartiger Feind würde aber gegenüber der Roten Armee jeder der demokratischen Staaten des Westens erscheinen.« Dieses Urteil enthält, richtig verstanden, eine Warnung an die Adresse derjenigen, die da meinen, man könnte mit Hilfe der russischen Militärmacht einen europäischen Staat niederzwingen. Einen Krieg gegen Polen oder gar gegen Frankreich kann Rußland nicht führen; der bolschewistischen Armee würde es da wieder genau so ergehen wie vor 12 Jahren im Polnisch-Russischen Krieg, wo sie sofort erledigt war, als der französische General Maxime Weygand eingriff. Dessen ist sich die bolschewistische Regie-

rung sicherlich auch bewußt, sie denkt daher weder jetzt noch später daran sich in ein Abenteuer einzulassen und ihre Truppen über eine ihrer Grenzen zu führen. Als die Japaner vor einem Jahr in die Mandschurei einrückten, griff die bolschewistische Presse den japanischen Imperialismus aufs heftigste an, und auch der Kriegskommiffar Klement Woroschilow drohte ihm. Doch erwog man bereits sich im Ernstfall hinter den Baikalsee zurückzuziehen. Im Januar verfluchte man Charbin vor der japanischen Besetzung durch das Anerbieten eines Nichtangriffspakts zu retten. Japan lehnte ab und besetzte Charbin. In Moskau aber hütet man sich militärisch vorzugehen, und dabei wird es auch bleiben. Das gilt für den Westen genau so wie für den Osten. Wer in Deutschland an einen Krieg denken und dabei auf russische Hilfe spekulieren sollte, hat ebenso wirklichkeitsleere Vorstellungen im Militärischen wie im Politischen derjenige, der bei außenpolitischen Konflikten englischer oder italienischer Bundesgenossenschaft sicher zu sein glaubt.

PAUL HARTIG · KULTURAUTARKIE



Ein Wort ist in den letzten Jahren in Deutschland so mißhandelt worden wie der Ausdruck Autarkie. Dieser Begriff, der, produktiv erfasst, wie das in den Sozialistischen Monatsheften seit jeher geschah, zur wirtschaftsimperialen Gestaltung der Erde führt¹, wurde von deutschen Publizisten und Propagandisten zu einem nationalistischen Schlagwort entleert, das die Zukunft der deutschen Nation schwer gefährdet. Der konstruktive Gedanke des Weltsozialismus ist jener Spezies von Autarkisten fremd, und daher kann sie sich eine nationale Differenzierung nur unter Verschluß vorstellen und nicht bei wirtschaftlicher Integrierung, derart, daß die Nationen zusammenwirken, die Glieder eines produktiven Organismus zu sein bestimmt sind. Eines Organismus, der dann freilich in relativer Autarkie unabhängig schafft.

Jene verengende Auffassung des Autarkiebegriffs hat nun auch schon eine scheinationale Ideologie des deutschen Kulturlebens hervorgerufen. Die Deutschen, so fordert man, müßten sich von allen ausländischen Zusammenhängen freimachen und aus den germanischen Kräften ihres Volkstums heraus ihr völkisches Leben führen. Diese Lehre, die sich auf einen Nationsbegriff materialistischer Art stützt, die Nation als eine Unterabteilung des biologischen Rassenbegriffs, also kausal bestimmt, betrachtet, nicht aber als einen ethischen Eigenwert der zielgerichteten Schicksalsgemeinschaft erkennt, bildet die Grundlage einer vermeintlichen völkischen Erneuerungsbewegung, die schon Hand anlegt das Erziehungs- und Bildungswesen deutscher Länder ihren Forderungen entsprechend umzuformen (Thüringen, Braunschweig, Anhalt). Nach einem Bericht über eine Reichstagung des Nationalsozialistischen Lehrerbunds, der (bezeichnend genug) im Deutschen Philologenblatt veröffentlicht wurde, hat Ernst Kriek diese Doktrin in folgende Worte gefaßt: »Von diesem völkisch geformten Weltbild aus wird Lebensrichtung und Wille bestimmt. Dieses Prinzip der völkischen Bildung gilt vom ersten Schultag an bis zur Univerlität.«

Das also nennt sich heute Kulturautarkie. Und solcher Begriffsverwirrung gegenüber müssen wir uns auf die wahren Grundlagen unseres deutschen Kulturlebens der Gegenwart besinnen und es als eine geschichtliche Erfchei-

1) Siehe dazu *Kranold* Autarkie, in den Sozialistischen Monatsheften 1932 I Seite 114.

nung fassen, die das Ergebnis eines mehr als 1000jährigen europäischen Kulturlebens ist. Da ergibt es sich, daß die deutsche Kultur zu keinem Zeitpunkt ihrer Entwicklung in jenem mißverstandenen Sinn autark gewesen ist, daß sie im Gegenteil schöpferischen Aufschwung immer erst aus der Berührung mit anderen Kulturwelten gewonnen hat. Ganz besonders aber gilt dies von der Berührung mit dem Franzosentum, die stets eine Berührung schöpferischer Art war. Aus der Befinnung auf die ganz besondere geistige Bedeutung Frankreichs für Deutschland habe ich darum hier den Kampf für die Wiedereinführung des (aus politischem Ressentiment von seinem Platz verdrängten) Französischen als erste neuere Fremdsprache geführt². Die zahlreichen erbitterten Angriffe auf diesen Aufsatz, die in den Zeitungen der rechten preußischen Parteien erschienen, vermieden im allgemeinen eine sachliche Auseinandersetzung mit den Argumenten, suchten statt dessen die französische Kultur nach Kräften herabzusetzen und zu entwerten. Hierauf hat Christian Herrmann hier in gründlich wissenschaftlicher Weise meine Stellung gestützt³. Mit vollem Recht hebt er die 1000jährige Verbundenheit des deutschen und des französischen Kulturlebens hervor, die er auf dem Gebiet der Sprache, der Dichtung, der Kunst und der Weltanschauung klarlegt. So gelangt er dazu die deutsche Kultur als einen »Sonderfall, eine Modifikation des europäischen Geistes« zu bezeichnen. Nun wissen wir, daß jene Kulturautarkisten immer wieder behaupten, grade jene französischen Einflüsse hätten nur zu einer Überfremdung des Deutchtums geführt; darum müßten wir sie abtun. Sie verkennen dabei den Grund Sinn jeglicher Beeinflussung überhaupt, die nur da wahrhaft wirksam wird, wo etwas bereits Vorhandenes, etwas Schlummerndes geweckt wird. Sie verkennen, daß sich alle jene Beeinflussungen in der Form der Auseinandersetzung vollzogen haben, in der ein schöpferischer Prozeß des gestaltenden Aufnehmens zu lehen ist, in dem hier das Gestalt gewinnt, was wir europäischen Geist nennen dürfen. Die Unzulänglichkeit jener Frankophobie wird da recht anschaulich, wo wir solchen Vorgang der Auseinandersetzung in seiner persönlichen Form aus der Nähe betrachten. Hier enthüllen sich Tatsachen deutschen Kulturlebens, die eindeutig sind. Für viele der größten Deutschen ist die Auseinandersetzung mit Franzosen und Franzosentum zu schöpferischer Begegnung geworden, aus der heraus sie neuen entscheidenden Antrieb ihres Schaffens gewannen. Grade dieses Schaffen aber hat ganz besonders stark dann über Deutschland hinaus, auch nach Frankreich selber wieder hinübergewirkt. Die Geschichte dieser deutsch-französischen Begegnungen, die ein Kernstück der europäischen Geistesgeschichte darstellt, ist noch zu schreiben. Hier seien einige sinnbildhafte Ereignisse kurz gekennzeichnet.

Jene Nationalisten, die heute schon den strengen Richter seines Zeitalters und Kündler einer neuen Bindung im Bund: Stefan George, für ihr lautes Treiben in Anspruch zu nehmen sich erdreisten, ahnen nicht, daß in seiner neuen Strenge sprachlicher Gestaltung, die für ihn so wesenhaft ist, französische Formgefinnung vorbildhaft wirkt. Georges Bestimmung des Werts der Dichtung, der nicht durch den Sinn entschieden werde sondern durch die Form, die ihm nichts Außerliches war, vielmehr »jenes tief Erregende

2) Siehe *Hartig* Französisch muß wieder erste neuere Fremdsprache werden, in den Sozialistischen Monatsheften 1931 I Seite 339.

3) Siehe *Herrmann* Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, in den Sozialistischen Monatsheften 1932 I Seite 441.

in Maß und Klang«, ist aus einer Verlenkung in französische Sprachgestaltung erwachsen. Darum bekennt sich Stefan George in einer Lobrede auf Stéphane Mallarmé als dessen Jünger und rühmt sein Streben nach der höchsten Vollendung in Sinn und Wohlklang. Darum zeugt er von dem entscheidenden Erlebnis, das Verlaines Dichtung für ihn und seine Generation war: »Hier hörten wir zum erstenmal frei von allem redenden Beiwerk unsere Seele von heute pochen.« Was Frankreich ihm selbst in seiner Entwicklung bedeutet hat, hat George in dem Gedicht *Franken* zusammengefaßt: Am »schlimmsten Kreuzweg« seiner Fahrt, als Verachtung und Verzweiflung den Dichter in seinem Volk unwitterten, lockte ihn »vom Welten Märchenruf«. »So klang das Lob der Ahnen seiner ewig jungen, großmütigen Erde, deren Ruhm ihn glühen und Not auch fern ihn weinen ließ, der Mutter der Fremden, Un-erkannten und Verjagten.« Dort wird ihm neue Offenbarung des Lebens zuteil, aus der heraus er gestärkt ins Leben seines Volks die Rückkehr wagt: »Wie oft noch spät, da ich schon Grund gewonnen, in trüber Heimat streitend und des Siegs noch ungewiß, lieh neue Kraft dies Flüßtern: *Returnent Franc en France dulce terre.*« Hier hat sich sichtbar schöpferische Auseinandersetzung deutscher und französischer Art vollzogen.

Auf dem Gebiet philosophischen Denkens aber wird von jenen Frankophoben die Unüberbrückbarkeit der nationalen Gegensätze besonders stark betont. Einer deutschen Philosophie, die in Kant ihren Grundtypus habe, stellen sie die Cartesiansche Philosophie Frankreichs gegenüber und behaupten, Kants Philosophie sei den Franzosen unverständlich, müsse ihnen unverständlich bleiben. Diesen Behauptungen tritt schon Christian Herrmann in seinem oben genannten Aufsatz mit dem Hinweis auf französische Kantforscher wie Renouvier, Lachelier und Boutroux entgegen. Doch auch hier vermag eine für Kants Werk entscheidende Begegnung blitzartig die wahre Lage zu erhellen. Kants Loslösung von der allgemeinen Philosophie der Aufklärung und sein Durchbruch zum kritischen Idealismus hat sich unter dem für ihn epochemachenden Einfluß Rousseaus vollzogen. Darüber hat einmal Klarheit eine Untersuchung über Kants philosophische Entwicklung geschaffen, deren Ergebnis schon Kuno Fischer folgendermaßen formuliert hat: »Kant hatte bis dahin etwas für das Höchste im Menschen gehalten, was unter Rousseaus Einwirkung aufhörte ihm als solches zu gelten. Daß der sittliche Menschenwert aus einer ursprünglichen Quelle unseres Lebens stammt, die unabhängig ist von aller individuellen Veredelung, von allen Fortschritten der Wissenschaft und Verstandesbildung, daß diese also nicht imstande sind den Menschen gut zu machen, daß man in niederm und ungebildetem Stande sein kann, was keine noch so hoch entwickelte Wissenschaft und Erkenntnis zu geben vermag; diese Wahrheit, ich meine die Ursprünglichkeit und Unabhängigkeit der Moral, ist unserm Philosophen durch Rousseau dergestalt erleuchtet worden, daß er sie festhielt und nie mehr daran gezweifelt hat. Er hat sie später nur tiefer durchdacht und begründet.« Zudem hat Kant selbst in seinen Fragmenten und Bemerkungen zu den Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen davon Zeugnis abgelegt, daß Rousseau ihn »zurecht gebracht« habe. Und nicht nur für Kant wurde Rousseau das entscheidende Erlebnis seines Lebens, sondern die wirklichen Führer des deutschen Idealismus: Goethe, Schiller, Herder, Humboldt, sie alle werden durch Rousseau »zurecht gebracht«. So wie Herder einmal bekennt: »Mich selbst will ich suchen, daß ich mich endlich finde und dann mich nie verliere

... komm, sei mein Führer, Rousseau!« An diesem Punkt wird die Überbrückung der deutsch-französischen Spannung offenbar, aus einer offenen Bereitschaft des Geistes heraus, die als ein Kennzeichen der besten Deutschen bezeichnet werden darf. Auch der preussische König Friedrich II, den in grotesker Verkennung seiner Natur und seines Werks die Nationalisten als Fridericus zu ihrem Idol erhoben haben, lebte so ganz in der französischen Kultur, daß er den starken Regungen deutschen Kulturwollens in seinem Zeitalter blind gegenüberstand, daß er um sich herum einen kulturellen Lebenskreis französischer Art und Prägung schuf, in den er sich aus der deutschen Welt heraus flüchtete. Trotz allen Reibungen und Zwistigkeiten, die sein persönliches Verhältnis zu Voltaire trübten und verbitterten, war ihm der große Franzose der Freund, der ihm Künder geistiger Werte sein konnte. Mario Krammer hat diese »schöpferische Freundschaft«, in der diese beiden Großen die deutsch-französische Spannung überwandern, feinsinnig analysiert und damit einen wertvollen Beitrag zu einem tiefern Verständnis der deutsch-französischen Kulturbeziehungen geliefert⁴. Klar tritt hier eine eigentümliche Ergänzungsbedürftigkeit deutscher Wesensart hervor, die durch französisches Menschentum magisch angezogen, geweitet und geklärt wird. »Für einen Menschen wie Friedrich, der in Frankreich die Heimat seines Geistes sah, mußte der Verkehr mit Voltaire an Reiz und Anziehungskraft jeden andern übertreffen, weil nach einem Wort Goethes in dem Individuum Voltaire die »sämtlichen Verdienste« seiner Nation sich aussprachen.« Dergestalt kann Krammer den Sinn der Beziehungen zwischen Friedrich und Voltaire deutend erfassen. Hier handelt es sich nicht um eine zufällige Begegnung oder flüchtige Berührung; war doch auch für Goethe Voltaire der »der Nation gemäße Schriftsteller«.

Jene europäische Einheit des kulturellen Lebens, wie sie grade in dieser schöpferischen Freundschaft zweier Persönlichkeiten offenbar wird, stellt eine gemeinsame Grundlage deutsch-französischer Beziehungen dar, die bis in unsere Epoche hinein bewahrt worden ist, wenn sie allerdings auch zeitweise im Bewußtsein engerer oder weiterer Schichten nicht wirksam war. Die Geschichte dieses Zusammenarbeitens ist noch zu schreiben; wertvolle Ansätze dazu sind von Hermann Platz vom katholischen Standpunkt einer realistisch-solidaristischen Geschichtsbetrachtung aus unternommen worden⁵. Eine verhängnisvolle Störung der deutsch-französischen Beziehungen geht, wie Platz ausführt, von Fichtes Reden an die deutsche Nation aus, in denen aus erwachendem Nationalbewußtsein heraus die Auserwähltheit der deutschen Nation der »Dekadenz« der französischen gegenübergestellt wurde. Er geht dann den mannigfachen Deutungen und Variationen nach, die der Fichtesche Grundgedanke gefunden hat, und zeigt, wie verhängnisvoll die Nachahmung und Steigerung der Fichtehaltung auf die Stellung der Deutschen zu Frankreich eingewirkt hat. Und doch vollzieht sich hier auch wieder der Durchbruch einer deutsch-französischen Verbundenheit, indem französische Nationalisten Ideen jener deutsch-nationalen Bewegung in deutschfeindliche Reaktion umsetzen. Auch dies ist ein Ineinanderwirken deutschen und französischen Geistes. Platz weist nach, daß Charles Maurras aus Fichtes Werk

4) Siehe Krammer Friedrich der Große und Voltaire, in dem Sammelwerk Schöpferische Freundschaft /Jena 1932/ Seite 5.

5) Siehe Platz Deutschland und Frankreich: Versuch einer geistesgeschichtlichen Grundlegung der Probleme /Frankfurt 1930/.

wesentliche Argumente und Kräfte zu seiner nationalistischen Aufrüttelungsarbeit schöpfte. »Wie der von Napoléon geängstigte Fichte im Kampf um Deutschlands Freiheit und Zukunft für sein Ideal den Hintergrund der französischen »Dekadenz« schuf, so der von der *décadence* geängstigte Maurras für sein französisches die deutsche »Barbarei«. In den »integralen Nationalismus« gingen das Fichtelche Reaktionschema (Grenze dich ab! und so weiter) samt den durch Beispiel und Erfolg ausgelösten Antrieben ein.« So wird auch hier ein Ineinanderwirken deutscher und französischer Ideologie sichtbar, aus der sich weite Schichten des deutschen und des französischen Volks noch nicht zur Klarheit der Erkenntnis der tieferen, geschichtlich bedingten Zusammenhänge zurechtgefunden haben.

Die Mißerfolge auf außenpolitischem Gebiet, die in der Nachkriegszeit Schlag auf Schlag folgten, und denen sämtlich ein Mangel an Verständigungsbereitschaft zugrunde gelegen hat, verbreiterten immer wieder den Boden, dem sie entsprossen waren, und auf dem nun die Pflanze der Selbstgerechtigkeit und damit der vermeintlichen Geistesautarkie in ihren verschiedenen Spielarten emporwachsen konnte. Um so stärker gilt es für diejenigen, die als die Grundlage einer politischen Neuordnung die deutsch-französische Verständigung erkannt haben, jene gefährliche Einbildung von den unüberbrückbaren Gegensätzen deutscher und französischer Volksart zu enthüllen und die gemeinsame europäische Grundlage beider Kulturen, wie sie in jenen oben beschriebenen Phänomenen deutsch-französischer Begegnung sichtbar wird, bewußt zur Grundlage des eignen Wirkens zu machen. Erschreckend ist der Pessimismus, der angesichts der Schwankungen der Tagesereignisse weite, bisher verständigungsbereite Schichten des deutschen Volks ergriffen hat. Als bezeichnend dafür kann man auf einen so bedeutenden Romanisten und geistvollen Schriftsteller wie Ernst Robert Curtius hinweisen, der in seinen neueren Aufsätzen behauptet, die Politik der deutsch-französischen Zusammenarbeit sei »de facto aufgegeben«, wenn sie auch noch nicht »grundsätzlich unmöglich« geworden wäre⁶. Auch Curtius ist davon überzeugt, daß der deutsche Geist aus eigener Substanz nicht leben kann; er spielt aber doch mit dem Gedanken einer Abkehr von Frankreich: »Wer den Weg nach Paris abschneidet, muß den nach Rom öffnen . . . Je mehr Trennendes sich zwischen Deutschland und Frankreich auftürmt, um so mehr Verbindendes taucht zwischen Deutschland und Italien auf.« Diese Möglichkeit einer »deutsch-italienischen Geistespolitik« wird von ihm damit begründet, daß der zwischen Frankreich und Italien seit dem Kriegsende bestehende politische Gegensatz in das Reifestadium getreten sei, und daß seit dem Sieg des Faschismus die Romidee eine Renaissance erlebt habe. Es ist in den sozialistischen Monatsheften nicht erforderlich im einzelnen die tieferen Zusammenhänge solcher Gedankenpielerei aus Pessimismus mit ihren kulturpolitischen Zielen klarzulegen. Curtius steht voller Zweifel der demokratischen Staatsform gegenüber; er ist durch die akute Krise des Parlamentarismus an der formalen Demokratie irre geworden, bis zum Gedanken der substantiellen Demokratie aber nicht vorgedrungen. Daher hat er sich, ohne es zu wollen, rückwärts gerichtet, was sich auch in seiner bürgerlich-reaktionären Kritik an der republikanischen Kulturpolitik zeigt. Diese Haltung ist symptomatisch für weite Schichten der bürgerlichen Intelligenz, die sich zwar gegen geistverödenden Nationalismus zur Wehr setzen möchten, aber der systematisch

6) Siehe *Curtius* *Deutscher Geist in Gefahr* /Stuttgart 1932/.

betriebenen Frankreichhetze erlegen sind, ja sie selber kräftig mitmachen und ideologisch verbrämen. Dabei könnte schon allein eine sorgfältige Analyse der letzten französischen Kammerwahlen am 1. und 8. Mai aufweisen, wie das französische Volk, trotz dem Rechtsruck der deutschen Wählermassen bei den letzten deutschen Wahlen, den Sinn für demokratische Selbstbeherrschung, für Selbstverantwortung bewahrt und seinen Willen zum Frieden, zu europäischer Zusammenarbeit bekundet hat.

Dieses Ungewiß- und Irrewerden bürgerlicher Intelligenz am Sinn der deutsch-französischen Verständigung läßt sich psychologisch aus der allgemeinen Unsicherheit der gesamten Lage Deutschlands erklären, aus der Ungewißheit seiner Zukunft, aus der tiefen Erschütterung seiner weltanschaulichen Grundlagen. Ein verständnisvolles Bild dieser Verwirrung hat der Franzose Pierre Viénot in seinem hier bereits erwähnten Buch *Incertitudes Allemandes* entworfen⁷. Zum Schluß stellt sich ihm da die Frage, ob dieses Bild eines verwirrten Deutschland zu einer deutsch-französischen Zusammenarbeit ermutigen könne. Er verzichtet darauf diese Frage zu beantworten, er ist sich der Grenzen der intellektuellen Verständigung bewußt und bekennt, daß der Entschluß letztlich gewagt werden muß. Anders gesagt: Die Entscheidung liegt im Politischen. So ergibt sich Viénot sein Schlußsatz: »Unser Verhalten gegenüber Deutschland entscheiden heißt vor allem über das Bild entscheiden, das wir uns von Frankreich machen.« In gleicher Weise müssen wir uns dessen bewußt werden, daß die Entscheidung über unser Verhalten gegenüber Frankreich zugleich eine Entscheidung über uns selbst ist. Will Deutschland seine innere Freiheit gewinnen, so muß es den Weg der deutsch-französischen Verständigung bewußt, entschlossen, rückhaltlos gehen.

LISBETH STERN · RELIGION UND ERZIEHUNG

WILHELM von Gayl, der deutsche Innenminister, sprach in seinem Schulerlaß davon, daß die religiöse Erziehung wieder mehr in den Vordergrund gestellt werden sollte. In der Tat: ein großes Wort, und vieles wäre dazu zu sagen. Vor allem wäre auch zu überlegen, ob das, was die Religion den Kindern einmal Gutes zu geben hatte, so ganz und gar nur von der Religion sollte abgehangen haben.

Das Gute, das die Religion stets gab, war wohl vor allem und zu allererst, daß die Kinder in einer Welt stehen lernten, in der sie nicht das Zentrum waren, sie selbst nicht, auch nicht die Eltern. Das Zentrum mußte weiter weg liegen. Die Religion führte den Blick über das Kind und über die Eltern hinweg in eine Ferne, die die einzelnen Dinge so zusammenhielt, daß sie ein gut Teil von ihrem Einzelgewicht und ihrer Körperlichkeit verloren. Wie auch in der wirklichen Welt die Körperlichkeit der Dinge zu schwinden scheint, wenn wir an ihnen vorbei ins Weite sehen. Wie hat zum Beispiel für uns Abendländer das Sterben ein ganz anderes Schwergewicht als für einen Gandhi, der über sein eignes Sterben weit hinwegschauen kann.

Dieses Verlegen des Blickpunkts in die Ferne, wo das Hin und Her der Dinge, wo ihr unaufhörlicher Wechsel ausbalanciert ist, und eins das andere tragen hilft: das nehme ich für den Kern der Religion. Das ganz Bestimmte aber, was dieser Hintergrund bedeutet, das ist wohl immer schwer zu fassen gewesen, und seine Auswirkungen haben sich im Lauf der Zeit auch sehr ge-

⁷) Das Buch *Viénots* erschien auch in deutscher Übersetzung: *Ungewisses Deutschland* /Frankfurt 1931/.

ändert. Aus diesem Grund sind oft die Dogmen der Religionen, die grade ihren Kern auszumachen glaubten, auch ihre moralischen Gebote, schon verjährt und tot, während die Riten in ihrer etwas unbestimmten Symbolik (zum Beispiel die Toten- und Opfergebräuche oder das Abendmahl) noch durchaus lebendig sind und nichts von ihrer Kraft verloren haben, so daß man auch noch heute ihre starke gemeindebildende Macht spürt. Sie leiten den Glauben des einzelnen in das gemeinsame Strombett, wo er trägt und getragen wird. Und dieses geistige Zusammenfließen stellt vielleicht überhaupt und von je die stärkste Kraftquelle der Welt dar. Auch das Gebet scheint mir wichtig. Schon daß der Tag dadurch seine Zäsuren bekommt, ist gut. Es gibt das eine Art Schutzwehr gegen sein buntes Durcheinander. Die Stille des Gebets, die Ruhe und das Zurückhalten der Kräfte muß ja wieder eine neue Fülle in sich bergen und neue Belebung geben. Und jenes Durcheinander des Tags (zum Teil schon durch Ermüdung bewirkt und dann auch wieder selber ermüdend) bekommt dadurch Übersicht und Klarheit.

Aus diesem hohen Wert, den wir der Religion zumessen, darf nun aber nicht gefolgert werden, daß die Religion innerhalb der Erziehung wieder mehr gepflegt werden sollte. So etwas kann nämlich nicht dekretiert werden. Es ist eigentlich schon ein Unding von religiöser Erziehung überhaupt zu reden. Sobald die Religion als pädagogisches Mittel von den Großen gebraucht werden soll, hat sie ihr Bestes schon eingebüßt. Soll sie ein Segen sein, dann muß sie die Großen wie die Kinder gleicherweise umfassen. Beide müßten in der Welt der Religion mit gleichen Rechten und mit gleichen Pflichten dastehen.

Nun versteht es sich von selbst, daß man Vergangenes nur darum, weil es einmal gut war, nicht zurückrufen kann. Selbst ein Betauern, daß es vergangen ist, mag schon zu viel sein. Aber es fragt sich eben, ob das, was eine bestimmte Religion uns gab, wirklich so unbedingt an sie gebunden war. Ob die Religion nicht auch erst ein Zweites gewesen sein mag, etwas, was jenes Große uns gegeben hat, aber nicht jenes Große selbst. Und es kann sehr wohl sein, daß dieses Große, daß dieses Größte zu uns heute noch ganz genau so sprechen könnte, wenn auch in einer andern Sprache als damals.

Wäre es zum Beispiel nicht möglich, daß der Idee des Sozialismus oder Kommunismus (beide Ausdrücke meinen im Wesen der Sache genau das selbe, nur die politischen Parteien, die sich nach dem einen oder andern nennen, unterscheiden sich von einander) die selbe Kraft innewohnen könnte wie früher einer Religion? Und hatte sie diese Kraft nicht auch in den ersten Zeiten des Christentums oder in den Zeiten der Bauernkriege? Eine Gleichheit der Menschen hat wohl manche Religion von jeher verlangt, aber es war in der Wirklichkeit meist nur eine Gleichheit vor Gott und nicht eine Gleichheit der Liebe, eine Gleichheit der Menschen unter einander, von mir zu dir. Aber grade diese Gleichheit hat, dünkte ich, ihren moralischen Niederschlag bereits in einigen Erkenntnissen gefunden, die heute Gemeingut sind, obgleich das Gesetzbuch sie noch nicht richtig hat fassen können. Die Einsicht zum Beispiel, daß man mit seinem Besitz nicht machen dürfe, was einem beliebt, daß es somit Besitz im eigentlichen alten Sinn gar nicht gibt, wie auch die allgemeine Verpflichtung zur Arbeit. Diesem, den einzelnen zwingenden und über sich hinaushebenden Gemeinschaftsglauben entgegen steht heute eine biologische Rassenreligion, die jene universale Gemeinschaft nicht kennt, vielmehr nur ein herrschendes Volk über einer Masse von beherrschten Völkern; und da

das herrschende Volk immer das eigne sein soll, und die beherrschten Völker immer die anderen sein sollen, so verfehlt diese Lehre grade den oben bezeichneten Kern der Religion und erweist sich, trotz dem betonten "Idealismus", als ein materialistischer Zweckgedanke, der zu einer überwundenen Vergangenheit zurückführt. Während alles auf dem Gebiet der Moral, was heute vorwärts will, seine Kraft aus der sozialistischen Idee nimmt.

Die Auswirkungen jener fernen Kräfte fühlt man heute, wenn man die Sinne dafür offenhält, eigentlich überall zwischen den Fingern: wie in der Moral so auch in der Wissenschaft, in der Musik wie in der Baukunst, ja vielleicht auch im bloßen Spiel und in jeder Bewegung.

ADOLF BEHNE · ZWEIERLEI ANSCHAUUNG

MAN erinnert sich: Der letzte große "Fall", der die Fachgelehrten aufrührte und über die Grenzen hin die Kunstfreunde in 2 Parteien spaltete, hatte zum Ausgangspunkt die von Bode entdeckte, erworbene und dem Leonardo zugeschriebene Wachsbüste, die sogenannte Flora, im Berliner Kaiser-Friedrich-Museum. Nicht die Echtheit oder Unechtheit der Büste an sich ist hier unser Thema (die Akten darüber füllen schon endlose Bände)¹ sondern nur die Tatsache, daß ein solcher Kampf um die Echtheit zwischen gleichwertigen Gelehrten möglich war. Wir wollen uns einmal fragen, weshalb sich denn die Meinungen über jenes Werk nicht vereinigen konnten.

Bei einem solchen Fall kommen wieder einmal 2 ganz verschiedene Grundanschauungen zum Kampf: einem Kampf, der latent immer währt, der aber um einen Dou oder Teniers nicht zum offenen Ausbruch kommt. Was in diesem Kampf die beiden Parteien trennt, ist nicht so sehr die verschiedene Meinung über die Echtheit oder Unechtheit grade dieses Stücks, sondern die ganz verschiedene prinzipielle Auffassung dieses Begriffs Echtheit überhaupt.

Die eine Anschauung sagt: Wenn aus äußeren Gründen wahrscheinlich, *sehr* wahrscheinlich, *höchst* wahrscheinlich gemacht wird, daß diese Arbeit von der Hand Leonardos stammt, dann ist sie in das Werk Leonardos einzuordnen. Jedenfalls ist hier der Vorgang so: Ein Indizienbeweis aus Spuren und logische Folgerungen führen Schritt für Schritt aus anfänglichem Nichtwissen zu einem italienischen Maler des 16. Jahrhunderts, kreisen das Feld mehr und mehr ein und fallen schließlich die Person Leonardo. Das Oeuvre Leonardos ist also entsprechend zu erweitern oder umzubauen. Anders ausgedrückt: Härte der Indizien, Bestimmtheit der Folgerungen, auf der andern Seite Nachgiebigkeit, Dehnbarkeit des Leonardoschen Werks. Diese spezifische Auffassung (einer ihrer stärksten Vertreter war Wilhelm Bode) deckt sich mit einer allgemeineren Geisteshaltung, die ihren Repräsentanten in dem naturwissenschaftlichen System Darwins hatte. Die Kunst: das ist hier sozusagen die Summe von einigen Tausend Individuen, von einigen Tausend existierenden Personen, die malen, modellieren, bauen, zeichnen, ist die Summe aller ihrer Arbeiten. Diese Personen, Künstler genannt, sind für den Historiker gleichsam in einem Zustand des struggle of life, des Kampfs um das wissenschaftliche Dasein. Der eine frißt den andern auf: nun freilich nicht leiblich, aber er frißt sein Werk, frißt von seinem Werk, und dieser

1) »Hoffentlich verschwindet die Büste bei der Neuordnung.« Diesem Wunsch Schefflers (Berlin, Wandlungen einer Stadt /Berlin 1931/ Seite 221) schließen wir uns gern an.

früß wieder den Schwächern, den Kleinern. Der ganze Vorgang, den wir Kunstgeschichte nennen, spielt sich nach dieser Auffassung persönlich ab, zwischen Einzelmenschen, und es ist ganz plausibel, daß bei dieser personellen Orientierung als Kriterium der Echtheit entscheidet oder ausreicht: ob die Arbeit die Hand des X verrät. Wenn ja, so wird das Oeuvre dieses X um das betreffende Bild vermehrt; denn dieses Oeuvre, das ist ja dehnbar, ist das Veränderliche von der Welt. So wächst, um nur *ein* Beispiel zu nennen, das Oeuvre Rembrandts bald zur Höhe von 600 bis 700 Arbeiten an, und bald schrumpft es wieder zusammen; vor etlichen Jahren sollte es nach dem Willen eines englischen Forschers auf einige wenige Dutzend Bilder verengt werden.

Dem steht eine ganz andere Anschauungsweise gegenüber, die das Werk des Künstlers nicht als eine bloße Summe von einzelnen Arbeiten ansieht, die durch das Kennzeichen der gleichen Hand zusammengehalten werden, sondern als eine Gestalt, einen Charakter, eine Einheit, einen einmaligen und besonderen Wert. Diese Anschauung hält das Werk eines Leonardo nicht für nach allen Seiten dehnbar sondern für so geschlossen, so hart, so fest gefügt in seiner Einmaligkeit, daß nur eine ganz ungewöhnliche, ganz beispiellos evidente Entdeckung eine Umformung rechtfertigen könnte. Dieser Anschauung scheint es unzulässig über das Werk Leonardos auf Grund von Detektivkniffen zu entscheiden. Ihr müßten die Argumente der "gleichen Hand" erst vom Ganzen aus abgewogen, geprüft, gemessen werden. Die Akzente sind also ganz anders, ganz entgegengesetzt als vorhin. Die klare Vorstellung von dem Werk Leonardos entscheidet über die Kraft und Macht der Argumente, und es wäre als äußerste Konsequenz dieser Anschauung zu denken, daß einer sagte: Wenn mir wirklich exakt bewiesen würde, daß es Leonardos eigne Hand war, die jene Arbeit modellierte oder malte, so bin ich doch dafür diese Arbeit beiseite zu stellen. Denn mag sie schon Leonardos eigne *Hand* sein, so ist sie nicht Leonardos eigener *Geist*. Sie trübt sein Werk. Man mag sie dort aufheben, wo Leonardos Bekleider, Hüte und Schreibfedern aufbewahrt werden, nicht im Museum der Kunst. Dieses hat es nicht mit der Person Leonardo zu tun sondern mit einem bestimmten künstlerischen, welthistorischen Wesen.

Was solchem Kampf der Anschauungen zugrunde liegt, ist der Gegensatz zwischen einer Kunstgeschichte der einzelnen Kunstpersonen mit dem roten Faden der Geburtsdaten und der Schulverhältnisse und einer schon von Wölfflin geforderten »Kunstgeschichte ohne Künstlernamen«, die es mit Kunstideen, mit Formen zu tun hat. Unser heutiger Typus Kunstgeschichte ist ein *pêle-mêle* aus beiden. Der *Begriff* Raffael und die *Person* Raffael sind in einer mit Ästhetik gepickten Biographie notdürftig verbunden.

Der Nichtfachmann versteht also die Kämpfe um ein zweifelhaftes Leonardowerk leicht falsch. Erst *hinter* dem Für und Wider des gegenständlichen Kleinkriegs spielt sich der eigentliche Kampf ab. Welches ist der wahre Begriff von Echtheit? Ist Echtheit identisch mit Eigenhändigkeit? Oder ist Eigenhändigkeit nur eine Voraussetzung für Echtheit? Kann nicht sogar unter Umständen eine Schülerarbeit mehr vom Geist eines Meisters enthalten als ein eigenhändiges Bild? Sind nicht Eigenhändigkeiten denkbar, die ein Werk trüben, ja verfälschen? Entscheidet nicht über Echtheit die höchste, die größte Leistung des betreffenden Meisters? Dürfen wir eine Arbeit als Leonardo anerkennen, selbst wenn sie uns als eigenhändig sehr wahrscheinlich gemacht wurde, wenn sie doch vor dem Abendmahl, der Mona Lisa, der Anna Selb-

dritt, der Felsgrottenmadonna klein und schwach wird? Es handelt sich also nicht so sehr um die Echtheit der Mache, die sich der Laie als die allein mögliche vorstellt, sondern um einen höhern wissenschaftlichen, künstlerisch-geistigen Begriff der Echtheit. Es handelt sich darum, daß hier die eine Partei (selten ganz offen und direkt) erklärt: Dieses oder jenes Bild *soll* nicht echt sein, echt genommen vom Sinn und Rang des Gesamtwerks aus. Solche Debatten weltanschaulicher Gegensätze werden sich nicht entwickeln, wenn es um einen Rembrandtschüler 5. oder 6. Rangs geht, auch kaum bei Rubens oder Guido Reni. Aber bei einem Leonardo stoßen die Gegensätze wieder einmal heftig an einander: Sein Oeuvre ist klein der Zahl nach, aber jede Arbeit ist von der höchsten Bedeutung. Der großartige Sinn seiner Leistung ist die Gewissensschärfung, Strenge, Klarheit, Verantwortlichkeit des Denkens und Arbeitens. Wird in ein solches Werk, das wie wenige zu einem Bestandteil der europäischen Kultur geworden ist, ein neues Bild eingefügt, so kann und darf die Plausibilität der Eigenhändigkeit nicht genügen. Wird durch problematische Arbeiten das Werk Leonardos mürbe und unsicher gemacht, so drohen Risse dem ganzen Gebäude. Deshalb stoßen die beiden Anschauungen der Kunstgeschichte: die atomistisch-personelle und die überpersönlich-gedankliche, in einem solchen Fall so heftig auf einander, und der Nichtfachmann tut doch unrecht aus der Heftigkeit des Kampfs zu schließen: Die Leute scheinen in Wahrheit beide nichts zu wissen.

Es ist einfach so, daß die Echtheit, die bei einem Teniers, einem Reni, einem van Dyck möglicherweise noch ausreicht, bei einem Leonardo, einem Grünewald oder einem Rembrandt ganz sicher nicht genügt.

HUGO HORWITZ · OBRIGKEITSSTAAT ODER VOLKSSTAAT?



VIELLEICHT war der Höhepunkt der bürgerlichen Kultur in Deutschland schon überschritten, als das deutsche Bürgertum seine größten äußeren Erfolge zu verzeichnen hatte. Das individuelle wirtschaftliche Unternehmertum wuchs über sich selbst hinaus, die Großindustrie, Bergbau, Schiffahrt erwuchsen in riesigem Ausmaß. Die neue angewandte exakte Wissenschaft lehrte die Schätze der Erde benutzen, unterwarf die Naturkräfte. Man unterwarf. Mit den verschiedensten Mitteln und auf den verschiedensten Gebieten. Aber das Wesen des Menschen ist nicht geschaffen nur zu unterwerfen. Es entstand als Folge des neuen großen und unleugbaren Elans eine Übersteigerung, eine Überbeanspruchung der Persönlichkeitskräfte durch äußere Zwecke, äußeres Machttreiben, und damit höhlt sich der innere Schaffenskern der Persönlichkeit aus. Zwar klingt es sonderbar von Aushöhlung zu sprechen, wenn man sich die robusten und tatfreudigen Unternehmergestalten aus der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ansieht. Aber robuste Energie und Fähigkeit zu äußerer Leistung sind nicht alles. Zweckbezogene, nur auf Erfolge gerichtete Teilleistungen im Menschen wurden überernährt, Menschen, die über derartige Energien verfügten, wurden unter der Herrschaft des so gerichteten Ausleseprinzips den einheitlicheren, den menschlichen Grundaufgaben näheren Persönlichkeiten vorgezogen. So verlor das Wesen des bürgerlichen Menschen in Deutschland seine Lebenswurzeln, die Voraussetzungen des Menschen, der vorher dort in Lessing und Goethe am reinsten ausgeprägt worden war.

Durch die neue Entwicklung, die über das eigentliche Maß des Bürgerlichen hinausging, wurde der Großbürger Herrscher. Zunächst im Wirtschaftlichen. Ohne zu einer objektiven, das Ganze seines Herrschaftsbereichs gestaltenden Herrschaftsform, die alle Teile organisch und gerecht umfaßt hätte, Beruf und Legitimation zu haben. Zunächst noch Reste eines gewissen Patriarchalismus, etwas Sentimentalität, dann auch das nicht mehr. Ein anderes kam hinzu. Die neue wirtschaftliche Macht durchflüerte in steigendem Maß Gefinnung und Gewalt des militärisch-beamtenmäßig fundierten Obrigkeitsstaats, und so entstand vor allem in Preußen eine Mischung von Methoden alter Staatlicher und neuer kapitalistischer Führung. Potsdam und Ruhrgebiet wurden Rivalen und Freunde zugleich. Was im Obrigkeitsstaat an objektiven, dem Ausgleich und der Gerechtigkeit dienenden Werten vorhanden war, wurde durch den Einbruch des Kapitalismus auf eine neue, sehr schwere Probe gestellt. Das bürgerliche Unternehmertum drängte sich in den Staat, der, und grade in Preußen, bei allen Mängeln von sich aus eine bessere Tradition besaß. Die nun sich ergebende Verquickung von Interessen des Unternehmertums mit Interessen des Staats, der doch das Volksganze zu repräsentieren und zu schützen berufen war, hat im wesentlichen den Zündstoff angehäuft, der zum Weltkrieg führte. Der Staat in militarisierter Form schützte die viel zu weit gehenden und für die inneren deutschen Möglichkeiten zu rasch sich aufbauenden wirtschaftlichen Unternehmungen, und die Wirtschaft spannte diesen im Grunde naiven Militarismus vor ihren Wagen. Der Wahn Wilhelms II tat das Übrige. Dieser Monarch war Militär, war Unternehmer, war eben alles.

Die unselige Interessenverknüpfung der bürgerlich-kapitalistischen mit der obrigkeitsstaatlichen, militärischen wilhelminischen Welt hat die Entwicklung Deutschlands schwer belastet, wenn auch zunächst grade durch die Zusammenarbeit der beiden Partner, die gewiß auch fruchtbare Annäherungen schuf, der Aufstieg ungemein groß war. Jedoch, um einmal von dem Sichtbarsten zu sprechen, dieser Entwicklung verdanken wir die Denkmale der Siegesallee und das gipferne Barock des baulichen neuern Berlins. Das Bürgertum hatte eben seinen innern Höhepunkt überschritten, als es seine Triumphe feierte. Das bürgerliche Ich begann zu erlahmen. Und ebenso büßte der Staatswille des preußischen Obrigkeitsstaats von seinem Wesen ein, das unter ganz anderen Voraussetzungen in anderen Augenblicken der Geschichte objektive Werte zu verwirklichen fähig gewesen war. Die Ehe zwischen Obrigkeitsstaat und bürgerlichem Kapitalismus war in wesentlichen Teilen unglücklich. Es gilt neue Formen an ihre Stelle zu setzen.

Der Kapitalismus hatte vor dem Krieg Organisationsformen geschaffen, die über den Rahmen rein individueller Privatwirtschaft hinausgingen. Diese Konzentrations- und Vertrustungstendenzen, die ganze Gefinnung der wirtschaftlichen Machtergreifung überdauerten den Krieg und setzten sich in dämonisierter Form auf das nicht mehr solid untermauerte Nachkriegsdeutschland. Aufbau und Konzentrationsenergie gingen in hemmungsloses Spekulationsfieber, wurzellose Luftschloßbauerei über. Man stockte auf, man kaufte auf, man träumte von wirtschaftlichen Vertikalsystemen. Die Inflation mußte helfen; eine Scheinblüte entstand, jeden Tag wurden neue Fabriken auf dem Papier gegründet, in neuen Papieren wurde spekuliert, als ob die lange vor dem Krieg aufgespeicherten Kräfte und einseitig gerichteten Energien einen schauerlichen Gespenstertanz aufführen wollten. Der Sozialismus, die junge

Republik sollten diesen Kräften neue Ideale entgegensetzen: das sich selbst bestimmende Volk, den Volksstaat. Aber die Vorkriegskräfte waren nicht tot, sie waren in ihrer neuen Form gefährlicher als je. Und das Volk war noch nicht stark genug demgegenüber das wirklich Neue durchzusetzen, wenn auch viele Ansätze auf verschiedenen Gebieten vorhanden waren. Die Arbeiterklasse stand naturgemäß in der klassenmäßigen Opposition gegenüber den kapitalistischen und obrigkeitstaatlichen Mächten. Die umfassende Formung eines wirklich neuen Ganzen gelang ihr noch nicht. Denn dieses neue Ganze erlangt man nicht *allein* durch die Wahrung der Klasseninteressen, auch wenn die eigne Klasse dereinst berufen ist sich an die Stelle aller anderen zu setzen und von sich aus die endgültige klassenlose Gesellschaft zu bilden. Eine solche Klasse müßte dann wirklich alle Voraussetzungen für eine neu aufzubauende und neu zu differenzierende Gesamtheit in sich tragen. Diese formende, das Ganze umgreifende Kraft hat die Arbeiterklasse in der Deutschen Republik nicht in genügendem Maß aufgebracht. Daher konnte sie der Mächte der bürgerlich-kapitalistischen und obrigkeitstaatlichen Welt noch nicht wirklich Herr werden. So konnte diese Welt hinter der Fassade der Republik neu erstarren und ein Regiment neu beginnen, das zwar nicht mehr auf fundierten Voraussetzungen beruht, aber nichtsdestoweniger eine gefährliche letzte Energie besitzt. Eine ungemaine Verstärkung dieser Energie bringt die Bewegung des Nationalsozialismus hinzu. Er nährt sich von den Kräften kapitalistischer und obrigkeitstaatlicher Gefinnung. Er kommt der bankrotten Bourgeoisie und dem bankrotten Adel unter dem Deckmantel eines neuen "Idealismus" zu Hilfe. Er fälscht die Klasseninteressen beider in nationale Gefinnung um und gibt sich außerdem sozial: das soziale, gewachsene, blutverbundene Volksganze. Nur merkt er es vielleicht selbst nicht, daß er neuen Wein in alte Schläuche gießt. Das organische Volksganze, soweit diese Idee einen guten und vertretbaren Sinn hat (und sie hat einen), ist nicht mit Hilfe heruntergewirtschafteter Ideologien zu bauen. Man kann diesen Ideologien nicht ohne prinzipiellen Umbau den neuen sozialen Gedanken produktiv einbauen, auch nicht, wenn man es ehrlich meint.

Das Volk muß von echten sozialen Konstruktionsformen her neu erstehen. Diese Formen müssen die Kraft haben, was von Bürgertum und Adel gesundungsfähig und willig ist, auf seinen neuen Boden zu verpflanzen. Selbstverständlich in prinzipieller Umbildung. Es sind im Bürgertum und im Adel Kräfte, Gefinnungen, Erfahrungen, die nicht entbehrt werden können. Aber man muß Ernst machen. Der soziale Gedanke, der Volksgedanke muß im Vordergrund stehen, auf ihn müssen alle Einrichtungen, alle Bildungsideale, alle Wirtschaftsformen zugeschnitten sein. Mit dem (ehrlichen) Ressentiment veralteter Vertreter veralteter Systeme können wir uns nicht begnügen. Alle unfruchtbaren Befehlssysteme sind zu vermeiden. Und wenn von Autorität die Rede sein soll, so kann es sich nur um eine Autorität handeln, die auf durchgebildeter innerer Freiheit beruht. Gemeint ist die innere Freiheit dessen, der diese Autorität ausübt, seine Macht die Fähigkeit zu solcher inneren Freiheit denjenigen mitzuteilen, über die er sie ausübt. Dieses Prinzip muß vor allem in der Erziehung der Jugend allein berechtigt sein. Es besteht durchaus die Gefahr, daß Schulmeister wieder aus dem Wort Autorität sich Honig saugen. Erst kommt das Wort Freiheit, dann das Wort Autorität. Die Umkehrung muß radikal sein, womit ganz und gar nicht gesagt sein soll, daß die eine der beiden Komponenten weniger wirksam sein sollte als die andere.

Ein solcher Volksstaat wird auf die entfesselten Instinkte einer bourgeois-kapitalistifchen und nationalistifchen Unterwerfungsfucht verzichten können. Er wird frei sein, vor allem in sich selber. Und er wird, als innerlich freier, geformter und in feinem Maß ruhender Staat, dem Nachbarn, der Welt die Hand reichen können.

WALTER BAUER · EIN SCHLAFLIED

KOMM, sanfter Schlaf, für dieses Kind.
Schlafe, mein Junge. Wenn du nicht ausgeschlafen bist,
Wenn des Traumes Schalen die Sinne bedecken,
Schmeckt dir morgen bitter das Spiel.
Musik für dich, ein Traumlid für dich:

Vielleicht hat die Welt eine schönere Stimme für dich
Als deine Mutter.

Dort steht das schwarze Kästchen. Schalte ich ein, weht ein leises, leises
Summen herar: wie der Laut eines Bienenschwarms am duftausströmenden Baum.

Und wenn es Nacht ist, wie jetzt, sieht man deutlich ein leichtes Glühen der
Röhren. Erwärmt sie die Welt?

Ist es ein Schein des Feuers vom Herzen der Erde?

Horch, ich wandere durch Europa, ohne mich zu bewegen,
Überwinde die Alpen, die Flüsse, die Heiden und Sümpfe,
Bin in Wien, Mailand, Paris mit einer leichten Bewegung der Hand.
Willst du die schöne Menschenstimme der Anfagerin von Rom?
Ich suche für meinen Jungen eine sanft wehende Musik,
Den Gefang einer Geige oder einer Sängerin Lied.

Es ist stumm. Nur das leise Summen, als säßen Bienenvölker am Weltbaum.
Europa ist zur Ruhe gegangen.

Ich will dir ohne Musik ein Schlaflied singen.
Mütter lieben ihre Kinder in gleicher Weise seit Jahrtausenden,
Aber sie singen andre Worte jetzt als vor einem Jahrhundert.
Schlafe, mein Junge. Deine Mutter ist eine Norne und belauscht die Zeit.
Deine Mutter schließt die Augen und sieht über Europa.
Europas Gemeinamkeiten sind Millionen Tote vergangenen Krieges,
Europas Gemeinamkeit ist der kommende Krieg,
Der es auslöfchen wird.

Mit bebendem Herzen erkenn ich die Zukunft:
Sie ist nicht anders als die schreckliche Vergangenheit.
Wenn die Menschen sich nicht erkennen und Menschen find,
Wird Europa sterben.

Leise sing ich mein Lied für dich, bitterfüße Frucht meines Lebens.
Wenn ich laut singe die schrecklichen Gesichte,
Die hervorbrechen aus meinem waffenlosen Herz,
Wer hörte sie denn, ohne zu lächeln?
Und die nicht lachen, werden mich ins Gefängnis werfen.
Leise sing ich für dich, mein süßes Leben.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Will Könemann

Deutschland: Seit der letzten dieser Chroniken haben sich die Ge-
Regierungs- wechsel
wechsel sehnisse auf dem Gebiet der deutschen Innenpolitik überstürzt. Am 13. Mai trat der Reichstag zu einer 4tägigen Tagung zusammen. Heinrich Brüning verteidigte die letzte Entwicklung seiner Politik und gab in großen Zügen seine weiteren Pläne bekannt. Es sollten die Finanzen weiter der Wirtschaftskrise angepaßt, die Sozialversicherung funktionsfähig erhalten, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm mit Hilfe einer auch von den Gewerkschaften geforderten Prämienanleihe durchgeführt, und die Vorbedingungen für eine Belebung der Wirtschaft geschaffen werden. Brüning legte sich erneut auf seine Forderung einer bedingungslosen Streichung der Reparationen fest und glaubte sich in dieser Hinsicht »100 Meter vor dem Ziel«. Diese Rede ließ erkennen, daß Brünings Methoden der politischen Führung starr geworden waren und der zunehmenden Belastung bald nicht mehr gewachsen sein würden.

Der Bruch erfolgte schneller als allgemein erwartet wurde. Am 10. Mai kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Reichswehr- und Innenminister Wilhelm Groener und den Nationalsozialisten. Groener verteidigte das am 13. April erlassene Verbot der nationalsozialistischen militärischen Formationen als einen Akt der Sicherung der Staatsautorität. Die gegen das Kabinett Brüning eingebrachten Mißtrauensanträge wurden mit 287 gegen 257 Stimmen abgelehnt. Die Kräfte, denen Brüning schließlich unterlag, kamen von einer andern Seite. Am 13. Mai wurde amtlich mitgeteilt, daß Groener den Reichspräsidenten und den Reichskanzler gebeten habe ihn von seinem Amt als Wehrminister zu entbinden und ihm nur das Innenministerium zu belassen. Die Hintergründe dieses Vorgangs stehen in engstem Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung, die zum Sturz Brünings führte. In der 2. Maihälfte hatte die Regierung ihre Pläne konkretisiert und verordnungsreif gemacht. Es fehlte nur die Zustimmung des Reichspräsidenten. Dieser hatte sich unmittelbar nach der Reichstagstagung nach Neudeck begeben, ein Umstand, der in seiner tatsächlichen und symbolischen Bedeutung damals nur

wenig erkannt wurde. Am 28. Mai kehrte der Reichspräsident zurück. Am folgenden Tag fand eine längere Unterredung zwischen ihm und Brüning statt. Der Reichspräsident verweigerte den von der Regierung geplanten Maßnahmen, insbesondere der Aufhebung des Moratoriums für den überschuldeten Großgrundbesitz und der damit verknüpften Durchführung der Ostfiedlung, seine Zustimmung. Unzweifelhaft war auch das nur ein Ausschnitt aus dem Gegenatz zwischen Reichspräsidenten und Kanzler, der sich auf grundsätzliche Fragen der politischen Führung bezog. Einer der in dieser Hinsicht bestinformierten Publizisten, Walther Schotte, der dem engsten Kreis der von Heinrich von Gleichen herausgegebenen konservativen Zeitschrift *Der Ring* angehört, hat in seiner Schrift *Das Kabinett Papen-Schleicher-Gayl / Leipzig, R. Kittler/* die Entwicklung, die zum Sturz Brünings und zur Berufung von Papens führte, dargestellt. Danach liegen die Ursachen für die Entfremdung zwischen Hindenburg und Brüning darin, daß Brüning nie ernsthaft die Absicht gehabt habe das parlamentarisch-demokratische System durch eine Verfassungsreform in der Richtung einer autoritären Staatsführung zu überwinden. Am 30. Mai demissionierte das Kabinett.

Deutschland: Daß der Rücktritt Brünings
Regierung von Papen
von Papen schnelle Regelung seiner Nachfolge. Am 2. Juni bereits wurde die neue Regierung ernannt. Reichskanzler wurde Franz von Papen, Außenminister Constantin von Neurath, Innenminister Wilhelm von Gayl, Wehrminister Kurt von Schleicher, Finanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Ernährungsminister Magnus von Braun, Justizminister Franz Gürtner, Post- und Verkehrsminister Paul Eltz von Rübenach. Das Zentrum erließ am selben Tag gegen das neue Kabinett eine außerordentlich scharfe Erklärung, in der die Regierung als eine »Zwischenlösung«, die »aus einem monatelang geübten System unkontrollierbarer Treibereien« hervorgegangen sei, strikt abgelehnt wurde. Da somit jegliche Aussicht ein Mißtrauensvotum im Reichstag zu vermeiden verfehlt worden war, wurde der Reichstag am 4. Juni aufgelöst, mit der neuartigen Begründung, daß er »nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deut-

schen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspreche«. Am selben Tag wurde die Regierungserklärung veröffentlicht, die im wesentlichen eine Polemik gegen die »Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie«, den sich »ständig steigenden Staatssozialismus«, der den Staat zu einer Wohlfahrtsanstalt zu machen veruche, und gegen den »Kulturbolschewismus« darstellte. Dem wurde als eigne Aufgabe die »Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staaterhaltenden, kurzum nationalen Kräfte« entgegengestellt.

Ihre fachliche Arbeit auf innenpolitischem Gebiet begann die neue Regierung am 14. Juni mit einer Notverordnung über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden. Auf dem Gebiet der Rechtspflege wurden weitgehende Eingriffe verordnet, die vor allem in der Strafrechtspflege zu einer gefährlichen Verkürzung der Rechte des Angeklagten führten. Ebenfalls am 14. Juni wurde das 2 Monate vorher zur Wahrung der Staatsautorität erlassene Verbot der nationalsozialistischen militärischen Formationen aufgehoben. Damit war eine der Hauptforderungen der Nationalsozialisten erfüllt. Die Regierung hat vorgeleistet, ohne je die Gegenleistung in die Hand zu bekommen.

Preußen: Regierungs- absetzung

Am 20. Juli wurde auf Grund des Artikels 48 der Verfassung durch eine Verordnung des Reichspräsidenten der Reichskanzler von Papen zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Die gesamte preußische Regierung wurde noch am selben 20. Juli abgesetzt, und in den folgenden Tagen wurden fast alle maßgebenden politischen Beamten des bisherigen Regimes abberufen. Um Widerstände von vornherein zu unterdrücken, wurde gleichzeitig bis zur Beendigung der Aktion über Berlin und Brandenburg der Belagerungszustand verhängt. Die preußischen Minister fügten sich unter Protest dem Vorgehen der Reichsregierung; auch die Sozialdemokratische Partei, die hiermit ihre letzte und stärkste politische Stütze verlor, tat mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen das nämliche, trotz der ungeheuren Erregung der sozialistischen Massen. Zum Bevollmächtigten des Reichskommissars wurde der bisherige Oberbürgermeister von Essen Franz Bracht ernannt, der auch die Leitung des preußischen Innenministeriums übernahm. Mit diesem Schritt

von weitesttragender Bedeutung kam die Regierung einem Verlangen entgegen, das insbesondere von deutschnationaler und nationalsozialistischer Seite immer wieder gestellt worden war. Noch am 17. Juli hatte der nationalsozialistische Präsident des Preussischen Landtags die Einsetzung eines Reichskommissars vom Reichskanzler verlangt. Den unmittelbaren Grund gab der Reichsregierung ein politischer Straßenkampf in Altona am 17. Juli, bei dem es 17 Tote gab. Sie begründete ihre Aktion nunmehr damit, daß die nur geschäftsführende preußische Regierung nicht mehr in der Lage sei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu sorgen. In Wirklichkeit waren die sich häufenden politischen Bluttaten eine Folge der Wiederzulassung der uniformierten nationalsozialistischen Verbände und des erbitterten Wahlkampfes. Die abgesetzte preußische Regierung wandte sich an den Staatsgerichtshof. Ihr Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung, die dem Reichskommissar alle weiteren Amtshandlungen, vor allem die Absetzung von Beamten, unterlagen sollte, wurde am 25. Juli abgelehnt, da eine solche Verfügung nicht ohne Vorwegnahme der endgültigen Entscheidung erfolgen könne.

Präsidialregie- rung und Par- lament

Die Neuwahl des Reichstags am 31. Juli brachte keine grundsätzliche Veränderung der politischen Situation (siehe dazu den Artikel des Bearbeiters dieser Rundschau, in diesem Band Seite 733). Der Reichspräsident, der an der Idee der sogenannten Präsidialregierung festhielt, versuchte durch persönliches Eingreifen die Heranziehung der Nationalsozialisten zu positiver Verantwortung zu fördern. Am 13. August wurde Adolf Hitler von ihm und dem Reichskanzler empfangen. Nach der amtlichen Darstellung über den Verlauf dieser Unterredung fragte der Reichspräsident Hitler, ob er bereit sei selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten seiner Partei in die vom Reichskanzler von Papen geleitete Regierung einzutreten. Hitler forderte, daß ihm die gleiche Stellung und die gleichen Vollmachten wie Mussolini nach dem Marsch auf Rom, das heißt die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt, in vollem Umfang übertragen werden. Der Reichspräsident lehnte diese Forderung sehr bestimmt ab. Nachdem ihr Versuch an die Macht zu kommen so fehlgeschlagen war, begannen die Nationalsozialisten die Regierung von Papen aufs schärfste zu bekämpfen.

Infolge der andauernden politischen Mordtaten, die allein in Preußen vom 1. Januar bis Ende August 1932 mehr als 150 Todesopfer forderten, erließ die Regierung am 9. August eine Verordnung gegen den politischen Terror, in der schwerste Strafen, auch die Todesstrafe, angedroht wurden. Zur Aburteilung aller Verbrechen mit politischem Hintergrund wurden Sondergerichte eingesetzt.

Am 4. September erging eine Verordnung zur Behebung der Wirtschaft und zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit (siehe dazu hier die Artikel Wiffells und Kaliskis und die Rundschau Wirtschaft, in diesem Band Seite 750, 758 und 851).

Da die Reichsregierung keinen Zweifel daran ließ, daß sie jedem Versuch des Reichstags sie durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen oder die Notverordnungen aufzuheben durch die Auflösung zuvorkommen werde, blieb als einziger legaler Weg die Regierung zu stürzen nur die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit übrig. Zentrum und Nationalsozialisten traten nach der Eröffnung des neuen Reichstags am 30. August (in der Clara Zetkin als Alterspräsidentin eine Anklagerede hielt, über die in der Presse so gut wie gar nicht berichtet wurde) in Unterhandlungen über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit in irgendeiner Form ein. Vorerst kam es zur gegenseitigen Unterstützung bei der Wahl des Reichstagspräsidiums. Der nationalsozialistische Abgeordnete Hermann Göring wurde mit 367 Stimmen zum Präsidenten gewählt, der Zentrumsabgeordnete Thomas Esser zum Vizepräsidenten. Zum erstenmal seit 1919 ist kein einziger Sozialdemokrat im Reichstagspräsidium. Die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten hatten noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt, als der Reichstag am 12. September zusammentrat. Man wollte eine Erklärung der Regierung entgegennehmen und dann unter Umständen durch Mehrheitsbeschluß eine Vertagung herbeiführen, ohne es zur Abstimmung über die von der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei eingebrachten Mißtrauens- und Aufhebungsanträge kommen zu lassen. Durch eine taktische Verwirrung sah man sich bereits in der 1. Sitzung vor der Abstimmung über die Mißtrauensanträge. Bevor noch der eigentliche Abstimmungsakt begonnen hatte, wurde der Reichstag aufgelöst, indem der Reichskanzler dem Präsidenten die Auflösungsverordnung überreichte. Die dennoch zu Ende geführte Abstimmung ergab die

Annahme der Mißtrauensanträge mit 512 gegen die 42 Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Um die Rechtsgültigkeit der Auflösung entbrannte ein Streit zwischen den Nationalsozialisten und der Regierung, der mit der Niederlage der Nationalsozialisten endete. Die Neuwahl des Reichstags wurde auf den 6. November festgesetzt.

Politikerbiographien

In einer Serie politischer Monographien unter dem Titel *Männer und Mächte* /Leipzig, R. Kittler/ sollen die bedeutendsten Führer und politisch wichtigen Organisationen Europas dargestellt werden. Bisher erschienen Biographien von Paul von Hindenburg (vom Generalleutnant Horst von Metzsch), Heinrich Brüning (Alphons Nobel), Otto Braun (Erich Kuttner), Wilhelm Groener (Ernst Kabisch), Ernst Thälmann (Peter Maslowski), Alfred Hugenberg (Otto Kriegg), Adolf Hitler (Johann von Leers). Eines der aufschlußreichsten Bändchen aus dieser Sammlung wurde oben bereits erwähnt: die Schrift Walther Schottes, die die Entstehung und die Ziele der Regierung Papen-Schleicher-Gayl schildert. Auch die übrigen Bändchen bringen, da sie stets von mit der Person und Sache eng verbundenen Verfassern stammen, manche interessante Details. Es sei besonders verwiesen auf die Darstellungen Otto Brauns und Heinrich Brünings. Leider werden gerade diese beiden Politiker zu sehr nur von der persönlichen Seite gesehen, und man vermißt die Einreihung in größere politische Zusammenhänge. Dem starken Bedürfnis nach biographischem Material kommt auch der Historisch-Politische Verlag in Berlin entgegen. Für die bei ihm erscheinende Reihe biographischer Darstellungen deutscher Politiker der Gegenwart schrieb Hans Menzel ein Lebensbild Carl Severings. Grade heute tut es gut sich des Werdegangs dieser Männer zu erinnern, die die Geschichte Deutschlands im letzten Jahrzehnt geleitet haben. In der selben Reihe hat Peter Weber, Redakteur der Tageszeitung der Christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald gezeichnet. Jemand, der sich unter dem Pseudonym O. B. Server verbirgt, bringt 26 Politikerporträts mit 26 Karikaturen von Erich Goltz (Matadore der Politik /Berlin, Univerlitas/). In kurzen knappen Strichen wird die Persönlichkeit unserer meistgenannten Politiker umrissen; larkastisch und in leichtem Feuilletonstil. Ein amüsanteres Buch, Der Verfasser hat manche richtige Beobachtung gemacht.

Informations-
mittel In den Beiträgen zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ erscheint ein von Karl Braunias verfaßtes Handbuch über die *Bildung der gesetzgebenden Körperschaften* in Europa, unter dem Titel *Das parlamentarische Wahlrecht*. Der bis jetzt vorliegende 1. Band enthält in systematischer Zusammenfassung die Wahlgesetze und die Organisation der Staatswillensbildung aller europäischen Staaten. Für jedes Land ist kurz, prägnant und vollständig ein Überblick über die geschichtliche Entwicklung gegeben, sozusagen die Verfassungsentwicklung vom Gesichtspunkt des Wahlrechts aus. Es folgen das Wahlverfahren, das Wahlsystem und eine Darstellung der gesetzgebenden Körperschaften. Eine Bibliographie der Gesetzestexte und eine Auswahl der bedeutenderen einschlägigen Schriften sind angefügt. Das umfangreiche Werk, bisher das einzige Nachschlagewerk seiner Art, wird von all denen lebhaft begrüßt werden, die sich mit Fragen des Wahlrechts an sich befaßen, es bedeutet darüber hinaus ein vortreffliches Hilfsmittel zur schnellen Orientierung über die politische Struktur eines Staats. Vor allem aber wird es die Grundlage für jede rechtsvergleichende Arbeit auf diesem Gebiet bilden. Ein 2. Band, in dem das reiche Material des vorliegenden Bands zu einem System der Wahlrechtsinstitutionen zusammengefaßt werden soll, wird noch folgen. Wünschenswert wäre es, wenn bei Bedarf Nachträge erschienen, in denen die jeweiligen Änderungen der Gesetzgebung angegeben sind.

Totenliste Am 29. April starb in Paris der Präsident der letzten argentinischen Revolutionsregierung, der General *José Urriburu*, im Alter von 64 Jahren. Er war Generalinspekteur der Armee gewesen und trat politisch hervor, als 1930 der Präsident Hipolyto Irigoyen wiedergewählt wurde, und damit die Gefahr einer Fortsetzung der herrschenden Mißwirtschaft drohte. An der Spitze weniger Truppen unternahm er am 6. September 1930 einen Marsch auf Buenos Aires, stürzte die Regierung Irigoyens und stand bis zum 20. Februar an der Spitze der Revolutionsregierung. Er hatte nicht den Ehrgeiz Dauerdiktator zu sein sondern sorgte für baldige Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände und trat nach der ordnungsmäßigen Wahl des Präsidenten Agustín Justo ab.

Am 7. Mai starb an den Wunden eines am Tag vorher von einem geistesverwirrten Ruffen auf ihn verübten Attentats der Präsident der Französischen Republik *Paul Doumer*, im Alter von 75 Jahren. Er stammte aus ärmlichsten Verhältnissen, erarbeitete sein Studium und trat in die Verwaltung ein, in der er eine glänzende Laufbahn zurücklegte. 1888 kommt er im Kampf gegen Boulanger in die Kammer, mit 38 Jahren wird er Finanzminister; er führte damals die direkte Einkommensbesteuerung ein. Dann war er Generalgouverneur von Indochina. Bereits 1906 wurde er Präsidentschaftskandidat, er unterlag aber gegen Fallières. Er wurde mehrmals noch Finanzminister, dann Präsident des Senats, schließlich am 13. Juni 1931 Präsident der Republik.

Am 15. Mai wurde der japanische Ministerpräsident *Takelchi Inukai* von Offizieren der Armee und Marine ermordet, weil er den Forderungen des jungen japanischen Nationalismus zu wenig nachkam (siehe die Rundschau Außenpolitik, in diesem Band Seite 622).

Am 2. August starb in Wien *Ignaz Seipel*, im Alter von 56 Jahren. Er war Priester und Professor der Moraltheologie an der Wiener Universität. Eine Schrift über eine Föderation der österreichisch-ungarischen Völker auf demokratischer Grundlage und die Bekanntheit der Kaiserin Zita führte zu seiner Berufung in das Kabinett Lammasch, als es mit der alten Doppelmonarchie zu Ende ging. Seitdem hat er stets als Führer der Christlichsozialen Partei und mehrmals als Bundeskanzler in der ersten Reihe gekämpft. Sein politischer Traum war die Herstellung einer Donauföderation, sein Antrieb der Kampf um die Macht der katholischen Kirche. Er war der bedeutendste bürgerliche Politiker Österreichs in der Nachkriegszeit, eine Persönlichkeit ungewöhnlichen Formats.

Am 20. August starb in Baden bei Wien der frühere Bundeskanzler *Johannes Schober*, im Alter von 58 Jahren. Er begann als Polizeibeamter, wurde Polizeipräsident von Wien und 1921 zum erstenmal Leiter eines Beamtenkabinetts. Er hatte damals die Verhandlungen über die Befreiung des Burgenlands zu führen und trat zurück, als 1922 die Großdeutschen gegen den Vertrag von Lana mit der Tschechoslowakei stimmten. Als am 15. Juli 1927 der Aufstand der Massen in Wien im Blut erstickt wurde, richtete sich aller Haß gegen ihn, den man als den eigentlich Schuldigen anah. 1929 wurde er wieder Kanzler, und es gelang ihm

durch eine meisterhafte Taktik den geplanten Staatsstreich der Heimwehr zu vereiteln. Zuletzt war er im Kabinett Buresch bis Mai 1932 Außenminister. Er war Anhänger der Vereinigung Österreichs mit Deutschland, ohne jedoch, wie seine Haltung bei der ungeliebten Angelegenheit der Deutsch-Österreichischen Zollunion Curtiuschen Angedenkens bewies, deren Bedingtheit durch die gesamteuropäische Situation richtig einzuschätzen.

Kurze Chronik Am 10. August versuchte in Spanien der Führer der Guardia Civil, der General Sanjurjo, durch einen Militärputsch die Macht an sich zu reißen. Der Plan mißlang in seinen ersten Anfängen. Sanjurjo wurde zum Tod verurteilt, vom Ministerium begnadigt und nach Marokko deportiert. Viele monarchistische Offiziere wurden ebenfalls verbannt, ihre Vermögen beschlagnahmt. ◊ In Ungarn trat die Regierung im September zurück. Am 30. September kam das neue Kabinett zustande. Es wird von dem bisherigen Kriegsminister Julius Gömbös geführt und stützt sich auf die Partei Stephan Bethlens und die mit ihr verbundene Christlichsozialen Partei. Außenminister wurde der Senatspräsident Andreas Puky, der als Vertrauensmann Bethlens gilt, Innenminister Franz Keresztes-Fischer. Die Sozialdemokraten sagten dem Kabinett schärfste Opposition an, obwohl man annimmt, daß Gömbös, der Sohn eines kleinen Landwirts, seinen alten Plan einer Agrardemokratie mit geheimem Stimmrecht ausführen wird. (Bisher sind nur in den Städten die Wahlen geheim.)

Literatur Die allgemeine Staatslehre und Staatsrechtslehre der Gegenwart befindet sich in vollem Aufbruch. Wertvolle Beiträge dieser Entwicklung bietet die Schriftenreihe *Recht und Staat* in Geschichte und Gegenwart /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Von den letzten Heften dieser Reihe seien genannt: Albert Henkel Grundrechte und politische Weltanschauung, Franz Jerusalem Gemeinschaft und Staat, Otto Koellreutter Der Nationale Rechtsstaat, Heinz Ziegler Autoritärer oder totaler Staat, Karl Pfister Die Rettung des parlamentarischen Systems. Auf den Inhalt der genannten Schriften im Hinblick auf die verfassungsrechtlichen und staatsrechtlichen Probleme der Gegenwart wird man in andern Zusammenhang noch eingehen müssen. Es sei aber schon hier nachdrücklich auf die Ziegler'sche Arbeit hingewiesen.

Wirtschaft / Gerhard Kreyllig

Rohstoffvorräte Die Tatsache, daß auf dem Weltmarkt etwa seit Mitte August für eine Reihe von Rohstoffen Preissteigerungen eingetreten sind, hat zu der optimistischen Auffassung geführt, daß damit der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise überwunden sei, und eine nachhaltige wirtschaftliche Belebung eintreten würde. Diese Auffassung stützt sich auf nichts als auf die Vorstellung, daß eine Wirtschaftskrise ein Naturprozeß ist, der einen bestimmten Verlauf hat, daß irgendeinmal ein Tiefpunkt erreicht wird, und es dann von selbst wieder aufwärts geht. Ins Innere dieser Natur dringt offenbar kein erschaffener Geist. Daß diese Krise durch die Wirtschaft selbst und ihre Politik entstanden und verschärft ist und nur durch eine konstruktive Politik überwunden werden kann, daß heute wie immer, nach dem Napoleonischen Wort, die Politik das Schicksal ist, kann denen nicht eingehen, die auf der Bahn ihrer Außenpolitik an jeder Möglichkeit der Besserung vorübergehen.

Wenn, worauf man jetzt baut, die Wirtschaftswende von den Rohstoffländern ausgeht, so erhebt sich naturgemäß die Frage, wie groß denn die Weltvorräte der wichtigsten Produkte heute noch sind, weil damit die Frage beantwortet wird, innerhalb welchen Zeitraums eine verstärkte Nachfrage nach Rohstoffen der Wirtschaft einen neuen Aufschwung geben könnte. Die Feststellungen über die Weltvorräte führen zu Ergebnissen, die kaum optimistisch stimmen können.

Mitte 1932 betragen die Weizenvorräte in der Welt das 2½fache der Vorräte von 1927 und mit 12 Millionen Tonnen etwa 10% der letzten Welternte. Die Vorräte an Zucker waren um 80% höher als 1927 und betragen mit fast 9 Millionen Tonnen 35% der Weltproduktion des letzten Jahres. Die Kaffeevorräte waren 3- bis 4mal so groß wie 1927 und betragen mit 1,8 Millionen Tonnen noch 65% der letztjährigen Ernte. Die noch vorhandenen Vorräte entsprechen dabei dem gesamten Weltverbrauch des Jahres 1931. Die Vorräte an Baumwolle waren um 50% größer als 1927 und betragen mit 1,8 Millionen Tonnen noch 40% der letztjährigen Welternte. Die Vorräte an Jute waren von 1927 bis 1931 auf fast das 8fache gestiegen, und die Vorräte an Rohseide sind heute fast 3mal so groß wie 1927. Die Kautschukvorräte sind mehr als doppelt so groß wie 1927 und umfassen 80% der Weltproduktion des letzten Jahres oder fast das 11fache der durchschnittlichen

Monatsproduktion in der Welt. Die Vorräte an Steinkohlen sind heute 4mal so groß wie 1927, die Vorräte an Erdöl etwa gleich groß wie 1927, umfassen damit aber noch 23% der letztjährigen Erdölgewinnung; bei gleichbleibender Nachfrage dürfte 3 volle Monate hindurch überhaupt kein Öl gewonnen werden, wenn man die Vorräte liquidieren wollte. Die Vorräte an Benzin umfassen fast 10% der letztjährigen Welterzeugung, die Vorräte an Kupfer sind 7mal so groß wie 1927 und betragen 45% der Weltproduktion von 1931. Die Bleivorräte sind heute 3mal so hoch wie 1930 und umfassen 13% der Weltproduktion des vorigen Jahres; um sie aufzubrechen, müßte in der ganzen Welt 2 Monate hindurch überhaupt kein Blei produziert werden. Die Vorräte an Zink betragen das 3 $\frac{1}{2}$ -fache der Vorräte von 1927 und machen 15% der letztjährigen Produktion der Welt aus. Die Vorräte an Zinn sind 3mal so groß wie 1927 und erreichen 33% der letztjährigen Weltproduktion.

Alle diese Vorräte sind um so größere Hemmklotze für eine Wiederankurbung der Wirtschaft, als man ja nicht übersehen darf, daß die Weltproduktion im Lauf der letzten 4 Jahre von Jahr zu Jahr zusammengelchrumpft ist, so daß es selbst bei einer weitgehenden Liquidierung der heute noch vorhandenen Warenvorräte wahrscheinlich noch Jahre brauchen wird, bis eine so große Nachfrage vorhanden ist, daß die Weltproduktion auf ihren ehemaligen Stand gebracht werden kann. Vorläufig sprechen alle Anzeichen dafür, daß man auf eine Belebung der Rohstoffproduktion in absehbarer Zeit nicht hoffen kann.

Deutsches Wirtschafts- programm

Durch Notverordnung vom 4. September schaffte die Reichsregierung die Grundlagen für ein Wirtschaftsprogramm, das ihrer Meinung nach Deutschland aus der Krise herausführen soll. Getragen wird es durch die Spekulation auf einen Konjunkturmehrschwung, den man von Amerika her kommen sieht: eine Hoffnung, die das Institut für Konjunkturforschung entfacht. Ob die Diagnose des genannten Instituts Grundlage des Plans war oder Konzession an diesen Plan ist, wird die Weiterentwicklung des Wirtschaftsablaufs noch lehren. Das Wirtschaftsprogramm ist der unsoziale Versuch eine Wirtschaftsankurbung herbeizuführen und Kaufkraft im Unternehmerlager zu schaffen, indem gleichzeitig die Kaufkraft der breiten Massen rückichtslos weiter gelenkt wird. Das Kernstück der Notverordnung sind

die Steuergutscheine als Geschenke an die Unternehmer auf der einen Seite und die Lohnprämien zugunsten der Arbeitgeber mit der Wirkung einer automatischen Aushöhlung der Tarifverträge auf der andern Seite. Die Steuergutscheine sollen in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 in Höhe von 40% der fällig werdenden Umsatz-, Gewerbe- und Grundsteuern gegeben werden, die Beförderungsteuer wird zu 100% in Gutscheinen zurückvergütet. Die Steuerzahler bekommen also vom Staatsfiskus innerhalb eines Jahres insgesamt rund 1 $\frac{1}{2}$ Milliarden Mark Steuern zurückvergütet, mittels derer sie im Lauf der nächsten 5 Jahre ihre Steuern mitbezahlen können. Gleichzeitig stellt das Reich für die sogenannten Befähigungsprämien 700 Millionen Mark zur Verfügung, und zwar erhält jeder Unternehmer für jeden Arbeiter, den er ein Vierteljahr lang mehr beschäftigt, eine Prämie von 100 Mark. Der Reichsarbeitsminister hat ausgerechnet, daß in dem »Planjahr« 1932-1933 dadurch 1 $\frac{3}{4}$ Millionen Arbeiter und Angestellte wieder »durch wertschaffende Arbeit Brot verdienen« würden, während der Unternehmer, wenn er die Belegschaft zum Beispiel um 25% erhöht, durch diese Prämien, die auch in Form der Steuergutscheine gegeben werden, einen Zuschuß bis zu 5 und 6% der Lohnsumme erhält. Hand in Hand erfolgt das, was die Reichsregierung »Auflockerung der Tarifverträge« nennt. Der Unternehmer bekommt das Recht entsprechend der Neubeschäftigung von Arbeitern die Tariflöhne zu senken, soweit es sich um die 31. bis 40. Wochenstunde handelt. Für je 5% Belegschaftsvermehrung darf der Tariflohn um je 10% gelenkt werden, bis zur Höchstgrenze von 50%, die erreicht wird, wenn die Belegschaft um $\frac{1}{4}$ vergrößert worden ist. Der Unternehmer, der bisher rückichtslos abgebaut hat, bekommt also eine nachträgliche Prämie für unsoziales Verhalten durch das Recht zur Tariflohnsenkung einerseits und die Befähigungsprämien andererseits.

Diese Notverordnung ist zu einem sozialen Konfliktsstoff größten Ausmaßes geworden, ihr wird der konjunkturelle Erfolg um so mehr verlagert bleiben, als bei diesem Wirtschaftsbelegungsversuch der Primat der Außenpolitik in einer kaum noch zu überbietenden Weise durchweg außer acht gelassen worden ist.

Um die Banken für die Finanzierung der innerhalb eines Jahres auf 2,2 Milliarden Mark sich belaufenden Steueranrechnungsscheine, die ein börsenfähiges Wert-

papier werden sollen, brauchbar zu machen, wurden 2 Hilfsinstitute gegründet; ein Krankenhaus und ein Genesungsheim für minderwertige Forderungen der Banken und der Großindustrie. Eine neugegründete Amortisationskasse übernimmt die faulen Forderungen der Banken, die einen Umfang von 300 Millionen trotz den Bankensanierungen noch haben sollen, mit der Aufgabe sie in 15 bis 20 Jahren allmählich einzutreiben. Die Banken bekommen dafür vollwertige Forderungen an diese Amortisationskasse; eintretende Verluste sollen durch einen Ausgleichsfonds neutralisiert werden. Als weiteres Hilfsinstitut wird die Industriefinanzierungsgesellschaft als Aktienholdinggesellschaft gegründet, in die die Banken die Aktienpakete von Industrieunternehmungen einbringen können, auf denen sie sitzengeblieben sind. Unbeschadet des Aktienkurses, der oft nur minimale Bruchteile des Nominalwerts beträgt, nimmt diese Gesellschaft die Aktien zum vollen Nennwert entgegen und verzinst die gutzuschreibende Kaufsumme mit 4%. Nach 5 Jahren sollen die Banken die Aktienpakete zurückkaufen; bis dahin erfolgt also die Aktivierung durchaus zweifelhafter Vermögensteile, die die Kreditbasis der Banken erweitert. Man vertagt also die notwendige Generalbereinigung sowohl der Industrieunternehmungen als auch der Banken mit der Spekulation darauf, daß nach 5 Jahren die "Konjunktur" über den unvermeidlichen Kapitalchnitt hinweggeholfen haben wird, während faktisch nach Ablauf der Genesungszeit die Steuerzahler diejenigen sein dürften, die beim Abbruch dieser dürftigen Kreditbrücken zahlen müssen.

Konvention von Ouchy Gelegentlich der Reparationskonferenz in Lausanne, die am 9. Juli zu dem Akkord einer deutschen Restzahlung von 3 Milliarden Mark führte, ergriffen die Regierungen derjenigen Länder, die heute noch an einer freihändlerisch gerichteten Handelspolitik festhalten möchten, die Gelegenheit zu dem Appell aus dem Zusammenbruch des Welthandels die Konsequenz zu ziehen, daß man die Handelshemmnisse des modernen Protektionismus beseitigt. Die Staaten der sogenannten Osloer Konvention von 1930 (Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und Luxemburg) betonten gemeinsam die Notwendigkeit einer allgemeinen Herabsetzung der Zolltarife, mit der die Wiederherstellung stabiler Währungen und des internationalen Kredits Hand in Hand gehen müßte. Am 20. Juni kam die Kon-

vention von Ouchy zustande, an der Holland, Belgien und Luxemburg beteiligt sind. Die 3 Staaten oder vielmehr 2 Wirtschaftsgebiete, da Luxemburg durch Zollunion bereits mit Belgien verbunden ist, räumten sich die unumfchränkte bedingungslose Meistbegünstigung ein und verpflichteten sich im Augenblick der Inkraftsetzung der Konvention die bei der Unterzeichnung der Konvention bestehenden Zölle sofort um 10% zu ermäßigen und jährlich um weitere 10%, bis im 5. Jahr die Zölle um die Hälfte abgebaut sind. Neue Einfuhrverbote, Einfuhrbeschränkungen oder andere Einfuhrmanipulationen sind gegenfeitig unterlagert. Einfuhr- oder Ausfuhrkontingente sollen nur in Ausnahmefällen erlaubt sein und dürfen den Handelsverkehr nicht unter den Stand normaler Wirtschaftsjahre herabsetzen. Der möglich erscheinende Beitritt Schwedens und Dänemarks zur Konvention von Ouchy ist weder vollzogen noch zu erwarten, während die Frage einer holländisch-belgisch-luxemburgischen Zollunion größere Bedeutung erlangt hat. Daß das alles nur einen vergeblichen Versuch darstellt den endgültigen Zusammenbruch des Freihandels in der Welt aufzuhalten, wird nach der Konferenz von Ottawa selbst den eifrigsten Antiprotektionisten klar. Nicht in der Galvanisierung des Weltfreihandels sondern in der Bildung der Wirtschaftsimperien liegt die Zukunft der Wirtschaft.

Anleihekonzersionen Am 17. September wurde in der *französischen* Kammer mit 540 gegen 48 Stimmen die Regierungsvorlage über die Rentenkonvertierung angenommen. Ursache dieser Maßnahme ist die Wirtschaftskrise, die, wie in allen Ländern so auch in Frankreich, das Etatsdefizit durch die gegen einander wirkenden Kräfte: die sinkenden Einnahmen (der Ausfall der deutschen Wiedergutmachungszahlungen macht sich natürlich in stärkster Weise bemerkbar) und den erhöhten Sozialetat, ständig vergrößert hat. Allerdings betonte Edouard Herriot, daß nicht sowohl budgetäre Gründe zum Plan der Rentenkonversion geführt hätten, sondern daß damit der entscheidende Schritt zur Senkung des Zinsfußes für langfristige Darlehen und zur Ankurbelung des französischen Geld- und Kapitalmarkts erfolgen solle; das in Banken und Sparkassen heute brachliegende Kapital, das auf über 100 Milliarden Francs geschätzt wird, soll durch diese Maßnahmen mobilisiert werden. Die Konversion erfaßte Anleihen aus den Jahren 1915 bis 1928 im Nomi-

nalbetrag von 85,692 Milliarden Francs, für die nach den bisherigen Zinssätzen eine jährliche Rente von 5,165 Milliarden Francs aufzubringen waren. Die gesamte innere Staatsschuld Frankreichs beträgt 270 Milliarden Francs. Der bisher 5 bis 7% betragende Zinsfuß wurde auf 4½% herabgesetzt. Es war ein durchschlagender Erfolg. Für den Staatshaushalt ergeben sich Ersparnisse von jährlich 1,3 Milliarden Francs; die zur Durchführung der Konversion gebrauchten Barmittel sind nur gering, da gleichzeitig für fast 3 Milliarden Francs neue 4½prozentige Konversionsanleihe gezeichnet wurde. Die neuen Rententitel werden zu pari ausgegeben und sind in 75 Jahren zu tilgen. Diese Konversion ist ein überzeugender Beweis für die nationale Kraft Frankreichs und das Vertrauen zur französischen Staatsführung. Von dem Gesamtbetrag der Rentenpapiere sind nur etwa 2% bar zurückgefordert worden.

Der Vertrauenserfolg bei der französischen Anleihekonzersion war also noch größer als bei der *englischen*, die vorausging, und bei der die Rückzahlung immerhin 5% ausmachte. Doch ist auch diese Konversion in jedem Betracht gelungen. Die gesamte mit 5% Zinsen ausgestattete Kriegsanleihe im Betrag von 2,085 Milliarden Pfund Sterling wurde zur Konversion ausgelegt, und davon waren bis Mitte September 1,885 Milliarden Pfund konvertiert. Der englische Konvertierungsplan, der die größte finanzielle Operation dieser Art darstellt, soll der Regierung eine jährliche Ersparnis von 23 Millionen Pfund Sterling bringen. Er brachte die stärkste Zinssenkung in der Geschichte der großen Anleihekonzersionen überhaupt; auf 3½%. Die größten Konversionen der Finanzgeschichte erfolgten 1883 in Frankreich, als 6,8 Milliarden Francs 5prozentiger Kriegsanleihe in 4½prozentige Renten umgewandelt wurden; dann 1888 in England, als 558 Millionen Pfund 3prozentiger Konsols in 2¼- respektive 2½prozentige umgeändert wurden; schließlich in Deutschland im Jahr 1896-1897, wobei der Zinsfuß für 5,68 Milliarden Mark Reichs- und Eisenbahnanleihen von 4 auf 3½% gesenkt wurde. Die englische Konversion von 1888 erbrachte eine Zinserparnis von 1,4 Millionen Pfund Sterling für die ersten 15 Jahre und später eine von 2,8 Millionen, der gegenüber die jetzige Zinsentlastung um volle 23 Millionen phantastisch erscheint. Die gesamte Staatsschuld Großbritanniens beträgt augenblicklich 6,33 Milliarden Pfund Sterling, worunter 4,85 Milliarden langfristige Schulden sind.

Kurze Chronik Die seit 1929 rückläufige *Weltkohlenproduktion* hat 1931 weiter abgenommen: von 1929 zu 1930 um 11,7% und von 1930 zu 1931 um weitere 12,9%. Mit 1,23 Milliarden Tonnen Gesamtförderung ist sie bereits unter die Vorkriegsproduktion von 1,34 Milliarden Tonnen gelunken. ◊ Ende August schätzte das Statistische Reichsamt die *deutschen Auslandsschulden* auf insgesamt 26 Milliarden Mark. ◊ Der Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel stimmte der Aufhebung des § 29 Absatz 3 des deutschen Bankgesetzes zu, der vorschrieb, daß eine Senkung des *Diskontsatzes* unter 5% nicht erfolgen dürfe, wenn die Deckung der umlaufenden Noten nicht mindestens 40% in Gold und deckungsfähigen Devisen beträgt. Darauf wurde der Diskontsatz von 5 auf 4%, der Lombardsatz von 6 auf 5% herabgesetzt. Die Diskontsätze sind zur selben Zeit: in England 2%, in Frankreich 2½%, in den Vereinigten Staaten 2½%. ◊ Die zur Ankurbelung der Konjunktur in Amerika gegründete *Reconstruction Finance Corporation* (siehe diese Rundschau, 1932 I Seite 529) hat in den ersten 6 Monaten ihres Bestehens mehr als 1 Milliarde Dollars Kredite gewährt. Unter ihrer Mitwirkung wurde Anfang August auf Betreiben Herbert Hoovers gemeinsam mit Privatbanken und Regierungshilfe eine Rohstoffstützungsorganisation gegründet. Die Konjunkturerfolge sind nicht minder fragwürdig als die Kreditmanipulationen.

Literatur In einer Broschüre *Kredit und Krise* behandelt *Albert Hahn* die Aufgaben und Grenzen der monetären Konjunkturpolitik /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Er warnt vor der Krisenbekämpfung durch Inflation und sieht in der Auftragsvergebung größten Stils durch den Staat den einzigen Weg der Konjunkturbelebung. ◊ Interessant ist eine Broschüre *Erich Schäfers* Organisierte Kapitalabbau /Stuttgart, C. E. Poeschel/, in der verlangt wird, daß durch eine öffentlich geregelte einmalige Abwertung der Sachkapitalien die Überkapazität und die Kapitalfehlleitung beseitigt werden sollen. ◊ Endlich sei auf das Buch *Helmut Wickels* I. G. Deutschland hingewiesen, das der Bücherkreis in Berlin herausgebracht hat. Es schildert ausgezeichnet den Entwicklungsgang der Chemischen Industrie in Deutschland und zeigt uns den Farbenruft als einen wirtschaftlichen und politischen Machtfaktor.

Staatssozialismus / Walther Pahl

Arbeitsdienst Durch die Verordnung vom 26. Juli 1932 ist dem Freiwilligen Arbeitsdienst eine neue Verfassung gegeben worden. Seine Grundätze wurden jedoch nicht verändert. Das Prinzip ist nach wie vor: daß freiwillig sich zur Verfügung stellende Personen, insbesondere Arbeitslose, ohne Begründung eines Arbeitsverhältnisses gemeinnützige und zusätzliche Arbeiten verrichten, mit denen pädagogische Maßnahmen verbunden sind. Die wichtigste Änderung, die die Neuordnung mit sich gebracht hat, besteht darin, daß die Zulassung zum Arbeitsdienst nicht mehr vom Bezug oder Anspruch auf Arbeitslosen- respektive Krisenunterstützung abhängig gemacht wird. Der Kreis der Förderungsberechtigten ist nunmehr auf alle jungen Deutschen unter 25 Jahren ohne Unterschied der Berufsbildung, der sozialen Stellung und Weltanschauung ausgedehnt worden. Neben Arbeitern und Angestellten können sich fortan auch Studenten, Bauernsöhne, junge Handwerker, Kaufleute und andere beteiligen. Durch die Bewilligung besonderer Mittel für die Beteiligung von Studenten ist von der neuen Bestimmung bereits praktisch Gebrauch gemacht worden. Ferner soll die Beschäftigungszeit nicht mehr auf den Unterstützungsanspruch angerechnet werden. Die Arbeitslosen- respektive Krisenunterstützung ruht während der Beteiligung am Arbeitsdienst. Wesentlich ist auch die Änderung, daß hinfort allgemein bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten die Höchstdauer, für die der einzelne Arbeitswillige gefördert werden kann, von bisher 20 auf 40 Wochen ausgedehnt ist.

Während sich bisher die Förderung von behördlicher Seite im wesentlichen darauf beschränkte die Arbeiten finanziell zu unterstützen, wird nunmehr ein Reichskommissar, der dem Reichsarbeitsminister untersteht und von Bezirkskommissaren unterstützt wird, den Arbeitsdienst einheitlich leiten. Mit diesem Amt wurde der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Friedrich Syrup, betraut, und die Präsidenten der Landesarbeitsämter wurden zu Bezirkskommissaren bestellt. Die Einrichtungen der Reichsanstalt stehen für die verwaltungsmäßige Abwicklung des Arbeitsdienstes zur Verfügung. Die Arbeitsdienstbewegung ist also weder einer bestimmten politischen Richtung überantwortet, noch ist ein neuer Behördenapparat geschaffen worden. Durch die

einheitliche Leitung des Arbeitsdienstes soll auch die Möglichkeit geschaffen werden über die kleinen Maßnahmen von rein lokaler Bedeutung hinaus große überörtliche Arbeiten von volkswirtschaftlicher Bedeutung, wie Landgewinnungsarbeiten an der Küste oder Meliorationen zusammenhängender Ackerflächen, in Angriff zu nehmen.

Wie bisher werden nur solche Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst gefördert, die *gemeinnützig* und *zusätzlich* sind. Zusätzlich sind nur Arbeiten, die weder jetzt noch auf absehbare Zeit ohne Einsatz des Arbeitsdienstes vorgenommen werden können. Auf keinen Fall rechnen dazu die Pflichtaufgaben öffentlicher Körperschaften. Eine Arbeit, die als Notstandsarbeit ausgeführt werden kann, darf nicht durch den Arbeitsdienst gefördert werden. Und auf keinen Fall soll dieser zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheiten auf dem freien Arbeitsmarkt führen. Träger der Arbeit dürfen nur Körperschaften des öffentlichen Rechts oder solche Vereinigungen oder Stiftungen sein, die nach ihrem Zweck gemeinnützige Ziele verfolgen, ferner Vereinigungen, die Gruppen von Arbeitsdienstwilligen zusammenfassen. Durch die neue Verordnung ist der Begriff der Gemeinnützigkeit insofern erweitert worden, als an der Bereitstellung von Arbeiten sich künftig auch Unternehmungen beteiligen können, falls die Arbeitsergebnisse der Allgemeinheit unmittelbar zugute kommen. Es ist kein Zweifel, daß Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit außerordentlich dehnbare Begriffe sind. Die Erfahrungen der Praxis bestätigen, daß damit viel Mißbrauch getrieben wird. Keiner weiteren Prüfung bedürfen die Kriterien in der landwirtschaftlichen Siedlung, der vorstädtischen Kleinsiedlung, der Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose, der Arbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms nach der Notverordnung vom 14. Juni 1932 und Artikel 5 der Verordnung vom 16. Juni 1932. Was die *Art* der Arbeiten betrifft, so hat der Reichskommissar in seinen Durchführungsbestimmungen festgestellt, daß die Arbeiten volkswirtschaftlich wertvoll sein müssen, das heißt sich in volkswirtschaftlichem, wenn auch nicht im privatwirtschaftlichen Sinn rentieren müssen. Praktisch wird es sich dabei überwiegend um Arbeiten handeln, die ohne großen Materialaufwand von berufsfremden Kräften ohne Anwendung von Maschinen durchgeführt werden können. Der Reichskommissar nennt als Beispiele Meliorationen in jeder Form, Wasserregulierungen,

Mithilfe bei Siedlungsbauten, Anlegung von Verbindungswegen (Feld- und Waldwege), Kultivierung von Moor und Heide, Aufforstung von Ödländereien. Arbeiten, die, wie die Anlage von Sportplätzen, die Erweiterung von Schmuckanlagen, nicht volkswirtschaftlich wertvoll sind, müssen die Ausnahme bleiben. Ausgeschlossen vom Arbeitsdienst sind von vornherein der Neubau von Land- und Wasserstraßen sowie die Erstellung von regulären Hochbauten.

Die Höhe der Förderung einer Arbeit wird durch den volkswirtschaftlichen Wert der Arbeit beeinflusst. Die Ausführungsbestimmungen sehen als Förderung für den Arbeitsfreiwilligen einen Betrag von höchstens 2 Mark wochentäglich bis zur Dauer von 20 Wochen innerhalb eines Zeitraums von 2 Jahren vor. Der Förderungssatz von 2 Mark kommt nur für volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten im engeren Sinn in Betracht. Für diese volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten kann auch die Förderungsdauer innerhalb eines Zeitraums von 2 Jahren um weitere 40 Wochen verlängert werden. Ferner können die bei diesen Arbeiten beschäftigten Arbeitsdienstwilligen Gutschriften für Siedlungszwecke im Reichschuldbuch erhalten. Allerdings gelten als volkswirtschaftlich wertvoll im Sinn der Gutschrift zu Siedlungszwecken nur solche Arbeiten, die in unmittelbarer oder mittelbarer Beziehung zum Aufbau einer Siedlung stehen.

Zum *Umfang* der Arbeiten bestimmt der Reichskommissar, daß Arbeiten, bei denen nur Gruppen von weniger als 10 Arbeitsdienstwilligen eingesetzt werden können, für die Förderung im Arbeitsdienst nicht in Frage kommen. Die Arbeitsgruppe muß groß genug sein, um echten Gemeinschaftsgeist entwickeln und pflegen zu können. Wenn auch dafür Sorge zu tragen ist, daß die Arbeitsdienstwilligen ernste Arbeit leisten, so muß ihnen doch auch Gelegenheit geboten werden sich geistig-sittlich zu bilden und sportlich zu betätigen. Der Freiwillige Arbeitsdienst wird also damit mit aller Deutlichkeit als sozialpädagogische Maßnahme charakterisiert. Die Erfassung der Arbeitsdienstwilligen in ihrer freien Zeit gehört zum Wesen des Arbeitsdienstes. Dem entspricht, daß die Arbeitszeit nach Möglichkeit nicht unter 36, aber auch nicht über 42 Stunden wöchentlich betragen soll. Die pädagogischen Zwecke des Arbeitsdienstes werden am besten bei denjenigen Maßnahmen verwirklicht werden können, bei denen die Möglichkeit besteht die Arbeitsdienstwilligen in einem

geschlossenen Arbeitslager zusammenzufassen. Bei der Mehrzahl der Maßnahmen ist bisher eine derartige geschlossene Unterbringung nicht möglich gewesen. Aber auch für die offenen Arbeitslager bestimmt der Reichskommissar, daß die Arbeitsdienstwilligen möglichst lange, in der Regel etwa 10 Stunden, zusammengehalten werden. An die Arbeit sind Sport und gemeinsame geistige Freizeitgestaltung anzuschließen. Deren Form und Dauer sind so weit wie möglich den bei geschlossenen Arbeitslagern notwendigen Maßnahmen anzunähern.

Der sozialpädagogische Charakter des Freiwilligen Arbeitsdienstes fordert, daß die Führer und Leiter vor allem nach ihrer Eignung als Erzieher ausgewählt werden. So gewiß der Führer darüber wachen muß, daß die Teilnehmer des Lagers zur Pünktlichkeit und Ordnung, zur straffen Körperbeherrschung und geistigen Disziplin erzogen werden, so gewiß dürfen die Methoden militärischer Führung nicht auf den Arbeitsdienst übertragen werden. Ebenso aber wie eine Militarisierung des Arbeitsdienstes verhindert werden muß, muß auch verhindert werden, daß er lediglich unter wohlfahrts- und jugendpflegerischen Gesichtspunkten durchgeführt wird. Der Führer muß deshalb nicht nur pädagogischen Takt haben sondern auch Erfahrungen in praktischer und geistiger Arbeit am erwachsenen Menschen besitzen und die kulturgefaltenden Kräfte der Teilnehmer zu wecken verstehen. Der Führer muß wirklich Führer sein, aber auch dafür Sorge tragen, daß im Lagerleben lebendig demokratische Formen gewahrt werden.

Der Reichskommissar hat die Bezirkskommissare angewiesen spätestens bei Beginn des Winters in ihrem Bezirk *Führerschulungskurse* einzurichten. Die Bewerber werden durch die Dienstträgerorganisationen benannt. Für die Teilnahme kommt vornehmlich in Frage, wer schon bisher als Arbeitsdienstwilliger tätig gewesen ist. Als Ausbildungsstätten sind Volkshochschulheime, Jugendherbergen und dergleichen herangezogen worden. Die Volkshochschulheime finden hier ein neues Gebiet für ihre Tätigkeit. Die in den Kursen mit Erfolg geschulten Führer erhalten eine besondere Bescheinigung, auf Grund deren die Förderungsdauer bis zu 2 Jahren verlängert wird. Innerhalb dieser Zeit kann ihnen für ihre Führertätigkeit neben dem Förderungsbetrag, der für die Arbeitsdienstwilligen des betreffenden Lagers gezahlt wird, eine Führerzulage bis zu 30 Mark im Monat gezahlt werden.

Man unterscheidet beim Arbeitsdienst zwischen Trägern der Arbeit und Trägern des Dienstes. Der Träger der Arbeit ist der Rechtsträger für die wirtschaftliche Seite des Arbeitsdienstes, der Träger des Dienstes ist der Rechtsträger für die Zusammenfassung und Betreuung der Arbeitsdienstwilligen. Als Träger des Dienstes kommen neben den schon obengenannten Trägern der Arbeit Vereinigungen oder Personen in Betracht, die für die Zusammenfassung und Betreuung von Arbeitsdienstwilligen im besondern Maß geeignet sind. Am geeignetsten sind solche Vereinigungen und Verbände, die ihre Angehörigen auch durch Gemeinschaftsideen, die außerhalb des Arbeitsdienstes liegen, verbinden. Die Arbeitsgruppen, die der Arbeitsdienstträger zur Verfügung stellt, müssen so zusammengestellt werden, daß sich darin junge Leute verschiedener Berufsausbildung, sozialer Stellung und Weltanschauung zum gemeinsamen Dienst zusammenfinden können. Dabei soll der Stamm einer Gruppe im allgemeinen von Angehörigen eines Verbands gebildet, und diese Stammgruppe durch andere Dienstwillige bis zur vollen Stärke ergänzt werden.

Zurzeit sind insgesamt etwa 150 000 junge Menschen bei Arbeitsdienstmaßnahmen beschäftigt. Schon jetzt darf man sagen, daß das Experiment Freiwilliger Arbeitsdienst gelungen ist; daß ein Anlaß eine Arbeitsdienstpflicht einzuführen nicht gegeben ist. Der Appell an die Jugend den Arbeitsdienst zu ihrer eignen Sache zu machen hat ein großes Echo gefunden. Es hat sich außerordentlich bewährt, daß man seine Durchführung den einzelnen interessierten Verbänden überließ. Arbeitsdienst ist tariflich nicht entlohnte Arbeit, die die erwerbslose Jugend leistet, weil sie ihre Lebens- und Arbeitskraft nicht verkümmern lassen will. Ihre Bereitschaft zum Arbeitsdienst ändert aber nichts daran, daß sie so bald wie möglich Arbeit will, die einen richtigen Lohn bringt.

Um den sozialistischen Einsatz im Arbeitsdienst zusammenzufassen, haben die Organisationen der Arbeiterbewegung eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Namen *Sozialer Dienst als »Hilfswerk der Arbeiterchaft für die erwerbslose Jugend«* gebildet. Angegeschlossen sind der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege. Zweck der neuen Institu-

tion ist ein ständiges Zusammenwirken der angeschlossenen Organisationen zur Förderung und Durchführung aller Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend. Unter Arbeitshilfe wird außer der Beschäftigung im Freiwilligen Arbeitsdienst die Beschäftigung von jugendlichen Erwerbslosen in fachlichen Fortbildungskursen, die praktische Betätigung in Werkstätten sowie die kollektive Selbsthilfe verstanden, die den Zweck hat jugendlichen Erwerbslosen in stillgelegten Fabriken und Werkstätten Arbeit zu verschaffen und mit den Erzeugnissen dieser Arbeit Erwerbslose zu versorgen. Die Reichsarbeitsgemeinschaft ist auf Landesarbeitsgemeinschaften aufgebaut, die jetzt überall gebildet worden sind. Die Geschäftsführung der Reichsarbeitsgemeinschaft liegt beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt sich auch eine Reihe von neuen Publikationen. Das von Georg Keil herausgegebene Buch *Vormarsch der Arbeitslagerbewegung* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ ist als Handbuch für die organisatorischen und pädagogischen Aufgaben des Arbeitsdienstes, soweit er sich der Form des Arbeitslagers bedient, unentbehrlich. Einen Leitfaden für den Freiwilligen Arbeitsdienst veröffentlicht Hans Volmer auf der Grundlage der neuen Verordnungen /Stuttgart, W. Kohlhammer/. Eugen Rosenstock und Carl Dietrich von Trotha fallen in dem Buch *Das Arbeitslager* /Jena, Eugen Diederichs/ Berichte zusammen, die aus den ersten Arbeitslagern Schlesiens kamen. Auf einer im Januar veranstalteten Umfrage fußt die vom Kommunalwissenschaftlichen Institut an der Universität Berlin herausgegebene Schrift von Ernst Schellenberg *Der Freiwillige Arbeitsdienst auf Grund der bisherigen Erfahrungen* /Berlin, Franz Vahlen/. Hans Raupach berichtet in dem Buch *Arbeitsdienst in Bulgarien* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ über das Ergebnis einer Studienreise der schlesischen Jungmannschaft im Jahr 1928. Eine Arbeitsdienstpflicht nach bulgarischem Muster lehnt aber Eugen Rosenstock in der Schrift *Arbeitsdienst—Heeresdienst* /Jena, Eugen Diederichs/ mit aller Eindeutigkeit ab. Von einem deutschen Arbeitsdienst sei zu verlangen, daß er sich ganz auf dem Gedanken der Selbstverwaltung aufbaue. Reportagen vor allem aus Arbeitslagern des Jungdeutschen Ordens veröffentlicht Peter Martin Lampel (*Packt an, Kameraden!*) /Berlin, Ernst Rowohlt/).

Verstaatlichungsvorschläge Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über den Umbau der Wirtschaft vorgelegt, der unter anderem die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subventionierten Unternehmungen, die Bankenverstaatlichung, die Verstaatlichung der Versicherungsunternehmen, die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft und die Errichtung eines staatlichen Zigaretten- und Rauchtakmonopols, Erdölmonopols und Branntweinmonopols fordert. Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien soll sich auf alle privaten Unternehmungen des Bergbaus, der Eisenindustrie, der sonstigen Metallgewinnung, der Großchemie, der Zementindustrie und ihrer Nebenbetriebe erstrecken, die alle entschädigt werden sollen. Die Verstaatlichung der Großbanken soll sich auf die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und Discontogesellschaft, die Commerz- und Privatbank, die Berliner Handelsgesellschaft und die Allgemeine Deutsche Creditanstalt erstrecken. Unter der Mitwirkung eines Bankamts, das die Führung aller Banken nach einheitlichen Grundsätzen zu sichern hat, sollen die verstaatlichten Großbanken zu einer Deutschen Staatsbank zusammengeschlossen werden. Die Verstaatlichung der öffentlichen Versorgung dienenden Elektrizitätsunternehmen soll unter Führung des Reichs erfolgen. Das Reich kann jedoch seine Rechte auf Länder und Gemeinden übertragen, die an diesen Unternehmungen ein überwiegendes Interesse haben. Zum Zweck der Verbesserung und Verbilligung der Stromversorgung ist die gesamte öffentliche Elektrizitätswirtschaft unter Leitung einer Reichsstelle zu vereinheitlichen und planmäßig auszubauen. Das staatliche Zigaretten- und Rauchtakmonopol soll die Herstellung und den Großvertrieb von Zigaretten und Rauchtak einschließlich der Ein- und Ausfuhr umfassen. Das Erdölmonopol erstreckt sich auf die Einfuhr von Mineralölen und Treibstoffen, die Übernahme der im Inland gewonnenen Mineralöle und den Großvertrieb. Das Reich soll die Aufsicht über die Gewinnung und Verarbeitung aller Mineralöle und Treibstoffe ausüben. Die Errichtung neuer Erzeugungs- und Verarbeitungsbetriebe sowie neuer Zapfstellen wird an eine Konzessionspflicht gebunden. Schließlich wird eine Neuverteilung der Brennrechte von 1933-1934 ab gefordert, wobei das Brennrecht der landwirtschaftlichen Brennereien für das Jahr 1932-

1933 unter Gewährung einer angemessenen Entschädigung aufgehoben werden soll, um eine Abstoßung der nicht wirtschaftlich verwertbaren Bestände der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein zu ermöglichen.

Die Forderungen der Freien Gewerkschaften zum Umbau der Wirtschaft wurden in einer gleichnamigen Broschüre zusammengefaßt, die in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds erschien, und aus der die folgenden Sätze herausgegriffen seien: »Die Gewerkschaften fordern also keine unterschiedslose Enteignung der Produktionsmittel. Ihr Kampf richtet sich vielmehr nur gegen das ausbeutende kapitalistische Grundeigentum, das den Kleineigentümer ebenso bedroht wie den Nichteigentümer. Was wollen die Gewerkschaften? Sie wollen die Wiederherstellung der innern Verbindung zwischen Arbeit und Eigentum, jene einzig mögliche Grundlage lebenerfüllender Arbeit, die der Kapitalismus zerstört hat, indem er die Vielen zugunsten der Wenigen beraubte. Dort, wo diese Verbindung zerrissen ist, nämlich in den großen Unternehmungen, soll sie durch das Gemeineigentum der Gesamtheit wiederhergestellt werden. Dort aber, wo diese Verbindung, wie beim Kleingewerbe und beim Bauern, noch vorhanden ist, wo Eigentum noch Einheit von Produktionsmitteln und Arbeit bedeutet, wird die Verstaatlichung nicht gefordert.« Der Vorsitzende des Christlichen Bergarbeiterverbands und Führer des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften Heinrich Imbulch ist mehrfach tatkräftig für die Sozialisierung des Kohlenbergbaus eingetreten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig festzustellen, daß auch nach der Enzyklika Quadragesimo anno die Verstaatlichung kapitalistischer Unternehmungen dann zu fordern ist, wenn mit diesen Unternehmungen eine solche »übergroße Macht« verbunden ist, daß sie »ohne Gefährdung des öffentlichen Wohls Privathänden nicht überantwortet bleiben« können.

Veranstaltungen Am 12. und 13. Dezember 1931 fand auf der Hohenlyburg bei Hagen eine Tagung statt, die sich mit theoretischen und praktischen Fragen der *Gemeinwirtschaft* beschäftigte. Grundlage der Diskussion waren Referate von Eduard Heimann über Grundfragen der sozialistischen Wirtschaftsordnung und von Gerhard Weisser über das Thema Der sozialistische Wirtschaftsfunktionär. Das

Protokoll der Tagung wurde von dem Bezirk Westliches Westfalen der Sozialdemokratischen Partei in Dortmund veröffentlicht. Heimann hat sein Referat zu einer größeren Arbeit Sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung ausgearbeitet, die als 1. Heft der Schriftenreihe Die Sozialistische Aktion /Potsdam, Alfred Protte/ erschien.

Totenliste Im Alter von 50 Jahren starb in Berlin am 6. September 1931 *Harry Haulchild*, der

seit 1920 dem Bureau des Reichswirtschaftsrats angehörte und seit 1925 dessen Direktor war. Er stammte aus Dithmarschen, hatte die Volksschule besucht, während seiner Militärzeit nachträglich noch sein Abiturientenexamen gemacht und dann auf der Berliner Universität Nationalökonomie studiert. Er hat die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats sehr gefördert, war den Mitgliedern stets mit Material zur Hand. 1926 veröffentlichte er eine Denkschrift über die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats, auf die auch hier schon hingewiesen wurde, um die Umwandlung des Reichswirtschaftsrats in eine wirkliche Wirtschaftskammer mit zu begründen. Eine 2., erweiterte Auflage war für 1931 vorgesehen; sie wird nun von seinem Nachfolger, dem Oberregierungsrat Georg Mayer, fertiggestellt.

Am 6. April 1932 starb in Berlin der frühere Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium *Hans Meydenbauer*, im Alter von 59 Jahren. Er hat als Direktor der Kriegsgetreidegesellschaft während des Weltkriegs die Getreideversorgung organisiert. Später schied er aus dem Staatsdienst aus, um Direktor einer Siedlungsgesellschaft zu werden, die Alfred Hugenberg nahestand; er gehörte dann auch dem Aufsichtsrat der Ufa an. Er war eine sehr aufgeschlossene Natur, sachlich und neuen Ideen zugänglich. Er neigte daher den Gedanken zur organischen Gestaltung der Wirtschaft, wie sie in den Sozialistischen Monatsheften konzipiert wurden, zu und erkannte auch die Notwendigkeit des kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses und ihrer Voraussetzung, der deutsch-französischen Verständigung. Noch in den letzten Tagen vor seiner Erkrankung zeigte er, daß ihm diese Auffassung nicht fremd geworden war. (Solche Einsicht, die in den besten Köpfen vorhanden ist, hat aber in Deutschland der Nachkriegszeit anheimelnd keine Konsequenzen.) Auch in diesen Jahren des wirtschaftlichen und geistlichen Niedergangs behielt Meydenbauer seine Arbeitskraft und Arbeitsfreude.

Kurze Chronik Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband veröffentlichte zum 50jährigen Jubiläum der Verbandsbildung im *deutschen Sparkassenwesen* eine von Josef Hoffmann verfaßte Denkschrift, die einen guten Überblick über die Sparkassenbewegung und damit über einen bedeutenden Teil der öffentlichen Wirtschaft in Deutschland gibt (Berlin, Verlag für Börsen- und Finanzliteratur). Mit Recht betont die Schrift für die Sparkasse die Aufgabe öffentliche Bankpolitik zu treiben und ein Gegengewicht gegen die Monopolisierungstendenzen der Privatbanken zu bilden. ◊ Der dem Gewerkschaftsring angeschlossene Allgemeine Eisenbahnverband fordert in einer Denkschrift, daß nach Erlöschen der Reparationsbelastung der *Deutschen Reichsbahn* die Betriebsführung dem Reich schnellstens zurückgegeben werde. Um der volkswirtschaftlichen wie gemeinnützigen Bedeutung des öffentlichen Verkehrs willen sei eine Vereinheitlichung aller Verkehrszweige durch das Reich geboten. ◊ Der *Verband Preussischer Polizeibeamter*, der bis zu diesem Jahr unter der Leitung seines Mitbegründers Ernst Schrader seine Mitglieder im republikanischen Geist zu erziehen trachtete, hat sich, namentlich nach dem 20. Juli, dem Tag der großen Umwälzung in Preußen, der Zeitströmung folgend umgestellt. Er betont jetzt seine politische Neutralität, vermeidet anscheinend ängstlich die Erinnerung an seine republikanische Vergangenheit. Schrader (der sich in letzter Zeit übrigens auch recht schwankend zeigte) legte den Vorsitz nieder. Wohin der Kurs des Verbands nun endgültig steuern wird, ist vorläufig noch nicht klar; wie zurzeit alles in Deutschland.

Literatur Die Betriebstypen der freien und der gebundenen Wirtschaft zeichnet *Walter Mahlberg* in dem Sammelband *Öffentliche Hand und Wirtschaftsgestaltung* /Leipzig, G. A. Gloeckner/. Er setzt die Betriebe der gebundenen Wirtschaft denen der öffentlichen Hand gleich. Die »Gebundenheit« ist aber keineswegs ein Kennzeichen der öffentlichen Wirtschaft. ◊ Eine Arbeit *Ernst Heilmanns* Die Reichselektrowerke /Berlin, H. & R. Hoppenstedt/ zeigt an diesem »Beispiel für die Wirtschaftlichkeit von Staatsunternehmungen« mit aller Deutlichkeit, wie die Wirtschaftsführung der öffentlichen Unternehmungen nicht nur von rein privatwirtschaftlichen sondern auch von volkswirtschaftlichen Erfordernissen bestimmt wird.

Kommunalsozialismus / Bruno Neumann

Deutschland Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 hat verlücht die unerträgliche Lage der Gemeinden zu erleichtern, um damit eine Zahlungsunfähigkeit der Gemeinden zu verhindern. Die getroffenen Maßnahmen reichen jedoch bei weitem nicht aus. Seitdem sind fast 4 Monate vergangen, und die Gemeinden haben die letzten Kräfte angepannt, um der Zahlungseinstellung zu entgehen. Es ist aber kaum irgendwo gelungen einen ausgeglichenen Etat vorzulegen und zu beschließen. Und immer mehr häufen sich die Fälle, in denen die Gemeinden die Zahlungen wenigstens teilweise einstellen. Die Sorgen der Geldbeschaffung lasten mit ungeheurem Druck auf den Kommunen, so daß man oft schon die letzte Rettung darin sah die in den Gemeinden aufkommenden Staatssteuern nicht abzuführen sondern für die Ernährung der Arbeitslosen in Anspruch zu nehmen. Die Städte können nicht mehr darauf warten, daß die von der Reichsregierung erhoffte Entlastung des Arbeitsmarkts zu einer Verminderung der Fürsorgelasten führt. Bei Erlaß jener Verordnung wollte die Regierung die Arbeitslosenhilfe in einem geschlossenen Gesamtplan einheitlich finanzieren und dabei die dauernde Bedrohung des Haushaltsausgleichs beim Reich und bei den Gemeinden beseitigen. Zu diesem Zweck wurden bestimmte Durchschnittsziffern der Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung (A), in der Krisenfürsorge (K) und in der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge (W) angenommen. Gegenüber diesen Schätzungen hat die Entwicklung seit Erlaß der Verordnung erhebliche Verschiebungen gebracht, wie die folgende Übersicht zeigt:

Fürsorge	Schätzung (in je 1000)	31. Juli
A	1 170	757
K	1 745	1 354
W	2 150	2 420

Danach steht unzweifelhaft fest, daß die angenommenen Jahresdurchschnittszahlen in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge wesentlich unterschritten, in der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge dagegen wesentlich überschritten werden. Nimmt man Jahresdurchschnittszahlen an, die der tatsächlichen Entwicklung entsprechen, so ergibt sich gegenüber den Schätzungen der Reichsregierung für die ersten beiden zusammen eine Entlastung von 197 Millionen

Mark, für die letztgenannte dagegen eine Mehrbelastung um 175 Millionen Mark. Die Entwicklung der Gemeindefinanzen läßt es als zweckmäßig erscheinen, daß die Ersparnisse des Reichs aus den ersten beiden für den Ausgleich der gemeindlichen Mehrbelastung verwendet werden. Die Regierung hatte den gesamten Gemeindeaufwand für die Arbeitslosenhilfe 1932 auf 680 Millionen Mark begrenzt. Diese Summe hat sich jetzt um 175 Millionen erhöht; deshalb muß die Reichshilfe um den gleichen Betrag erhöht werden. Diese Maßnahme bedeutete keine neue Belastung des Reichshaushalts, da jene Notverordnung für die erforderliche Deckung bereits Sorge getragen hat. Es hat nicht den Anschein, als ob die Regierung so etwas plant. Sie hat vielmehr in der Notverordnung vom 4. September 1932 eine zusätzliche Bürgersteuer für das Jahr 1932 vorsehen, die vom Oktober bis zum Dezember erhoben werden soll. Der voraussichtliche Ertrag aus dieser Mehrbelastung der breiten Massen dürfte 100 Millionen Mark betragen. Ganz abgesehen davon, daß dieser Betrag für die Deckung des sich aus der Entwicklung der Wohlfahrtserwerbslosenzahl ergebenden Defizits nicht ausreicht, verlücht die Regierung durch eine weitere Belastung der großen Massen gewisse Reserven zu sammeln. Das wäre jedoch nur dann ein löbliches Beginnen, wenn diese Mittel nicht durch eine völlig falsche und in ihren Konsequenzen sehr gefährliche Außenpolitik ihrer möglichen produktiven Kraft beraubt würden.

Steuerkommiffare Die Einsetzung von Staatsbeauftragten bei etwa 50 deutschen Gemeinden ist erfolgt, um die ordnungsmäßige Abführung der Staatssteuern sicherzustellen. Die neuen Staatskommiffare sind auf Grund der preussischen Verordnung vom 14. Juli 1932 ernannt worden. Sie sind nicht mit jenen Staatskommiffaren zu verwechseln, die bisher schon zur Durchführung der sogenannten Zwangsetatifizierung bei den Gemeinden berufen werden konnten. Die Zwangsetatifizierung wird dann vorgenommen, wenn in dem Gemeindeparlament eine regelrechte Etataufstellung durch Mehrheitsbeschluß nicht zustande kommt. Bei den jetzt ernannten Steuerkommiffaren handelt es sich aber um einen Staatseingriff nicht in die Legislative sondern in die Verwaltung der Gemeinden. Die Einsetzung der Steuerkommiffare beleuchtet sehr drastisch die Finanznot der Gemeinden. Eine ganze Reihe von Ge-

meinden konnte ihren Zahlungsverpflichtungen nur mit Geldern genügen, die den Gemeinden gar nicht gehörten. Die Gemeinden ziehen nicht nur ihre Steuern und Abgaben ein sondern auch die Staats- und Kreissteuern, und ebenso kassieren sie die Zwangsbeiträge für öffentliche Körperschaften wie Handwerkskammern, Berufsgenossenschaften, Feuerlozietäten und so weiter. In den Fällen, in denen die ansteigenden Wohlfahrtslasten eine völlige Kassenleere herbeigeführt hatten, haben die Gemeinden auf die fremden Gelder zurückgegriffen und sie zur Auszahlung an Erwerbslose benutzt. Die Rückwirkungen dieses Vorgehens auf die von ihm betroffenen Verwaltungskörperschaften führten zu weiteren wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Wenn auch der Staat ein Gegenmittel dadurch in der Hand hat, daß er die durch seine Vermittlung den Gemeinden zukommenden Reichsteuerüberweisungen zurückbehalten kann, so ändert das doch nichts an der völlig chaotischen Lage. Ordnung zu schaffen befiehlt der Staat die Steuerkommisäre. Sie werden nicht die Zahlungsunfähigkeit, wohl aber deren Verhüllung beseitigen.

Frankreich Die Finanznot der Gemeinden macht nicht nur in Deutschland eine Neuordnung des kommunalen Finanzwesens nötig. Sie hat bereits in England und in Italien zu Gemeindefinanzreformen geführt. Auch in Frankreich hat die Regierung einen Gelezentwurf vorgelegt, der die Grundlage des künftigen Finanzwesens der französischen Departements und Gemeinden bilden dürfte.

Von großer Wichtigkeit ist die Neuordnung der Aufgabenverteilung. Die Kommunal Ausgaben sind in Frankreich in der Zeit von 1913 bis 1929 auf das 8- bis 9fache gestiegen. Die Kommunen führten diese Steigerung vorwiegend auf die immer stärkere Überweisung von neuen Aufgaben seitens des Staats zurück; die staatlichen Aufsichtsbehörden dagegen werfen den Kommunen eine allzu freigebige Ausgabenwirtschaft vor, die insbesondere auf die Sozialisierungspolitik zurückzuführen sei. Es ist also der selbe Streit wie bei uns. Den steigenden Ausgaben gegenüber haben sich auch in Frankreich die kommunalen Steuerquellen als unzureichend erwiesen, so daß staatliche Subventionen für die verschiedensten Zwecke gewährt werden mußten. Um diesem Zustand ein Ende zu machen, sieht die Neuordnung eine weitgehende Scheidung der Aufgabengruppen in staatliche und kommunale vor. Demgemäß

wird die Aufbringung der Befoldungen für Präfekten, Generalsekretäre, Departementsräte und einen großen Kreis anderer Beamten dem Staat übertragen, während die sachlichen Ausgaben vom Staat und Departement gemeinsam übernommen werden. Dabei wird bestimmt, daß der Staatsbeitrag nicht unter 50% und nicht über 75% liegen soll. Befreit werden Departements und Gemeinden von allen Kosten der Rechtspflege, die ihnen bisher noch vielfach oblagen. Ebenso übernimmt der Staat die gesamten Kosten für die Gendarmerie, während die Polizeikosten weiter von den Gemeinden getragen werden. Grundlegend wird die öffentliche Unterstützungspflicht reformiert, die bisher zwischen Staat, Departements und Gemeinden geteilt war. Sie fällt jetzt ganz den Departements zu, während der Staat die auch bisher gewährten Zuschüsse weiterzahlt. Damit die Kommunen in Zukunft gegen die Zuweisung staatlicher Aufgaben gesichert werden, wird die Vermehrung der kommunalen Ausgaben an die Zustimmung des Innen- und des Budgetministers gebunden. Der Reform der Ausgaben Seite des kommunalen Budgets steht eine Reform des Gemeindesteuersystems gegenüber. Bisher hatten die Gemeinden das Zuschlagsrecht zu den Realsteuern. Mit diesem Zuschlagsystem wird jetzt gebrochen, und der Entwurf sieht vor, daß die Realsteuern den Kommunen zur selbständigen Veranlagung überwiesen werden. Um eine gleichmäßige Heranziehung dieser Steuern zu den Gemeindefasten sicherzustellen, ist eine Relation eingeführt worden. Der Reformentwurf enthält schließlich noch Bestimmungen über die Neuordnung der Budgets und der Rechnungen.

Alles in allem bedeutet diese Reform einen großen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. Wird sie durchgeführt, so ist damit eine Neuordnung erreicht, die in wichtigen Punkten auch für deutsche Verhältnisse beispielhaft wäre.

Berlin Die bedenkliche Finanzlage Berlins, auf die bereits in dieser Rundschau (1932 I Seite 261) hingewiesen wurde, hat sich nunmehr erneut bei der Aufstellung des Voranschlags für 1932 geltend gemacht. Auf der Ausgaben Seite führt die ständige Erweiterung des Kreises der Wohlfahrtserwerbslosen zu einer kaum erträglichen Belastung. Während am 1. Januar 1930 rund 30% der unterstützten Erwerbslosen durch die Stadt versorgt werden mußten, waren es am 1. April 1932 bereits rund 48%. Diese

Entwicklung, die die Stadt Berlin, wie im allgemeinen alle Gemeinden, in wachsendem Umfang zum Träger der Lasten der Arbeitslosigkeit macht, dürfte ihren Höhepunkt noch nicht erreicht haben. Deshalb sieht der Haushaltsentwurf einen Jahresdurchschnitt von 300 000 Wohlfahrtserwerbslosen vor (am 1. April wurden bereits 264 000 Erwerbslose unterstützt). Für die reinen Unterstützungsleistungen sind im Etat 193 Millionen vorgelesen, zu denen weitere 21 Millionen städtischer Anteil an der Krisenfürsorge treten, also insgesamt 214 Millionen. 166 davon muß die Stadt selber aufbringen, 48 werden vom Reich zugesprochen. Auf der Einnahmenseite zeigen sich besondere Gefahren aus dem Wegfall von rund 70 Millionen einmaligen Einnahmen, außerdem muß ein erhebliches Sinken des Steueraufkommens erwartet werden. Die Stadt kann günstigenfalls mit einem Aufkommen von 408 Millionen rechnen (Istertrag 1931 = 460 Millionen). Gegenüber dem Haushaltsoll 1931 muß ein Fehlbetrag von rund 287 Millionen gedeckt werden. Es ist gelungen durch Einschränkungmaßnahmen 174 Millionen einzusparen, so daß ein ungedeckter Fehlbetrag von 113 Millionen verbleibt. Die Ausgabenminderung erstreckt sich auf alle Zweige der Verwaltung. An Gehältern für Beamte und Angestellte werden 150 Millionen ausgegeben (1930 196 Millionen); die Lehrer an städtischen Höheren Schulen und an Berufs- und Fachschulen beziehen 1932 rund 40 Millionen (1930 rund 53 Millionen), und die Arbeiter der Kämmererverwaltung erhalten mit 37 Millionen rund 20 Millionen weniger als im Jahr 1930. Gegenüber dem Jahr 1930 beträgt der Minderbedarf durch Gehalts-, Lohn- und Personalabbau fast 80 Millionen. Die Einsparungen auf den großen Verwaltungsgebieten gegenüber 1930 betragen bei der Bauverwaltung, dem Schul- und Gesundheitswesen sowie dem Wohlfahrtswesen (ohne Erwerbslose) rund 120 Millionen. Mit diesen Einschränkungen ist der Ausfall an Steuern und sonstigen Einnahmen vollständig ausgeglichen, und ein Überschuß von 53 Millionen erreicht worden. Dieser Überschuß beträgt etwa $\frac{1}{4}$ der Summe, die die Stadt für die Betreuung der Wohlfahrtserwerbslosen ausgeben muß. Diese Aufgabe ist nicht zu erfüllen, wenn die Arbeitslosenfürsorge nicht anders finanziert wird. In diesem Frühjahr ist der sogenannte Kanalpark fertiggestellt worden. Die längsten Stücke des 2 Kilometer langen ehemaligen Luifenstädtischen Kanals wur-

den schon 1931 für die öffentliche Benutzung freigegeben, und jetzt sind auch die restlichen Anlagen beendet. Der Grundgedanke für die Anlage dieses Grünzugs war: der dichtbevölkerten Luifenstadt an Stelle des Kanals die Möglichkeit zur Erholung inmitten der grauen Häuferblocks und der Industrietätten zu geben. Dieser Plan konnte um so eher verwirklicht werden, als durch den Bau der Schnellbahn Neukölln-Geundbrunnen gewaltige Erdmassen gewonnen wurden. Damit konnte man den alten Verbindungskanal ohne erhebliche Kosten zuschütten. Für die Zuschüttung und die Anlage wurden rund 4 Millionen Mark ausgegeben. Das geplante Planfchbecken konnte allerdings bei der Finanznot nicht fertiggestellt werden. Trotzdem ist der neue Park ein Ausdruck kommunalpolitischen Aufbaus.

Eine vollständige Neugestaltung der Berliner Verwaltung wurde am 26. September vom Magistrat beschlossen, der damit einer ultimativen Aufforderung der Regierung nachkam. Groß Berlin wird fortan nur noch in 9 Verwaltungsbezirke zerfallen (bisher hatte es deren 20). Sobald die Einzelheiten dieses bedeutungsvollen Projekts feststehen, wird hier darüber ausführlich berichtet werden.

Kleinstadtleistung

Das Organ des Schweizerischen Verbands des Personals Öffentlicher Dienste, der Bruderorganisation des deutschen Gemeindearbeiterversbands, brachte am 19. August einen interessanten Bericht über die kommunalpolitischen Leistungen der französischen Gemeinde Creil. Diese Kleinstadt liegt im Indulrieviertel an der Oise. Sie wurde während des Krieges wegen ihrer zentralen Verkehrslage zu einem großen Teil von den Deutschen zerstört. Um so größer ist das Verdienst, das die Stadtverwaltung am völligen Wiederaufbau und an der Ausdehnung und Verbesserung des Stadtgebiets und der kommunalen Leistungen hat. Noch im Jahr 1920 existierte eine Straßenbeleuchtung überhaupt nicht, die Kehrtafelfuhr war völlig der privaten Initiative überlassen, Straßen und Wege waren infolge der Kriegsverwüstung kaum passierbar. Aber in kürzester Zeit wurden dann alle diese Notstände beseitigt. Die Elektrizitätsversorgung und die Müllabfuhr wurden mit modernster Technik von der Stadt übernommen. Das Straßennetz wurde ausgebaut und erweitert, die Kriegsrüinen wurden abgetragen, neue Häuser und Siedlungen gebaut. Hinzu kamen der Ausbau von Schulhäusern, des

städtischen Schlachthofs, die Schaffung von Spiel- und Sportplätzen, der Bau eines Hallenschwimmbads und die Organisation des öffentlichen Fürsorgewesens. Außerdem wurde der Stadtpark erweitert und durch Anlage von Spielplätzen, Jugendheimen und ähnlichem den modernen Bedürfnissen entsprechend ausgestaltet. Alle diese Maßnahmen wurden von der Gemeinde aus eigener Kraft finanziert. Wenn alles dies auch in Deutschland anerkennend registriert wird, so besonders deshalb, weil, im Gegensatz zu den in Deutschland sehr häufig gemachten Erfahrungen, die große Leistung der französischen Kleinstadt nicht zu drückenden Schuldverpflichtungen geführt hat.

Veranstaltungen Am 23. und 24. September fand eine Vorstandssitzung des *Deutschen und Preussischen Städtetags* in Weimar statt. Aus diesem Anlaß machte der Präsident Oskar Mulert vor der Presse Ausführungen über die aktuellen Fragen der Kommunalpolitik, wobei er insbesondere auf das Problem der kommunalen Arbeitslosenhilfe und auf die damit zusammenhängenden Finanzfragen einging. Von 4,53 Millionen unterstützten Arbeitslosen (31. Juli 1932) fallen nicht weniger als 2,42 Millionen (Wohlfahrtserwerbslose) ausschließlich den Gemeinden zur Last. Diese übernehmen damit einen großen Teil der Unterstützungen, die eigentlich vom Reich getragen werden müßten. Sie sind außerstande die Unterstützungen für das Rechnungsjahr 1932 durchzuführen. Das Reich muß daher durchgreifende Reformmaßnahmen vornehmen. Dieser Gedankengang Mulerts ist zwar richtig. Solange jedoch von weiten Kreisen des Volkes und auch von der Reichsregierung nicht eingesehen wird, daß die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht eine Frage von "Umorganisation" und "Reformen" ist sondern nur durch eine praktische Wirtschaftsbelebung und Arbeitsbeschaffung auf dem Weg der Verständigung mit Frankreich erreicht werden kann, so lange wird es im ganzen doch nur bei wirkungslosen Deklamationen bleiben.

Informationsmittel

Zu dem in dieser Rundschau (1932 I Seite 532) angezeigten 27. Jahrgang des *Städtischen Jahrbuchs Deutscher Städte* /Jena, Gustav Fischer/ erschien eine Nachtragslieferung, die die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge nach dem Stand vom 1. Juli 1932 enthält. Es ergibt sich daraus, daß die Richtsätze zum Teil wesentliche Unterschiede aufweisen.

Die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände wird im 9. Sonderheft von Wirtschaft und Statistik einer eingehenden Unterfuchung unterzogen. Dabei ergibt sich die große Bedeutung der *kommunalen Finanzwirtschaft* aus der Tatsache, daß im Jahr 1929 die gemeindlichen Hoheitskammereiverwaltungen 51% der gesamten Ausgaben beanspruchen, die für dieses Gebiet bei allen öffentlichen Körperschaften gemacht wurden. Von den gesamten Verwaltungseinnahmen entfallen 58% auf die Gemeinden, von den Erträgen aus dem Erwerbsvermögen 56%, von den Steuern 35%. Auf der Hauptversammlung des Preussischen Landkreistags in Berlin am 22. Juni 1932 wurden verschiedene Vorträge über das Thema *Finanzausgleich und Verwaltungsreform* gehalten, die dann in der Zeitschrift für Selbstverwaltung erschienen sind. Besondere Beachtung verdienen die Ausführungen des ehemaligen Staatssekretärs Johannes Popitz und des Ministerialdirektors Viktor von Leyden.

Totenliste

Am 7. Juni 1931 starb in Berlin der Städtälteste *Ernst Kuhlmann*, im Alter von 68 Jahren. Er gehörte 1900 bis 1908 der Berliner Stadtverordnetenversammlung an, war auch 1918-1919 Mitglied des alten Berliner Magistrats. Nach der Errichtung der neuen Stadtgemeinde war er Mitglied des Bezirksamts Tiergarten, und er betreute das Wohlfahrtsdezernat und das Arbeitsamt. Am 4. August starb in Berlin der Stellvertretende Bürgermeister des Bezirks Friedrichshain *Eugen Brückner*, im Alter von 58 Jahren. Er war ursprünglich Buchbinder. Seine öffentliche Tätigkeit begann er als Funktionär des Buchbinderverbands. Von 1910 bis 1921 gehörte er als Sozialdemokrat der Berliner Stadtverordnetenversammlung an, dann wurde er Stadtrat. Als Bürgermeister von Friedrichshain war er besonders um die Organisation des Arbeitsvermittlungswesens bemüht, eine Aufgabe, die in dem dicht bevölkerten Bezirk nicht leicht war. Er hat sich um die Sache der Arbeiterklasse verdient gemacht. Am 13. September starb in München *Mieczyslaw Epstein*, der sich dort neben seiner Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialen Hygiene (siehe die Rundschau Hygiene, 1931 II Seite 1031) besonders der sozialdemokratischen Kommunalpolitik zugewendet hatte. Seit 1919 war er Stadtrat in München. Seinem Einfluß vor allem ist dort der Ausbau der sanitären Einrichtungen zu danken.

Kurze Chronik An der *Verschuldung* von Reich, Ländern und Gemeinden im Betrag von 29 Milliarden Mark sind, nach den Angaben des Instituts für Konjunkturforschung, die Gemeinden mit rund 10 Milliarden, an der Zinslast von 1,8 Milliarden mit rund 650 Millionen Mark beteiligt. Sie sind unter allen öffentlichen Körperschaften am stärksten belastet, weil sich ihre Verbindlichkeiten aus einer hochverzinslichen Neuverschuldung ergeben. ◊ In diesem Jahr beging eine ganze Reihe *märkischer Städte* ihren 700. Geburtstag. Strausberg, Spandau, Bernau, Küftrin und Oranienburg haben sich daran erinnert und große Jubiläumsfeste gefeiert. Andere märkische Städte, die etwa gleichaltrig sind, dürften bald folgen, wenn sie es nicht vorziehen wegen ihrer Finanzkalamitäten auf kostspielige Feiern zu verzichten. ◊ Am 2. Oktober waren es 50 Jahre, daß zum erstenmal eine Gemeinde unter sozialistische Verwaltung kam. Es war dies Commentry im Kohlen- und Eisengebiet des französischen Departements Allier, das nicht nur so die *erste "rote Gemeinde"* der Welt war sondern auch die ganzen 50 Jahre in den Händen der Sozialisten blieb. Der erste sozialistische Bürgermeister Commentrys war Christophe Thivrier (der übrigens als Abgeordneter in der Kammer Itets in der Arbeiterbluse erschien); heute verwaltet sein Sohn Hidore Thivrier dieses Amt.

Literatur Über Demokratie und Selbstverwaltung spricht sich *Arnold Köttgen* in seiner Schrift *Die Krise der kommunalen Selbstverwaltung* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ aus. Die gegenwärtige Krise der Selbstverwaltung ist nach ihm die Folge einer Krankheitserscheinung des Parteienstaats, das heißt der gegenwärtigen Demokratie. Einen wesentlichen Ausdruck der Selbstverwaltungskrise sieht Köttgen in der Tatsache, daß die eigentlichen Stützen der Selbstverwaltung nicht in den Reihen der Bürgerschaft sondern der Beamten zu suchen sind. Über die Frage, wie die Bürgerschaft wieder zum eigentlichen Träger der Selbstverwaltung werden soll, gibt Köttgen nur unzulängliche und unbefriedigende Auskunft. ◊ Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand untersucht *Jürgen Brandt* /Jena, Gustav Fischer/. Er gibt vornehmlich eine Analyse der wirtschaftlichen Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften. Gründliche Kenntnis der Materie macht diese Schrift zu einem guten Beitrag zur Literatur dieses Gebiets.

Frauenbewegung / Meta Corlien

Zurückdrängung Von dem Druck der wirtschaftlichen Krise wird anscheinend die Frauenarbeit in steigendem Maß bedroht. Die Anschauungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die den Frauen nicht nur die politische Gleichberechtigung verweigert sondern auch ihrer Erwerbstätigkeit feindlich gegenübersteht, greifen immer mehr um sich und schaffen in weiten Kreisen eine Stimmung, in der die Berufstätigkeit als schädlich und dem Wesen der Frau unangemessen, und als Ideal des Frauenlebens die Beschränkung auf Haus und Familie erscheint. So wird etwa ein Bild aus dem Arbeitsraum einer nationalsozialistischen Frauenschule im Weltergebiet veröffentlicht, in der junge Mädchen »in nationalsozialistischem Geiste erzogen«, das heißt mit Handarbeiten beschäftigt werden. Und überall, unter den Studenten, auf den Tagungen akademischer Berufsverbände, der Lehrer, der Ärzte, werden Stimmen laut, die den Frauen den Zugang zu den Berufen sperren oder wenigstens stark beschränken wollen. Die organisierte Frauenbewegung bekämpft natürlich diese Bestrebungen, wenn sie auch durchaus nicht die Problematik, die in der Frauenberufsarbeit an sich liegt, und die in der Krisenzeit sich verschärft, verkennt. Gertrud Bäumer setzt sich in einem Artikel *Krisis des Frauenstudiums*, in der Frau, mit den Forderungen auf Kontingentierung der Frauen in den akademischen Berufen auseinander. Sie tritt ein für verschärfte Auslese bei der Zulassung zum Hochschullstudium und weist darauf hin, daß gerade die Frauenbewegung immer aufs schärfste die Erleichterung der Anforderungen in der Universitätsvorbildung der Mädchen, den sogenannten Vierten Weg und ähnliche Dinge, bekämpft hat. Wollte man jedoch die Zahl der Frauen, die zu den Berufen zugelassen werden sollen, festlegen, so würde man in eine Entwicklung eingreifen, die noch nicht abgeschlossen ist. Denn zu manchen Berufen, wie den juristischen, haben die Frauen den Zugang erst später gefunden und sich hier noch nicht ihrer Eignung entsprechend durchgesetzt, wie ein Vergleich mit anderen Ländern, zum Beispiel Frankreich, zeigt. Wo aber ein übermäßiges Angebot besteht, wie im akademischen Lehrberuf, besteht es auch auf der männlichen Seite; und zu besonderer Beschränkung der Zulassung von Frauen ist hier insofern kein Anlaß, als nach einer Statistik von

1926-1927 die Anzahl der weiblichen Lehrkräfte erst 15% der männlichen beträgt, und nach einer Statistik aus 15 deutschen Ländern von 1931 die akademischen Lehrkräfte an Mädchenanstalten nur zu $\frac{1}{3}$ Frauen sind.

Am 12. Mai nahm der Reichstag ein Gesetz an, nach dem eine verheiratete Beamtin entlassen werden kann, wenn ihre wirtschaftliche Verforgung dauernd gesichert erscheint; eine auf Antrag der Sozialdemokratie vorgesehene besondere Schiedsstelle soll prüfen, ob die Vorbedingungen zur Entlassung gegeben sind. Gegen das Gesetz stimmte nur die Kommunistische Partei, die Deutsche Staatspartei enthielt sich der Stimme, die anderen Parteien nahmen es an. Vom Bund Deutscher Frauenvereine wird das Gesetz als Eingriff in die Rechte der Frauen bekämpft. Die Frauen des Zentrums, das den Antrag eingebracht hatte, befürworteten es. Helene Weber begründete in der Christlichen Frau diese Stellungnahme. Die Frau solle der Familie erhalten werden, wenn ihr Erwerb nicht zum Unterhalt der Familie notwendig ist. Gleichzeitig aber betont Weber, daß die katholischen Frauen die Frauenberufarbeit als solche schützen und erhalten wollen, und grenzt ihre Stellung scharf gegen die der Nationalsozialisten ab, »die nur in der verheirateten Frau die einzige Erfüllung des Frauenlebens sehen, und die alle geistig sittlichen Kräfte auslöschten zugunsten der biologischen Werte«. Vom sozialistischen Standpunkt aus wird man das Gesetz nicht als ungerecht bezeichnen können, solange es als eine vorübergehende Maßnahme zur Behebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten betrachtet wird. Hier wurde schon früher (1930 III Seite 921) in dieser Weise zu dem Problem Stellung genommen. Trotzdem muß die Einführung dieses Gesetzes Bedenken erwecken. Es ist mit verfassungsändernder Mehrheit angenommen, hat also grade den Charakter einer dauernden und grundsätzlichen Bestimmung erhalten, und es kann, zumal unter einem Regime wie dem gegenwärtigen, leicht der Auftakt zu einer weitem Eingengung der Frauenrechte und der Frauenarbeit werden. Übrigens gilt es vorläufig nur für Reichsbeamtinnen, nicht für Beamtinnen der Länder und Gemeinden. Ob die Entlastung des Arbeitsmarkts, die, wie verschiedentlich nachgewiesen wurde, quantitativ gering ist, die Preisgabe des Grundsatzes der Gleichberechtigung der Geschlechter lohnt?

Auch gegen die Frauenarbeit in Industrie und Handel wird Sturm gelaufen, vor

allem auch hier gegen die Arbeit der verheirateten Frau. Käthe Leichter wendet sich in der Zeitschrift der österreichischen Gewerkschaften Arbeit und Wirtschaft gegen diese auch in der Arbeiterklasse auftauchenden Bestrebungen. Die Gewerkschaftliche Frauenzeitung warnt vor den Ankündigungen der Nationalsozialisten die Frauen aus dem Erwerbsleben entfernen zu wollen. Es ist vielleicht von Interesse zu sehen, wie man sich im faschistischen Italien, auf das sich die Nationalsozialisten so gern berufen, zur Frauenarbeit stellt. Im Lavoro Fascista, dem Organ der faschistischen Gewerkschaften, ist in letzter Zeit zuweilen die Forderung erhoben worden die Frauenarbeit einzuschränken, vor allem um der Erwerbslosigkeit der Männer zu steuern und auch, um die Frau ins Haus zurückzuführen. Man ist gegen die weiblichen Angestellten, will sie nur an der Schreibmaschine und am Telefon belassen. In einem Artikel wird vorgeschlagen, die Syndikate sollten den Grundsatz aufstellen, daß bei gleicher Fähigkeit und gleicher Lage der Mann bevorzugt werden müßte, und daß die Männer sich dann mit dem Gehalt der weiblichen Angestellten begnügen müßten. Ein größerer Aufsatz aber setzt sich ernsthaft mit der Frage der Frauenarbeit auseinander. Es wird die Behauptung widerlegt, daß die Verdrängung der Frauen die Arbeitslosigkeit mildern würde, und betont, daß die meisten Frauen zur Erwerbsarbeit gezwungen sind. Es sei also nicht möglich die Frauen aus der Produktion auszufalten, auch nicht die Konkurrenz, die den Männern durch die niedrigen Frauenlöhne entsteht, durch die Durchführung der gleichen Bezahlung für gleiche Leistung mit einem Schlag zu beseitigen. Als Weg zur Lösung des Problems wird hier vorgeschlagen, daß für jedes Geschlecht die geeignete Arbeit gefunden werden müsse, und durch richtige Auslese die Frauen an die ihnen gemäßen Arbeitsplätze zu bringen seien. Die Tendenz des Aufsatzes, der dem Standpunkt des Blatts entspricht, geht also nicht auf Beseitigung sondern auf Befestigung der Frauenarbeit. Die beiden Probleme der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit und der sozialpolitischen Beeinflussung der Frauenarbeit, die hier angerührt werden, sind sicher für die Gestaltung der Frauenarbeit von großer Bedeutung. Ausgehen aber müssen alle Bestrebungen und Maßnahmen von der tatsächlichen Entwicklung der Frauenarbeit in der Gegenwart.

Berufsarbeit In der Internationalen Rundschau der Arbeit veröffentlichte Antonina Valentin im Mai einen interessanten Aufsatz über die Frauenarbeit in der Nachkriegszeit. Die Statistiken der verschiedenen Länder zeigen, daß fast überall die Frauenarbeit ihren Höhepunkt am Anfang des Jahrhunderts erreicht hatte. Es scheint so, als ob die Frauenarbeit nach dem großen Aufschwung gegen Ende des 19. Jahrhunderts jetzt in einem bestimmten Verhältnis zur Bevölkerung steht, so daß in den europäischen Ländern durchschnittlich 25 bis 30% der Frauen erwerbstätig, und 30% der Erwerbstätigen Frauen sind. In den Vereinigten Staaten von Amerika, in Australien und Neuseeland sind dagegen nur 16 bis 18% der Frauen erwerbstätig, und 20% der Erwerbstätigen Frauen. In den überwiegend agrarischen Staaten, wie Bulgarien, Polen, Estland, Finnland, sind 60 bis 80% der weiblichen Bevölkerung erwerbstätig. In den Industrieländern aber vollzieht sich eine Verschiebung der Frauenarbeit. Die Tätigkeit der Frau in den ältesten Frauenberufen, vor allem in der Landwirtschaft, die allerdings in Europa immer noch den größten Teil der arbeitenden Frauen umfaßt, geht zurück, und die Industriearbeit steigt. Auch die Zahl der Frauen im häuslichen Dienst hat sich überall verringert. Aber auch innerhalb der Industriearbeit hat eine Verschiebung eingesetzt: Textil- und Bekleidungsindustrie, die eigentlich weiblichen Industrien, haben einen Stillstand oder Rückgang des Frauenanteils zu verzeichnen, und die Frauenarbeit in der Papier- und Metallindustrie vervielfacht sich. Valentin meint, daß die Entwicklung noch manche Überraschungen bringen könne, daß die neuen Berufe, denen die Frauen sich zuwenden, bessere Schulung verlangen, und ein festeres Verhältnis der Frau zum Beruf sich anbahne.

Über die Frauenarbeit in der Metallindustrie, die in der letzten Zeit die höchste Steigerung des Frauenanteils erfahren hat (seit 1907 ist die Zahl der in der Metallindustrie beschäftigten Frauen von 132 000 auf 385 000 gestiegen), liegt eine ausführliche Untersuchung vor, die der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbands in Stuttgart unter Mitarbeit von Frieda Gladofsch, Judith Grünfeld, Gertrud Hanna, Tony Sender und Susanne Suhr herausgegeben hat. Nach der Berufszählung von 1925 betrug der Anteil der Frauen an der Arbeiterchaft in der Metallindustrie 11,1%.

Die Erhebung des Metallarbeiterverbands umfaßt nur Betriebe mit Frauenarbeit, im ganzen 2748 Betriebe, in denen 188 700 Frauen arbeiten. Hier stellt sich der Frauenanteil etwa doppelt so hoch und ist in verschiedenen einzelnen Industriegruppen noch bedeutend höher; so beträgt er in der Metallwarenindustrie 37,8%, in der Elektrotechnischen Industrie 38%, in der Nadelindustrie 42,8%, in der Edel- und Unedelmetallindustrie 46,5% und in der Spielwarenindustrie 68,2%. Die absolut größte Zahl der Frauen beschäftigt die Elektrotechnische Industrie, in der auch für die Zukunft mit einem noch weiteren Vordringen der Frauen gerechnet wird. Die Erhebung zeigt weiter, daß in 548 Betrieben die Frauenarbeit überwiegt. Eine Statistik über die Verteilung der Frauen auf die einzelnen Betriebsabteilungen, in denen Frauen arbeiten, läßt erkennen, daß in bestimmten Abteilungen der Anteil der Frauen an der Belegschaft sehr hoch ist, oft über die Hälfte, und in der Edel- und Unedelmetallindustrie bis 80 und 90% steigt. Die Arbeit der Frauen wird dann im einzelnen ausführlich geschildert; teilweise werden sie, wie in den Gießereien, wo ein verhältnismäßig großer Teil der Frauen arbeitet, mit sehr schweren Arbeiten beschäftigt; vor allem aber sind sie überall da eingedrungen, wo Massenartikel hergestellt werden, und die Arbeit stark spezialisiert und rationalisiert ist. Sie verrichten vorwiegend ungelernete und angelernte Arbeit. In verschiedenen Gruppen, der Eisen- und Metallgewinnung, der Nadelindustrie, der Spielwarenindustrie, der Optischen Industrie, wurden keine gelernten Arbeiterinnen ermittelt. Von einem Aufstieg der Frauen in qualifizierte Arbeit ist also in der Metallindustrie vorläufig noch nicht viel zu spüren.

Über qualifizierte Frauenarbeit orientiert eine im Frauenberufsamt des Bundes Deutscher Frauenvereine von Käthe Gaebel bearbeitete Schrift *Die Frau im Handwerk* /Bernau, Grüner Verlag/. Die Arbeit der Frau im Handwerk ist keineswegs von Anfang an Qualitätsarbeit gewesen. Sie hat sich geschichtlich zum großen Teil aus der häuslichen Frauenarbeit entwickelt; und seitdem die häusliche Produktion ihre Bedeutung für das Wirtschaftsleben verlor, nahm die Frauenarbeit einen dilettantischen Charakter an, der ihr in manchen Zweigen des Handwerks, zum Beispiel im Kunsth Handwerk, heute noch anhaftet und trotz zahlreichen ernsthaften Leistungen das Ansehen der Frauenarbeit schädigt. Der

im Jahr 1909 von Maria Lifchnewka gegründete Verband für Handwerksmäßige und Fachgewerbliche Ausbildung der Frau hat viel zur Entwicklung des weiblichen Handwerks beigetragen. Die Zahl der Gefellenprüfungen ist von 3225 im Jahr 1912 auf 27 294 in den Jahren 1927-1928, die der Meisterprüfungen von 1531 auf 3449 gestiegen. Es sind 760 842 Betriebsinhaberinnen gezählt worden, der Anteil der weiblichen Betriebsinhaber an der Gesamtzahl wird auf 10 % geschätzt. Im Bekleidungsgererbe überwiegt die Zahl der von Frauen geleiteten Betriebe. Das Bekleidungsgererbe umfaßt auch den weitaus größten Teil der Handwerkerinnen, ihm gehören 94 % der Meisterinnen an. Am Friseurgererbe sind sie mit 1,4% beteiligt. In den übrigen Gererben taucht die Frau nur gelegentlich auf, und in den noch für die Frau nicht traditionellen Handwerken ist es meist schwer Lehr- und Gehilfenstellen zu finden. Im selbständigen Kunsthandwerk beginnt die Frau sich an einzelnen Stellen durchzusetzen, und in der Photographie hat sie sich eine geachtete Stellung errungen. Seit 1922 sind die Frauen auch in den Organisationen des Handwerks, den Handwerks- und Gewerkekammern und den Innungen vertreten. Eine Untersuchung Ernst Thieles über die Frauenarbeit in Frankreich, die im 7. Band des Jahrbuchs für Frauenarbeit /Berlin, Verlag des Verbands der Weiblichen Handels- und Bureauangestellten/ veröffentlicht wurde, zeigt, daß in Frankreich, dem Land, das gegenwärtig den höchsten Stand der Frauenerwerbsarbeit aufweist (42,2 % Frauen sind erwerbstätig, und 39,0% der Erwerbstätigen Frauen), die Frauen ebenfalls in alle Berufe eingedrungen sind, in bestimmte Industrien in noch stärkerem Prozentsatz als bei uns; und auch in Italien, wo der Gesamtanteil der Frauen an der Produktion geringer ist (26,8 und 28,6 %), erreichen sie in einzelnen Industrien einen sehr hohen Prozentsatz, in der Papierindustrie 44,01 und in der Textilindustrie 74,93%. Die Frauenarbeit ist überall so in die Wirtschaft verflochten, daß an ihre Ausschaltung im Ernst nicht gedacht werden kann.

Entlohnung Wie verhält sich aber mit der Unentbehrlichkeit der Frauenarbeit für die Wirtschaft ihre geringe und oft im Verhältnis zur Männerarbeit ungerechte Bezahlung? Es ist nicht nur so, daß die Frauen meistens die weniger qualifizierten und deshalb geringer entlohten Arbeiten

verrichten, sondern auch die gleiche Arbeit wird bei beiden Geschlechtern verschieden bezahlt. Bekanntlich wird für die weiblichen Angestellten fast regelmäßig in den Tarifverträgen ein Abzug von 10 bis 20 % festgesetzt. In der im vorigen Abschnitt angezeigten Untersuchung des Metallarbeiterverbands wird berichtet, daß von 127 657 Akkordarbeiterinnen nur 245 gleiche Akkordpreise wie die Männer erhielten, von den anderen arbeiten 43 857, also etwas mehr als $\frac{1}{4}$, zu Akkordpreisen, die für nur von Frauen ausgeführte Arbeiten festgesetzt sind, während die anderen $\frac{3}{4}$ für die gleiche Arbeit niedriger, und zwar von 20 bis über 40 % niedriger, bezahlt werden als die Männer. Auch die Tariflöhne bewegen sich zwischen 40 und 80 % der Männerlöhne. Ein ähnliches Bild zeigen die anderen Industrien. Der Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter wurde in der Gewerkschaftszeitung für Januar 1932 auf 89,5, der der weiblichen auf 49,1 Pfennig pro Stunde berechnet; der Frauenlohn beträgt also 54,9% des Männerlohns. Diese Ungleichheit wird von den Frauen als ungerecht und von den Männern als lohn-drückende Konkurrenz empfunden, und es wird deshalb gerade jetzt von männlicher Seite besonders dringlich die Forderung erhoben durch Angleichung der Löhne die Frauenarbeit zurückzudrängen. Auch auf der andern Seite ist man der Meinung, daß bei gleicher Bezahlung die Frau aus dem Arbeitsleben verschwinden würde, und bei dem ungeheuren Angebot von Arbeitskräften, das augenblicklich vorhanden ist, ist das ja in der Tat nicht unwahrscheinlich. Unentbehrlich für die Wirtschaft scheint also nicht die Frauenarbeit als solche, sondern nur die billige Frauenarbeit zu sein. Andererseits steht fest, daß die Frau im allgemeinen gerade da sich durchgesetzt hat, wo sich ihre Hände als besonders geeignet und geschickt erwiesen haben. Wie sind diese Widersprüche zu erklären? Eine Antwort auf diese Frage will die Schrift Hans Sperlings Die ökonomischen Gründe für die Minderbezahlung der weiblichen Arbeitskraft /Berlin, Carl Heymann/ geben. Es wird nachgewiesen, daß der Grund für die geringere Entlohnung der weiblichen Arbeit nicht in der unterschiedlichen Berufsvorbildung liegt, da die kaufmännischen Tarifverträge ihre Bestimmungen über die Vorbildung gleichmäßig auf männliche und weibliche Angestellte anwenden; auch bei den Arbeitern kann dies nicht der Grund sein, da ja sowohl gelernte

wie ungelernete Arbeiterinnen schlechter bezahlt werden als gelernte und ungelernete Arbeiter. Sperling setzt weiterhin auseinander, daß auch mindere Leistungsfähigkeit der Frau nicht die geringere Bezahlung bedingt. Denn obwohl die Frauen infolge ihrer Konstitution stärker Krankheiten ausgesetzt sind, haben sie sich im allgemeinen an ihren Arbeitsplätzen bewährt. Wenn sie nicht ebenso leistungsfähig wären wie die Männer, würden sie nicht in so großem Umfang beschäftigt werden, da eine minderwertige Arbeitskraft unter allen Umständen unwirtschaftlicher und teurer ist als eine vollwertige, auch wenn diese besser bezahlt wird. Auch der Arbeiterschutz belastet die Frauenarbeit nicht so stark, daß die mindere Bezahlung dadurch gerechtfertigt würde. Die Gründe für die ungleiche Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit lieht der Verfasser darin, daß die Frauen sich ihre Tätigkeitsgebiete durch die niedrigere Lohnpreisforderung eroberten, weiter darin, daß die Frauen, die aus dem Beruf ausscheiden, um zu heiraten, auch während ihrer Ehe eine Reserve für den Arbeitsmarkt bilden, die das Lohnniveau drückt, schließlich darin, daß sie ihre Lohnforderungen nicht mit gleichem Nachdruck wie die Männer vertreten können. Denn da sie den Beruf meistens nur als Durchgangsstadium ansehen, interessieren sie sich nicht genügend für die gewerkschaftliche Organisation, und außerdem rechnen sie nicht von vornherein wie der Mann in ihre Lohnforderung die Unterhaltungspflicht für die Familie mit hinein. Wenn auch diese Argumente nicht alle gleich überzeugend sind, so ist doch sicher der wesentlichste Grund dafür, daß die Frauen die historisch begründete Ungleichheit der Entlohnung bisher nicht beseitigen konnten, darin zu suchen, daß sie großenteils die Berufsarbeit als Notbehelf betrachten und nicht die selbe sichere innere Stellung zu ihr haben wie der Mann. Sperling kommt zu dem Schluß, daß erst bei einer auch rechtlichen Neugestaltung des ehelichen Zusammenlebens die weiblichen Kräfte im Wirtschaftsleben, die nicht entbehrt werden können, sich voll entfalten werden. Und erst dann würde die ungerechte Minderbewertung der weiblichen Arbeit beseitigt werden können. Vielleicht würde dann, wie es heute gefordert wird, die Frauenarbeit da verschwinden, »wo ihr einziger Vorzug in ihrer Billigkeit besteht«. Jedes Geschlecht würde im Arbeitsleben den Platz einnehmen, wo sich seine Kräfte am besten auswirken.

Sozialschutz Auf dem Weg zu solcher sinngemäßen Verteilung der Kräfte liegen auch die Bestimmungen über den Schutz der Frauenarbeit. Diese gehen von naturgegebenen Notwendigkeiten aus und bedeuten daher nicht, wie die Open-Door-Bewegung annimmt, eine Beschränkung der Freiheit für die Frau sondern dienen vielmehr dazu für die Arbeit der Frau die richtigen Formen zu finden. Aus einem Bericht des Internationalen Arbeitsamts geht hervor, daß in Europa die Arbeit von Frauen im Bergbau unter Tage fast überall gesetzlich verboten ist, während sie in Indien, in Japan und in Südamerika noch vorkommt. Die Bestimmungen der Washingtoner Konferenz über den Mutterchutz sind jetzt in 27 Staaten Europas und 15 Amerikas sowie in China, Japan, Indien, der Türkei, Australien und Neuseeland und Südafrika vollständig oder teilweise durchgeführt worden; in 33 Staaten ist die Arbeitsniederlegung mehrere Wochen vor der Niederkunft fakultativ, in 16 obligatorisch; in 20 Staaten ist eine Entschädigung für die Ruhezeit festgesetzt, in 8 Staaten ist unentgeltliche Geburtshilfe vorgeschrieben; 13 Staaten haben außerdem Stillprämien eingeführt, und 30 schreiben für das Stillen während der Arbeit Erleichterungen vor.

In Deutschland bringt der Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes, der seit einigen Jahren beraten wird, einige Erweiterungen des Frauenchutzes. Die Begrenzung der Arbeitszeit und das Verbot der Nachtarbeit, die bisher nur für Betriebe mit wenigstens 10 Arbeitnehmern galten, sind jetzt auf alle Arbeitnehmer ausgedehnt, allerdings unter Ausschluß der Land- und Forstwirtschaft, Tierzucht, Fischerei, See- und Luftschifffahrt und ihrer Nebenbetriebe. Auch der Geltungsbereich des Mutterchutzes ist erweitert auf Beschäftigung in Familienbetrieben, als Handlungsreisende und als Angestellte mit wissenschaftlicher, künstlerischer, unterrichtlicher oder gottesdienstlicher Tätigkeit und auf pflegerische und hauswirtschaftliche Tätigkeit in Heimen. Es zeigt sich aber immer wieder, daß eine Bestimmung, die die Niederlegung der Arbeit vor der Niederkunft nur ermöglicht, ohne die Arbeitende für den Lohnausfall voll zu entschädigen (das Wochengeld beträgt 75% des Grundlohns), nicht ausreicht. Aus der Erhebung des Metallarbeiterverbands geht hervor, daß über 60% der Schwangeren in den letzten 4 Wochen vor der Entbindung noch gearbeitet haben.

In *Frankreich* hat sich die Soziallohnbewegung weitgehend durchgesetzt. Es sind Ausgleichskaffen geschaffen worden, die im Jahr 1930 Betriebe mit 1 820 000 Arbeitnehmern umfaßten. Sie zahlten für 342 Millionen Familienzulagen aus. Da öffentliche Verwaltungen und Betriebe und große Privatunternehmungen außerdem noch Soziallöhne zahlen, wurden im ganzen im Jahr 1930 für 650 Millionen Francs Familienzulagen ausgezahlt. Für 1 Kind werden monatlich 28, für 2 Kinder 67, für 3 116, für 4 182, für 5 255, für 6 328 Francs gezahlt.

In *Italien* sind neuerdings die Bestimmungen über die Beschränkung der Frauenarbeit (Arbeitszeit, Nachtarbeit und gefährliche Betriebe) auf jede Art von Beschäftigung ausgedehnt worden, was besonders für die Handelsangestellten von Bedeutung ist. Für den Mutterschutz plant man statt der täglichen Unterstützung eine Erhöhung der einmaligen Beihilfe bei der Geburt. Außerdem ist im März 1930 festgesetzt worden, daß die Berufskrankenkaffen bei der Entbindung Geburtshilfe gewähren und unter Abzug der bisher gezahlten Erwerbslosenunterstützung eine Entschädigung in Höhe des vollen Lohns zahlen. Neben der obligatorischen Mutterschaftsversicherung wird eine freiwillige eingeführt, an der auch Heimarbeiterinnen teilnehmen können.

Kurze Chronik In Hamburg wurde im Juli die *Frauenfront 1932* gegründet, die die Frauenrechte in Staat, Familie und Beruf gegen die Bestrebungen der Nationalsozialisten verteidigen will. ◊ Im Jahr 1931 betrug die Zahl der weiblichen Mitglieder im *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund* bei einer Gesamtzahl von 4 417 852 Mitgliedern 617 968, gegen 684 978 im Vorjahr; der Anteil der Frauen macht also 13,99% aus. ◊ In Frankreich wurde ein weiblicher Verband für *Luftschiffahrt* gegründet, um den Frauen die Erlangung des Pilotenzeugnisses zu erleichtern. Auch in England bestehen Organisationen weiblicher Flieger. Die amerikanische Fliegerin *Amelia Earhart* hat als erste Frau den Atlantischen Ozean überflogen. ◊ In Paris haben einige weibliche Literaten ein *Théâtre Féminin* gegründet, das unter der Leitung und Verwaltung von Frauen nur Stücke weiblicher Autoren aufzuführen gedenkt. ◊ Der *Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine* ist aus dem Bund Deutscher Frauenvereine ausgetreten, weil sich in ihm eine nationalitische Gruppe durchgesetzt hat, der die Haltung des Bundes nicht behagt. ◊ Vor

25 Jahren, am 1. Juli 1907, wurde *Gertrud Hanna* als erste beförderte Sekretärin in das Bureau der Generalkommission der Gewerkschaften gewählt, um ihre gewerkschaftliche Organisationsarbeit an den arbeitenden Frauen, die sie schon früh in ihrem eignen Verband der Buchdruckereihilfsarbeiterinnen ausgeübt hatte, in einem größeren Kreis fortzusetzen. Ihr unermüdliches und erfolgreiches Wirken für die Sache der Arbeiterinnen und der gesamten Arbeiterbewegung ist allgemein bekannt. Die Leser der Sozialistischen Monatshefte kennen sie noch besonders aus ihren hier veröffentlichten Arbeiten.

Literatur Am 3. August waren 10 Jahre seit dem Tod *Minna Cauers* verfloßen. Ihres bahnbrechenden Wirkens für die soziale und politische Befreiung der Frau, ihrer lebens- und kampfesfrohen Persönlichkeit sollte sich die heutige Generation besonders erinnern, wo starke Kräfte am Werk sind die Frau in Dumpfheit und Enge zurückzudrängen. Eine ihrer Mitarbeiterinnen, *Else Lüders*, die am 27. Juli 60 Jahre alt wurde und jetzt im Reichsarbeitsministerium die Fragen des Frauenarbeitschutzes bearbeitet, hat in einem Buch *Minna Cauer, Leben und Werk /Gotha, Leopold Klotz/* unter Verwendung zahlreicher autobiographischer Aufzeichnungen ihre Gestalt in einem lebendigen Bild festgehalten. ◊ Das Buch *Ille Reiches* *Berühmte Frauen der Weltgeschichte /Berlin, F. A. Herbig/* skizziert in 6 Betrachtungen je 4 bedeutende Herrscherinnen, Kurtisanen, Künstlerinnen, Dichterinnen, 3 Kämpferinnen und Heldinnen und Mütter, Schwestern, Gattinnen und Freundinnen berühmter Männer. Die Zusammenstellung zeigt eine Fülle verschieden gearteter Frauenpersönlichkeiten und beweist, daß den Frauen ihrem Wesen nach kein Gebiet des Lebens verschlossen ist. ◊ Das reich illustrierte Buch *Richard Kühns* *Die Frau bei den Kulturvölkern /Berlin, Neufeld & Henius/* berichtet in kurzen Abschnitten über die Stellung und das Leben der Frau bei den Kulturvölkern vom Altertum bis zur Gegenwart. Es beschränkt sich dabei aber im wesentlichen auf kurze Angaben über die Stellung im Eheleben und beschäftigt sich vor allem jedesmal eingehend mit dem Schönheitsideal der Frau bei den verschiedenen Völkern und mit dem Prostitutionswesen. Es führt also keinen allgemein gehaltenen Titel nicht ganz zu Recht. Doch ist es eine anregende Lektüre, für weite Kreise des Bürgertums bestimmt.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Phänomenologiekrise

Als um die Jahrhundertwende von den verschiedensten Punkten her die Philosophie sich gegen den Positivismus und Relativismus wandte, war es vor allem die Methode der Phänomenologie, die der Philosophie eine bisher nicht erreichte Sicherheit ihrer Erkenntnisse zu geben versprach. Edmund Husserl, ihr Begründer, wollte dadurch »die Philosophie als strenge Wissenschaft« konstituieren und damit einen bisher von der Philosophie immer wieder vergeblich geforderten Zustand endlich erreichen. Der Meister hat seitdem in mehreren tief-schürfenden Werken seine Lehre weiter ausgebaut, ein glänzender Kreis von Schülern hat die Fruchtbarkeit der neuen Methode in vielen Untersuchungen erwiesen, und heute, kann man sagen, herrscht eine schwer überschaubare Verwirrung, die alles, was man anfangs als sicher gegründet ansah, wieder in Frage stellt. Will man diese Entwicklung innerhalb der Phänomenologie durch einige prägnante Namen bezeichnen, so dürfte es der Weg von Husserl über Max Scheler zu Martin Heidegger sein, der für das Schicksal der Phänomenologie bedeutungsvoll geworden ist. Ein erster Versuch diese Entwicklung darzustellen liegt jetzt in dem Buch des Frankfurter Privatdozenten *Julius Kraft* vor, unter dem Titel Von Husserl zu Heidegger /Leipzig, Hans Buske/. Der Verfasser geht davon aus, daß Husserl sich eine 3fache Aufgabe stellte, um die Philosophie zur strengen Wissenschaft zu machen, nämlich den Nachweis der Unmöglichkeit des Relativismus und der empiristischen Philosophie und die Durchführung einer strengen Unterscheidung von Inhalt und Gegenstand der Erkenntnis. Der Weg dazu war bekanntlich anfangs in Weiterbildung von Gedanken-gängen Franz Brentanos und Carl Stumpfs die Ausbildung einer »deskriptiven Psychologie«, bis dann Husserl deutlich die Eigenart der Phänomenologie und ihrer besonders Methode erfaßte, die eine »deskriptive Wesenslehre der reinen Erlebnisse« geben will. Kraft meint, daß die Aufgabe einer deskriptiven Psychologie sinnvoll und berechtigt ist. Aber in der Weiterführung ergibt sich ein methodischer Mangel, der alles Folgende verdirbt, nämlich die Verwechslung von psychologischen Begriffen mit apriorischen. Sie führt zu dem Gedanken einer nichtempirischen Psychologie.

Auf dieser Grundlage kommt dann Husserl zu der Forderung einer intuitiven Wesenslehre, die bei der Annahme einer Prävalenz der innern Anschauung es zwar vorzugsweise mit »reinen Erlebnissen« zu tun hat, grundsätzlich jedoch jedes Gegenstandsgebiet vor ihr Forum zieht. Im allgemeinen aber ist sie Phänomenologie des »sinngebenden Bewußtseins«, das heißt eine Erkenntnisphänomenologie, weil alles Sein »seine Seinsgeltung aus der transzendenten Subjektivität« erhält. Aber diese idealistische Phänomenologie ist zugleich intuitionistisch; denn mit Hilfe der Reduktionsmethode geht sie auf Wesensanschauungen aus. Hier aber findet Kraft, daß Husserl seinen Gedankengängen eine Fiktion zugrunde legt, nämlich des Bestehens einer ideellen Region von Wesenheiten; eine Annahme, die im weiteren Verfolg die Husserlsche Grundkonzeption der Philosophie als strenger Wissenschaft sprengen mußte, ein Vorgang, der noch dadurch unterstützt wurde, daß das intuitionistische Moment immer stärker hervortrat.

Diese Entwicklung erzwang die stürmisch vorwärts drängende und nach allen Seiten sich ausbreitende Gedankenarbeit Schelers. Dieser kam, ebenfalls wie Husserl, von dem Intentionalitätsprinzip ausgehend zu einer Verwerfung alles Bewußtseinsidealismus und damit auch der idealistischen Phänomenologie. Sein Programm war die »ontologisch und realistisch gewandte Untersuchung der nur durch unmittelbare evidente Anschauung zugänglichen Wesensbestandteile der Welt und des Geistes«. Indem nun Scheler die Wesenserkenntnis als eine höhere und von jeder andern Erkenntnisart grundsätzlich unterschiedene annimmt, verläßt er den strengen Boden wissenschaftlicher Philosophie und ergibt sich, ähnlich wie Schelling mit seiner intellektuellen Anschauung, einem ästhetischen Intuitionismus, der nur zu »individual gültigen Weltanschauungen« führen kann. Indem nun Scheler die in dem Husserlschen Reduktionsverfahren geforderte Abstraktion von der Existenz als unzulänglich verwirft, muß er eine neue Methode zur Gewinnung von Wesensanschauungen entwickeln. Dies geschieht dadurch, daß das Wissen ontologisch bestimmt wird, als »Teilhabe« an etwas, als ein »Seinsverhältnis zweier Seienden«. Das Wissen von der Realität ist ursprünglich kein Gegenstand des Erkennens, sondern eines »Widerstandserlebnisses«, und damit kommt in die Erkenntnis ein emotionales Moment, das schließlich von Scheler als »aktiver Einsatz«, als »liebende

Hingabe« und als »Sympathievereinigung mit dem All der Dinge« bestimmt wird. Bei Scheler wird also die Phänomenologie zu einer ontologischen Metaphysik, die aber nicht Wissenschaft sein will sondern aus den Kräften und Erlebnissen des Gefühllebens fließt. Daher gibt es denn auch nichts Stärker Schwankendes als die phänomenologisch erschauten Wesenserkenntnisse, die vermeintlich mit absoluter Evidenz auftreten. Einander widersprechende Behauptungen werden von Scheler im Zeitraum weniger Jahre, und immer mit der selben Sicherheit, als Wesenseinsichten ausgegeben, so daß man die scharfe Kritik Krafts an diesem von Bedenken nicht belchwertem Philosophieren wohl verstehen kann.

Während jedoch Scheler den wissenschaftlichen Ausgangspunkt Husserls niemals ganz aufgibt, wird von Heidegger das Untertauchen in die Mytik endgültig vollzogen. Die Apriorisierung der Psychologie, von der Husserls Denken ausgeht, wird von Heidegger zu einer Kosmologie weiterentwickelt; auch sonst findet Kraft eine Reihe von Gedanken-elementen bei Heidegger, die in ihren Keimen schon bei Husserl zu bemerken sind. Aber entscheidend gegenüber seinen beiden Vorgängern in der Phänomenologie ist doch eine ganz neue Haltung, die Kraft so charakterisiert: »Sie ist eine Übersteigerung des voluntaristischen Realismus zu einem kosmischen Myterium. Sie begnügt sich nicht in der Philosophie die Erkenntnis durch Glaube, Trieb, Gefühl und Offenbarung einzuschränken und damit tatsächlich zu verdrängen, sondern sie will von vornherein nur ein Myterium sein und als solches geglaubt werden.« Daher ist denn auch die Methode des Beweisens, die Heidegger anwendet, nicht ein logisches Argumentieren sondern eine immer weiter sich tastende »Bewortung«, sie »bildet Präpositionen, Verba und Konjunktionen zu Substantiva um, sie verfelbständigt Wortfilben und vermeint durch diese Bezeichnungsart neuartige Entitäten aufzuweisen«. So ist denn an die Stelle der scharfsinnigen Analysen Husserls und des Reichtums an Gedanken bei Scheler schließlich eine »Verbaltechnik« getreten. »Der Überschwang des intuitiven philosophischen Erkennens hat in einem aller Erkenntnis baren Gerede geendet, die Unmöglichkeit der phänomenologischen Philosophie beweist sich selbst im Gestammel der Existenzanalyse.«

Über die Heideggerische Existenzphilosophie erschien vor kurzem in den Sozialistischen Monatsheften (1932 I Seite 432)

eine Abhandlung Raphael Seligmanns, deren Inhalt die Leser mit dem vergleichen mögen, was in der eben besprochenen Schrift über sie ausgelegt ist. Der sachliche Ertrag der Arbeit Julius Krafts ist bedeutungsvoll genug. Er bringt eine höchst lehrreiche und nachdenkliche Studie über das Schickal einer intuitionistischen Philosophenschule.

Nelson Ganz anderer Art als die im Mytizismus sich verlierende Phänomenologie ist das Werk Leonard Nelsons, dessen 50. Geburtstag hätte in diesem Jahr gefeiert werden können. Hier ist alles auf Klarheit und bezwingende Logik gestellt. Das philosophische Denken meidet Akrobatik und begnügt sich mit dem, was in vorlichtiger, äußerst rationaler Methodik zu erreichen ist. Das gilt vor allem für 2 Hauptwerke Nelsons: die Vorlesungen über die Grundlagen der Ethik und das System der philosophischen Rechtslehre, die beide vor einiger Zeit in neuer Auflage erschienen /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/. Die Ethik Nelsons lücht eine unmittelbare rationale ethische Erkenntnis. Ihr Gegenstand sind nur Handlungen, bei deren Beurteilung es auch auf die Motive ankommt. Eine Handlung ist insofern moralisch, als durch sie die Pflicht erfüllt wird. Wichtig ist Nelsons Lehre, daß es individuelle Pflichten gibt. Das Sittengesetz geht auf eine »Beschränkung unserer Interessen durch die kollidierenden Interessen anderer«. Das oberste Gebot, dem alle Pflichten entspringen, ist das der Gerechtigkeit. Unser Interesse darf danach dem der anderen nur in dem Fall vorgezogen werden, daß es das überwiegende ist.

Auf diesen Grundlagen baut sich nun die Rechtslehre auf, deren Standpunkt Nelson als »juristischen Kritizismus« bezeichnet, indem er sie auf ein Prinzip a priori gründen will. Das Recht hat es mit dem normgemäßen Zustand der Gesellschaft zu tun; es geht auf die gegenseitige Beschränkung der Freiheitsphären in der Wechselwirkung der Personen. Die dem Recht zugrunde liegenden 4 Postulate sind: Die Forderung, daß alle Beziehungen zwischen vernünftigen Wesen durch Verträge geregelt werden sollen, die Forderung eines positiven Gesetzes, der Verteilung des Eigentums auf Grund der persönlichen Gleichheit und schließlich des Strafrechts, das auf dem Grundplatz der Wiedervergeltung sich aufbaut. Auf Grund dieser Prinzipien wird dann im einzelnen eine Rechtslehre von hohem ethischen Rang entwickelt. Diese Gedan-

ken werden noch weiter ausgeführt in den Vorlesungen über die Grundlagen der Ethik, von denen der 1. Band im Verlag Veit & Co. in Leipzig, der 2. aus dem Nachlaß Nellsons im Verlag Öffentliches Leben in Göttingen erschienen sind. Darin werden die Grundgedanken der beiden Hauptwerke auf viele Probleme des heutigen Lebens angewandt.

Veranstaltungen In Zürich fand vom 5. bis zum 12. September der *Internationale Mathematikerkongreß* statt. Das Arbeitsprogramm, das in 12 Sektionen und dazu einigen Untersektionen bewältigt wurde, umfaßte das gesamte Gebiet der Mathematik. Aus Deutschland erschienen unter anderen Ludwig Bieberbach, Richard von Mises, Friedrich Schur, Georg Hamel, Arthur Korn, Erich Salkowski, David Hilbert, Richard Courant, Edmund Landau, Hermann Weyl, Emmy Noether, Karl Menger, Wolfgang Pauli. Von französischen Mathematikern erschienen neben anderen François Boquet, Edouard Gourlat, Louis Potin. Besonders aufschlußreich waren die Vorträge über Algebra und Zahlentheorie, worüber Emmy Noether/Göttingen/ und Helmut Hasse/Marburg/Iprachen. Die interessante Entwicklung in der Topologie, wo zurzeit ein Streit über mengentheoretische oder kombinatorische Methode ausgefochten wird, wurde von John Alexander/Princeton/, Pawel Alexandrow/Moskau/, Ludwig Hopf/Zürich/, Witold Hurewicz/Amsterdam/, Karl Menger/Wien/ behandelt. Rudolf Fueter/Zürich/Iprach über die Beziehungen zwischen Funktionentheorie und Idealtheorie, Paul Bernays/Göttingen/ über Methoden des Nachweises von Widerspruchsfreiheit und ihre Grenzen; endlich legte der Kieler Philoloph Julius Stenzel Anschauung und Denken in der klassischen Theorie der griechischen Mathematik dar.

Kurze Chronik Am 29. August konnte die Welt den 300. Geburtstag *John Lockes* feiern, des Klassikers der empiristischen Philosophie und eines der Begründer der liberalen Staatstheorie. ◊ Zum Korrespondierenden Mitglied der Pariser Académie des Sciences Morales et Politiques wurde, als erster Deutscher nach dem Krieg *Edmund Hullerl* gewählt. ◊ In Bonn habilitierte sich Fritz Rehbock für Angewandte Mathematik, in Heidelberg Raymond Klibanisky für Philosophie. ◊ Am 23. Januar wurde *David Hilbert* 70 Jahre alt. Seine Grundlagen der Geometrie

haben eine neue Epoche in der Mathematik eingeleitet. ◊ Am 12. Mai wurde der ehemalige Bonner Philosophieprofessor *Max Wentzler* 70 Jahre alt. Er hat, von Lotze beeinflusst, in einer Reihe von Schriften, die fast alle Disziplinen der Philosophie behandeln, seinen kritischen Idealismus entwickelt. ◊ Am 11. Juni wurde der Freiburger Mathematiker *Lothar Heffter* 70 Jahre alt. Heffter war ein Schüler Immanuel Fuchs', Karl Weierstraß' und Leopold Kroneckers. Sein Hauptarbeitsgebiet ist, neben den linearen Differentialgleichungen, die Analytische Geometrie, über die er ein berühmtes Lehrbuch verfaßt hat. Auch veröffentlichte er 1922 für Nichtmathematiker ein außerordentlich fesselndes Buch *Was ist Mathematik?* ◊ Am 25. September wurde *Hans Vaihinger*, der Begründer der Als-Ob-Philosophie, 80 Jahre alt. Mit seiner Fiktionentheorie wies er auf ein bisher übersehenes Element in unserm Denken hin (mit dem mittlerweile allerdings auf einer Reihe von Gebieten überreichlich hantiert wurde).

Literatur Die Lebensphilosophie *August Mellers* /Leipzig, Felix Meiner/ entsprang dem Bemühen des Verfassers die Philosophie für einen weitem Kreis von ernsthaft strebenden Menschen nutzbar zu machen. Im Mittelpunkt steht die Frage nach dem Verhältnis von Glaube und Philosophie. Überall spürt man die Wärme eines Menschen, der helfen will. Leider geht Meller auch an manchen Dingen vorbei, zu denen man in einer Epoche nationalitistischer Verblendung und Verblödung Stellung nehmen muß. Wie sehr er hierbei in manchem konventionelle Fehlerurteile mit übernimmt, zeigte kürzlich seine Auseinandersetzung mit Friedrich Wilhelm Foerster in der von Foerster herausgegebenen Zeit. ◊ Über die eigenartige Gestalt des *Noltradamus* legt Eberhard Dennert eine kenntnisreiche und eingehende Untersuchung vor, unter dem Titel *Noltradamus* und das Zweite Gesicht /Pfullingen, Johannes Baum/. Über die Lebensgeschichte und das Werk dieses merkwürdigen Mannes erhält man hier viel neues, auf eingehenden Studien beruhendes Material. Besonders gründlich werden die Prophezeiungen besprochen, die Dennert als echtes Hellsehen bezeichnet. Man sollte diese Schrift lesen; denn so viel steht fest, daß man mit einer Erscheinung wie *Noltradamus* weder mit oberflächlich-skeptischer Aufklärung noch mit bequemem Okkultismus fertig wird. ◊ Von Christoph

Schrempf erschien ein umfangreiches Werk über *Goethes* Lebensanschauung in ihrer geschichtlichen Entwicklung /Stuttgart, Fr. Frommann/. Die Behandlung des Themas ist stark biographisch referierend, Lebensnähe und Anschaulichkeit tun aber dem sachlichen Ertrag des Werks keinen Schaden. Der Verfasser versteht es mit seiner biographischen Methode sehr gut seinen Gegenstand nach allen Seiten zu erleuchten und tief in ihn einzudringen. ◊ Von dem Königsberger Ordinarius Albert Goedeckemeyer liegt eine kleine Untersuchung Die Weltanschauung von *Marx und Engels* vor /Halle, Max Niemeyer/, eine Darstellung, die insbesondere für die Frage der Beziehung zu Hegel wertvolles Material zusammenträgt. ◊ Von einer neuen Seite will Theoderich Kampmann in seinem Buch *Licht aus dem Osten?* /Breslau, Bergstadtverlag/ an *Dostojewskij* herangehen. Die sehr beachtenswerte Schrift untersucht Dostojewskijs Stellung zum Problem der Gemeinschaft, das nach der Auffassung des Verfassers den Mittelpunkt des gesamten Schaffens des Dichterphilosophen bildet. Hinter der Gemeinschaft aber, als ihr eigentlicher Sinn, steht die Religion, mit dem Mysterium des Schöpfers und des Erlösers. ◊ Über die Geschichtsphilosophie *Nikolaj Berdjajew*s eine Darstellung gegeben zu haben ist das Verdienst Eberhard Dennerts, der unter dem Titel *Die Krisis der Gegenwart* und die kommende Kultur einen gut orientierenden Bericht verfaßt hat /Leipzig, Buchhandlung Klein/. Berdjajew's Geschichtsphilosophie ist der bedeutendste Versuch einer religionsmetaphysischen Geschichtsauffassung in den letzten Jahrzehnten, der bei der gegenwärtigen Geisteslage sicherlich manche Wirkung entfalten wird. ◊ Ein sehr besinnliches und sehr ernstes Buch über das Problem des Krieges schrieb *Walther Scheller* unter dem Titel *Als die Seele starb* /Berlin, Reuther & Reichard/. Es sind Kriegserlebnisse, an die sich Betrachtungen eines Menschen schließen, der mit einem hohen ethischen Bewußtsein und einem unerbittlich scharfen Verstand ausgestattet ist. Wie in kaum einem andern Buch der Kriegsliteratur wird hier die zerstörende Wirkung des Faktums Krieg auf das Wertbewußtsein sichtbar, und man begreift es nach der Lektüre dieses kleinen Buchs, daß eine Generation, die diese Schule der Zerstörung ihres Glaubens und ihrer Ideale durchgemacht hat, jedem politischen und geistigen Irrwahn ausgeliefert ist.

Anthropogeographie / Paul Thorwirth

Angewandte Ethnologie Das Buch des Amsterdamer Ethnologen *J. C. van Eerde* *Ethnologie coloniale* /Paris, Editions du Monde Nouveau/ läßt erkennen, daß man in Holland ungefähr zur selben Zeit wie in Deutschland, in Frankreich und in den angellächlichen Ländern damit begonnen hat ethnologische Erkenntnisse unmittelbar für die Eingeborenenpolitik nutzbar zu machen. Der Verfasser verspricht sich Erhebliches von der »auto-éducation coloniale«, womit im wesentlichen alles gemeint ist, was Europäer noch von Eingeborenen lernen können. Er behandelt die psychischen, wirtschaftlichen und anderen Beziehungen zwischen Eingeborenen und Europäern einerseits, zwischen Eingeborenen und Fremden, das heißt in den holländischen Besitzungen Chinelen, Indern und so weiter, andererseits und zeigt, wo überall die Ethnologie helfend eingreifen könnte. Als oberste Maximen der Eingeborenenpolitik fordert er »tolérance« und »appréciation mutuelle«, insbesondere »respect«, »protection« und »développement de la société indigène et de ses idées«, ferner Unterstützung jeglicher ethnologischer Forschung, auch der rein theoretisch gerichteten, Kontrolle aller politischen Maßnahmen durch die Ethnologie. Folgende Probleme arbeitet van Eerde am Beispiel Niederländisch Indiens dann noch heraus: Welchen Zivilisationsgrad haben die Eingeborenen unter weißer Leitung bisher erreicht? Bis zu welcher Höhe können sie sich unter weißer Leitung ihren eignen Anlagen gemäß entwickeln? Ist bei Anwendung der empfohlenen Maßnahmen das Erreichen und Verharren auf einem höhern Zivilisationsgrad als Ergebnis zu erhoffen? Der Verfasser bejaht das mit dem Vorbehalt, daß jede Kultur den Maßstab ihres Werts in sich selbst trage. Man wird ihm darin zustimmen müssen. Allerdings soll Hochachtung vor fremdem Kulturgut nicht zu dessen Überhöhung führen. Aber sie wird vor jener Überheblichkeit schützen, zu der der Weiße allzu sehr neigt. Da ist es gut, wenn er erkennen lernt, daß er manches (und vielleicht Wesentliches) vom Nichtweißen lernen kann. Aber er soll nichts übernehmen, er muß alles aus seiner eignen geistigen Art heraus entwickeln. (Was bei bloßer Übernahme herauskommt, sieht man an dem Beispiel der Amerikaner, die von den Negern den Jazz nahmen, der aber nun bei diesen Angellsachsen durchaus unecht wirkt und sie selber unecht macht.) Daß die Weißen

zurzeit, mindestens in ihren Machtmitteln, den Nichtweißen überlegen sind, lehrt der Augenschein. Um so verwerflicher ist es diesen Vorsprung zur dauernden Niederhaltung der Kolonialvölker auszunutzen. Zweifellos kann hier die Wissenschaft den Weg der Pflicht zeigen. Man wird daher die Arbeit van Eerdes als Ansatz zu einem System der angewandten Ethnologie, das heute der Wissenschaft noch fehlt, begrüßen müssen.

Sexualforschung Der Sexualforscher *Magnus Hirschfeld* brachte in Zusammenarbeit mit *Berndt Götz* eine Sexualgeschichte der Menschheit heraus (Berlin, P. Langenscheidt). Die Verfasser betonen, daß sie eine Sexualhistorie, nicht etwa eine Sexuologie schaffen wollten, und vergleichen das Verhältnis beider Disziplinen zu einander mit dem zwischen Geologie und Geographie. Ihrer Meinung nach läuft dies darauf hinaus, daß der Geologe nach dem Warum fragen und folgern dürfe, der Geograph nicht. Abgesehen davon, daß dies nicht ganz zutrifft (schon das Vorhandensein einer geographischen Sonderdisziplin, der Historischen Geographie, zeigt das), scheint auch den Verfassern ihre Ablicht Sexualhistorie und Sexuologie zu scheiden nicht gelungen; denn der Aufbau des Buchs geht nicht vom Zeitlichen sondern von den Phänomenen aus: Menstruation, Zeugung und Geburt, Abort, Couvade, Kampf zwischen Geist und Sexualität, geschlechtliche Scham, Pubertät und Jugendweihen, Prostitution, Ehe, Familie und so weiter. Es ist auch nicht einzusehen, daß diese strenge Scheidung zwischen Sexualgeschichte und Geschlechtskunde wirklich nötig wäre. Der Sexualhistoriker wird nicht immer umhin können auch in die Spezialphänomene einzudringen, und der Sexuologe wird manches Phänomen nicht anders als historisch erklären können. In der Tat findet man bei Hirschfeld und Götz, daß sie in der Darstellung der Phänomene fast immer historisch vorgehen. Insofern rechtfertigt das Werk seinen Titel, und man kann den Autoren das Verdienst nicht bestreiten eine Fülle historischer Materials zusammengetragen, für das Verständnis des Lesers gut geordnet und zum großen Teil gut gefolgert zu haben. Allerdings scheint die Sexualität der geschichtlichen Zeit knapper behandelt als die der vorgeschichtlichen und als die Sexualität der Primitiven, die zum Teil die heute noch vorhandenen Zeugen der Prähistorie sind. Es ist anzuerkennen,

daß ihnen von hier aus manche Deutungen der Phänomene mit allen ihren Details besser gelungen sind als Sigmund Freud, der, bei aller Großartigkeit der Deduktion, doch diesen, meist völkerkundlichen Details nicht immer gerecht wird. Sehr beachtlich scheint zum Beispiel bei Hirschfeld und Götz die Erklärung für die Entstehung der Couvade. Der noch heute bei vielen Primitiven geübte Brauch der Couvade besteht darin, daß der Ehemann nach der Niederkunft der Ehefrau ebenfalls ein längeres Kranklager bezieht, zum Teil auch fastet, in der Meinung gleichfalls krank und schonungsbedürftig zu sein. Er wird während dieser Zeit als Luft betrachtet, nicht selten indessen an Stelle der Ehefrau von Nahelstehenden zu seiner Entbindung beglückwünscht und ob seiner angeblichen Schmerzen bedauert und getröstet, nach Ablauf der Kranklagerperiode aber auch gehänselt und geprügelt oder sonst gequält. Dies alles ist sogar häufig bei Stämmen, bei denen die Frauen meist eine fast schmerzlose Geburt haben. Die Ethnologie kennt 3 Theorien zur Erklärung des Phänomens. Adolf Bastian vermutet ein Survival aus der Epoche, in der das Mutterrecht in das Vaterrecht überging. Ähnlich deuten Paul Krißche und Rosa Mayreder die Couvade als einen Brauch, der die Zusammengehörigkeit von Vater und Kind unterstreichen soll. Eine weitere Auffassung lautet dahin, daß der Ehemann böse Geister täuschen und ihre Angriffe von Mutter und Kind auf sich, den Gesunden, Starke ablenken wolle. Bleibt noch die Erklärung der Psychoanalytiker, wonach die Couvade eine Erinnerung an die Uruntat, den Vatermord, darstelle (Reik). Hirschfeld und Götz deuten so: Durch das Miterleben des Geburtsvorgangs und den Anblick des Kindes geriet der Mann in den Zustand der Hysterie, gegen die es 3 Therapien gibt: die der Nichtbeachtung, der Belästigung und die der Torturierung. Damit wird erklärt, warum die Kindbetter teils sich selbst überlassen, teils bedauert und getröstet, teils auch gequält werden. Unverständlich bleibt der Ausfall der Verfasser gegen die moderne Ethnologie. Die Verfasser hätten mit der Vermeidung dieses Ausfalls um so klüger gehandelt, als sie selbst bei unleugbar großer Materialkenntnis keineswegs in der Ethnologie ganz zu Hause sind. So bestreiten sie einfach die Möglichkeit der totalen oder partiellen Kulturübertragung, obwohl hierüber gradezu eine Unsumme von Beispielen zu denken gibt,

ohne zu wissen, daß sie damit an das größte Problem rühren, das die Ethnologie zurzeit bewegt, und um das mit fanatischem Eifer zur Wahrheitsfindung gerungen wird, nämlich das der Berechtigung der Anwendung der kulturhistorischen Methode bei der ethnologischen Forschung. Ein weiterer großer Schnitzer findet sich in dem Satz: »Der Stamm wird in 2 Heiratsgruppen geteilt. Die beiden Gruppen bezeichnet man als Totem.« Das Totem, Itets ein Tier, eine Pflanze oder sonst ein Gegenstand, ist keineswegs identisch mit der Gruppe, ist vielmehr das Merkmal der Gruppe, dem sich die Mitglieder der Gruppe (die Ethnologen sagen Klasse) in irgendeiner Weise verwandt fühlen.

Hirschfeld und Götz konnten bei ihrer Arbeit die Winthuische Zweiggeschlechterwelenstheorie bedauerlicherweise nicht mehr berücksichtigen. Das selbe gilt von der voluminösen, von Eva Schumann übersetzten Arbeit *Bronillaw Malinowski* Das Geschlechtsleben der Wilden in Nordwestmelanisien /Leipzig, Grethlein & Co./ Der Verfasser widmete der Stoffsammlung einen mehrjährigen Aufenthalt vornehmlich auf den Trobriandinseln (östlich von Neuguinea). Er kannte die Winthuische Lehre ebenfalls nicht; um so beachtlicher ist es, daß er sie mehrfach bestätigt. »Das Sexuelle beherrscht tatsächlich jede Erscheinungsform der Kultur, ist zugleich etwas Heiliges.« Das könnte Winthuis selbst geschrieben haben. Auch Malinowski berichtet von Riten, bei denen die Teilnehmer die Kleidung des andern Geschlechts anlegen. Endlich könnte das von ihm entdeckte Kreuzvetternbalenehe genannte Phänomen wohl entfernt mit der Zweiggeschlechterwelenstheorie zusammenhängen. Das Werk enthält aber noch eine Menge anderer beachtlicher Erkenntnisse, zum Beispiel zum Phänomen des Mutterrechts. Malinowski fand, daß Privilegien von den Frauen nur vererbt, nicht aber ausgeübt werden, daß zum Beispiel sozial hochgestellte Frauen das selbe Ansehen genießen wie ihre Männer, daß aber die aus dem sozialen Rang sich ergebende Machtfülle einzig den Männern zufällt, woraus erneut hervorgeht, wie selten Mutterrecht und Matriarchat zusammenfallen. Zugleich wird bestätigt, was aus anderen Gründen von anderen Forschern bereits angeregt war: daß es richtiger ist von Mutterfolge, nicht von Mutterrecht zu sprechen. Ein Problem läßt der Autor ungelöst: das der Kinderlosigkeit der ledigen Frauen ungeachtet uneingeschränkten Geschlechtsverkehrs. Die wei-

tere Frage, warum die Trobriander dann eigentlich überhaupt formal heiraten, beantwortete dem Verfasser ein eingeborener Gewährsmann: Die Frauen, weil ein Mann vorhanden sein muß, »der das Neugeborene in die Arme nimmt«, die Männer um wirtschaftlicher Vorteile willen. Wie Hirschfeld und Götz äußert auch Malinowski Bedenken gegen die Deutungen mancher Phänomene durch die Psychoanalyse. Grundsätzlich begrüßenswert ist, daß der Verfasser seine Spezialaufgabe niemals anders als im Rahmen des Kulturganzen der fraglichen Stämme aufgefaßt hat. Auch über die Rechtsanschauungen der Trobriander wird manches Willenswerte mitgeteilt. Malinowskis Berichten zufolge scheint sich auch dort im Sachenrecht das Axiom wiederzufinden, daß Individualeigentum an allem anerkannt wird, was einer selbst hergestellt hat. Der Verfasser fährt dann systematisch fort mit der Darstellung der vor-ehelichen Sexualbeziehungen, den Wegen zur Ehe, der Ehe als solcher und ihrer Auflösung durch Scheidung oder Tod einerseits, ihrer Befestigung durch Zeugung, Schwangerschaft und Geburt andererseits, und zwar in magischer wie in realer Hinsicht. Der 2. Teil enthält Mitteilungen über spezielle Phänomene: Psychologie der Erotik, Liebes- und Schönheitsmagie, erotische Träume und Vorstellungen, Moral und Lebensart, Inzest und anderes. Malinowskis Forschungsergebnisse bereicherten zweifellos die Kenntnis einer sehr wichtigen Seite des primitiven Lebens erheblich. Malinowski kommt erkenntnistheoretisch über Felix Bryks Negereros in vielem hinaus.

Es sei in diesem Zusammenhang noch auf *Georg Walters* Hamburger Sittengeschichte/Hamburg, Ernst Oehrlein/hingewiesen. Der Verfasser hat zur Erueirung der durch die Seehafeneigenchaft besonders eigenartig gelagerten Sexualverhältnisse dieser Großstadt viel kulturkundliches Material mit Fleiß zusammengetragen und gut geordnet.

Man kann allen 3 Werken bestätigen, daß Diktion und Ausstattung ausschließlich von sachlichem Ernst getragen sind, und jede Unfachlichkeit, zu der die Materie nicht wenig lockt, strikt vermieden wird.

Naher Orient Das Interesse derer, die die Abläufe vorausschauend zu deuten veruchten, wendet sich naturgemäß den Gebieten des Nahen Orients zu, der einen Übergang zwischen Europa und Asien bildet und auch deutlich Merkmale einer Übergangszeit innerhalb seiner Grenzen aufweist.

Von älteren Arbeiten sind da die hier bereits gewürdigten Werke *Ernst Reinhard's* Kampf um Suez (siehe die Rundschau Außenpolitik, in diesem Band Seite 625) und des englischen Majors *E. W. Poffon Newman* Großbritanniens Kampf um Ägypten (siehe die Rundschau Geschichte, 1931 II Seite 696) zu nennen. Reinhard ist ausgezeichnet informiert und gibt, geopolitisch beeinflusst, eine meisterliche Darstellung der verschiedenen, um den Kanal gelagerten, sich vielfach überschneidenden und durcheinanderwirkenden weltpolitischen Kraftfelder. Unverständlich bleibt bei einem Autor dieses Rangs freilich, warum er die wirtschafts-imperialen Gestaltungsversuche britischer Staatsmänner als Utopie und die italienischen Expansionsbestrebungen der Ära Crispi als Romantik abtut. (Es kann ihm doch nicht unbekannt sein, daß ein Ergebnis jener italienischen Politik das Gebiet Erythräa ist, das vor dem Beginn der Weltkrise bereits ein blühendes, friedliches Gemeinwesen war, das keines muterländischen Zuschusses mehr bedurfte, und dessen eingeborene Bauern heute eine Rückkehr unter die Souveränität Abessinien ablehnen würden. Hermann Norden hat in seiner Arbeit *Durch Abessinien und Erythräa* /Berlin, August Scherl/, ohne irgendeiner europäischen Kolonialpolitik das Wort reden zu wollen, die krassen Unterschiede der allgemeinen Lebensverhältnisse in Abessinien und Erythräa ausgiebig beleuchtet.) Die Arbeit Poffon Newmans ist, obwohl ebenfalls eminent politischer Natur, anthropogeographisch doch dadurch wichtig, daß sie eine ziemlich genaue Darstellung der Bevölkerungsverhältnisse Ägyptens gibt und neben den Unterschiedlichkeiten der Rassen und Völker auch die Momente herausarbeitet, die die Bewohner des Niltals zu Ägyptern als einer Nation im westeuropäischen Sinn stempelt. Mit wünschenswerter Präzision unterrichtet über geographische Gegebenheiten, wirtschaftliche und politische Probleme sowie Bevölkerungsverhältnisse die Schrift *Siegfried Pallarges* Ägypten und der Arabische Orient /Berlin, Zentralverlag/. Der Autor bringt Klarheit über den nebulösen Begriff Beduinen. Er stellt die Beduinen den Gebirgsnomaden (Kurden, Turkmenen, Tataren) gegenüber und gliedert sie in Kleinviehhirten und Kamelbeduinen (Beduinen im engern Sinn); diese spaltet er wieder in Steppen- und Oasenbeduinen, diese endlich in Kaufmannsbeduinen und Oasennadel. Dieser Analyse wird man einschränkungslos zustimmen müssen. Auf die besondere religionsge-

schichtliche Bedeutung der von der Forschung bis vor kurzem fast gänzlich übersehenen Kleinviehhirten, die den Grund zur Jahwereligion legten, wird nachdrücklich verwiesen, die Annahme, daß die Sahara ihren schweifenden Bewohnern den Monotheismus eingab (wegen ihrer grandiosen Einförmigkeit, wie noch Oskar Pelchel, einer der Begründer der modernen Völkerkunde, glaubte), wird als Fabel bezeichnet, denn die Kamelbeduinen huldigen noch heute animistischen Vorstellungen. Nun hat Pallarge freilich das intensive Studium der Bevölkerungen des Nahen Orients bereits 1925 zur Aufstellung von »Grundzügen der gesetzmäßigen Charakterentwicklung der Völker« verleitet; das heißt, er hat bei den Einwirkungen des Milieus auf den Teil der Sozial- und Völkerpsychologie, den man Volkscharakter nennt, gewisse Gesetzmäßigkeiten beobachten zu können geglaubt und sie zu ermitteln gesucht. Aber was tatsächlich ermittelt wurde, ist von einer verlinkenden Weltanschauung beschattet. In seinem Vortrag *Charakterentwicklung des Menschen in den Großstädten der Gegenwart* (in der Sammlung *Großstadt und Volkstum* /Hamburg, Hanseatische Verlagsanstalt/), einem ad hoc gefertigten Auszug aus dem Werk von 1925, verleiht sich Pallarge, bei sachlich richtigen Prämissen, zu dem Schluß, der Pazifismus bedeute die vollendete Domestikation, das heißt die haustiergleiche Entartung des Manns. Die allgemeine Schulbildung und die Maschinenkultur fördere den Atheismus, das Stadtleben den Verfall der Körperkräfte und anderes mehr; eine altkonventionelle Ansicht, die durch das Leben täglich widerlegt wird. Die Arbeit Pallarges mündet dann in der Erkenntnis, daß hier gleichwohl eine naturnotwendige Entwicklung vorliege, die nur mit sehr grausamen und deshalb nicht durchführbaren Maßnahmen aufzuhalten sei. Der naheliegende Gedanke, daß, soweit tatsächlich übermäßige Verstädtterung vorliegt, eben eine Rückführung von Volksteilen auf das flache Land planmäßig in Angriff genommen werden muß, liegt diesem Forscher, der so gut über die Kamelbeduinen informiert ist, offenbar nicht nahe. Man muß seinen Schriften gleichwohl viele, doch äußerst kritische Leser wünschen. Zu referieren bleibt noch über das Buch *Paul Schütz' Zwischen Nil und Kaukasus* /München, Chr. Kaiser/. Es ist anheimelnd das Buch eines Mannes, dem es draußen wie Schuppen von den Augen gefallen ist. Als evangelischer Pfarrer hat Schütz die religionspolitische Situa-

tion im Orient, namentlich in Ägypten, Palästina und Irak studiert. Er fand, daß der Mohammedaner an den Tod nicht glaubt, ihn aber ernstnimmt, während der europäische Christ an ihn glaubt, ihm aber zu entfliehen trachtet. Gleichwohl ist auch der Islam schweren Erschütterungen ausgesetzt. Schütz glaubt 3 Stufen der Lockerung beobachtet zu haben: 1. die noch wenigen überzeugten Orthodoxen, 2. die große Masse der Gewohnheitsgläubigen, 3. die Reformfreudigen, 4. die Aufgeklärten, die den strengen Monotheismus als die Konfession des Menschen von heute propagieren. Sehr beachtlich sind Schütz' Meinungen über die Lage der Außenmissionen. Er verweist auf die schwierige Position des Missionars, der stets zwischen 2 Lagern, der Heimat und dem Arbeitsfeld, schwebt, auf die Tatsachen, daß die Zahl der vom Islam zum Christentum Übertretenden doch verschwindend gering ist, daß die ägyptische Regierung der Mission weit mehr entgegenkommt als die frühere rein englische, vor allem, daß die Mission auf vielen ihrer Felder nichts ist als Kulturpropaganda, Schrittmacherin, ja Dienerin des westeuropäischen Kapitalismus alten Stils. Man freut sich über den Mut zur Selbstkritik. Aber die von Schütz gerügten Tatbestände gehören zu den normalen Erscheinungen der Gegenwart, denen nur mit einer grundsätzlichen Neugestaltung des abendländischen Lebens, wie der Sozialismus sie anstrebt, beizukommen ist. Dem Autor müssen noch die Aufzeichnungen über die aussterbende Religion der Jessiden als besonderes Verdienst angerechnet werden.

Ausgrabungen Die im Jahr 1919 vom Britischen Museum begonnene und später gemeinsam mit der Pennsylvaniauniversität fortgeführte Bloßlegung von Ur in Chaldäa gehört zu den bedeutendsten Ereignissen in der Geschichte der Wissenschaft. Man hat hier von den bisher ermittelten die *älteste Hochkultur* vor sich. Durch diese Funde ist die Sintflut neuerdings als eine geschichtliche Tatsache nahezu erhärtet. Ausgrabungen aus der *jüngern Steinzeit* (6000 bis 2000 vor Christus) wurden kürzlich bei Zlota in Polen vorgenommen. Es wurden Gräber ans Tageslicht gebracht mit Hunderten von Gefäßen, Werkzeugen, Schmuckstücken aus Glas und Bernstein und Skeletten. Deutliche Anzeichen sprechen für Menschenfresserei und Menschenopfer aus religiösen Motiven. Man fand auch Exemplare heute ausgestorbener Haustiergattungen.

Bei den von Julius Jordan geleiteten Ausgrabungsarbeiten der deutschen Expedition nach *Südmesopotamien* wurden neuerdings bedeutungsvolle Ergebnisse erzielt. Es wurde ein Tempel freigelegt, der uns die Kenntnis einer Völkerbewegung aus dem Gebirge in die lumerische Tiefebene vermittelt, ebenfalls ein noch älterer Tempel bei Uruk.

Bei Baggerarbeiten im Piräus, dem Hafen Athens, wurden 50 Bildhauerwerke aus der klassischen Epoche *Griechenlands* zutage gefördert. Die Funde lassen die Hoffnung auf eine weitere Aufhellung der klassischen Periode der altgriechischen Bildnerei zu. Über seine jüngsten Pergamonfunde berichtete Theodor Wiegand in Berlin. Bisher ist ihm die Freilegung eines Asklepiostempels mit einer 126 Meter langen Säulenreihe geglückt, ferner die des Getreidespeichers und der Orchestra der Stadt.

Die Regierung *Italiens* läßt bereits seit einiger Zeit Ostia, den Hafen des alten Roms, ausgraben. Kürzlich wurde dort eine große Anzahl guterhaltener Grabstätten bloßgelegt, deren interessanteste die eines Arztes war. Sie zeigt 2 Steinreliefs, von denen eins das Verbinden einer Beinwunde, das andere einen geburtshilflichen Vorgang darstellt. Die staatlichen Ausgrabungen in Pompeji haben 3 neue, sehr beachtliche Funde zutage gefördert: zunächst eine Marmorstatue der Kaiserin Livia, der Gattin des Augustus, ferner eine Truhe mit zahlreichen Schmuck- und Gebrauchsgegenständen aus Silber und Gold, endlich die Thermen des Stabius. Diese sind die älteste öffentliche Badeanstalt innerhalb des römischen Kulturkreises. Ihre Ausstattung mit Wandbildern ist verschwenderisch. Anlässlich der Ausgrabung dieses Gebäudes wurde festgestellt, daß sich die Stadt zur Zeit ihres Untergangs im Wahlkampf befand, da zahlreiche Wahlauftrufe, mit roter Farbe an die Hauswände geschrieben, gefunden wurden. Bei Oppeln wurde auf einer Oderinsel eine *llawische Siedlung* aus der Zeit von 1000 bis 1200 nach Christus freigelegt. Es handelt sich um eine größere, stark besetzte Reihe von Holzbauten. In Heidenau bei Dresden wurden beachtliche Funde aus der frühesten Geschichte *Deutschlands* gemacht. Es sind Gräber mit Skeletten aus frühchristlicher respektive spätlawischer Zeit, die um 1000 bis 1200 anzusetzen sind. Der indische Archäologe Pandurang Chankloje grub unweit von Tezcuco in *Mexico* die größte der bisher in Amerika gefundenen Götterstatuen aus; sie

stellt vermutlich einen Wassergott dar und gehört ancheinend einer voraztekischen Schicht an. Im Staat Veracruz wurde ein von der Vegetation überwuchertes Ruinenfeld von großer Ausdehnung entdeckt. Man kann bereits jetzt Tempelbauten, Pyramiden, Prozessionsstraßen und anderes unterscheiden. Die Bauten sind ziemlich unverleert.

Kurze Chronik Der Deutsche Sprachverein setzt einen Preis aus für die beste Bearbeitung des Themas Geschichte der Bemühungen um eine philosophische Fachsprache, mit Prüfung der Frage, welche ihrer Ergebnisse noch heute fruchtbar sind. ◊ Neuesten Forschungen zufolge gilt wieder der 1911 zu Piltown /England/ gefundene Morgenrotmensch als älter als der bisher als *ältester Menschentypus* angenommene, 1887 entdeckte Trinilmensch auf Java. Jener wird ins Tertiär, dieser ins Quartär verlegt. ◊ In Paris erschien die *Grammaire de l'Académie Française* in einer Auflage von 50 000 Exemplaren, die sofort vergriffen waren. Die Anregung zu ihr erfolgte durch Richelieu im Jahr 1636. Doch wurde sie offenbar nur unvollkommen ausgeführt. Denn sie mußte wieder zurückgezogen werden, da ihr von Fachgelehrten eine Reihe grammatifcher Fehler nachgewiesen wurde. ◊ Der Studiendirektor *Heinrich Brömle* erhielt einen Lehrauftrag für Neuere Niederdeutsche Sprache und Literatur an der Universität Berlin. ◊ Als Nachfolger Wilhelm Dibelius' wurde *Walter Schirmer* aus Tübingen Ordinarius der Anglistik in Berlin. ◊ Der Leipziger Professor *Herbert Koch* folgt einem Ruf auf den Lehrstuhl der Klassischen Archäologie an der Universität Halle, als Nachfolger Georg Karos. ◊ Der Präsident des Archäologischen Instituts des Deutschen Reichs *Gerhard Rodenwaldt* wurde Ordinarius der Klassischen Archäologie in Königsberg. ◊ Nachfolger des verstorbenen Münchener Ägyptologen Wilhelm Spiegelberg wurde *Alexander Scharff*, bisher Kustos am Berliner Alten Museum, einer der besten Kenner der ältesten ägyptischen Kultur. ◊ Der Berliner Slawist *Max Vasmer*, bekannt durch seine zahlreichen tiefgründigen Studien über das ganze slawische Sprachgebiet, liest jetzt als Gast in Helsingfors und Abo; er ist seit langem Mitglied der Société Finno-Ougrienne. ◊ An der Universität München erhielt *Eva Fiesel* einen Lehrauftrag für Etruskologie. ◊ An der Universität Erlangen *habilitierte* sich Otto Brende für Klassische Archäologie.

KUNST

Musik / Herbert Trantow

Weill: Die Bürgschaft Kurt Weills Oper Die Bürgschaft /Wien, Universal-Verlag, das bedeutendste musikalisch-dramatische Ereignis dieses Jahres, ist ein Glied in der Kette der Ideenoperen, die schon im 18. Jahrhundert Mozarts Zauberflöte enthielt, und deren Anfänge noch viel weiter zurückliegen. Die Idee, die hier ausgedrückt wird, und die der Librettist Caspar Neher (den wir als Bühnenmaler aus einer Reihe vortrefflicher Schöpfungen kennen) ursprünglich in einer Herderschen Parabel Der afrikanische Richtspruch fand, wird von ihm dahin gedeutet: Der Besitz macht die Menschen schlecht. Also der selbe Grundgedanke, den Knut Hamsun in einer Dramen-Trilogie überzeugend darlegt. Richard Wagner hatte in seinem Ring des Nibelungen die Machtgier als die Quelle des Übels erkannt und eigentlich auch gleichzeitig die Wertlosigkeit des Besitzes, nach dem man getrebt hatte, demonstriert. Indem man den Reichtum besitzt, wird man von ihm befallen. Der Mensch selbst wird eine bloße Funktion seines Besitzes. Was Neher in seinem Kehrreim (»Es ändert sich nicht der Mensch, es sind die Verhältnisse, die seine Haltung verändern«) vorträgt, ist die Milieutheorie aus dem Ende des 19. Jahrhunderts. Er glaubt wohl damit den Sinn der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung getroffen zu haben; aber er mißversteht sie; genau so übrigens wie die Vulgärmarxisten es tun, die die ökonomische Geschichtsauffassung nicht als heuristische Prinzip sondern als den ins Soziale gewendeten naturwissenschaftlichen Materialismus ansehen. Geht der Textdichter über den sich daraus ergebenden Pessimismus nicht hinaus, schildert er vielmehr in krasser Form das bloße Sein unserer kapitalistischen Gesellschaft, und zwar in seinem Spätstadium, dem des imperialistischen Ausdehnungsdrangs, so läßt der Musiker doch darüber hinaus in dem Erwachen des Menschlichen eine spätere neue Welt, das wahre Reich der Freiheit, um mit Marx zu sprechen, den Hörer wenigstens ahnen. Auch der, dem die Idee dieser Bürgschaft als ein Schlag ins Wasser erscheint, muß die künstlerische Formgebung anerkennen und in ganz besonderem Maß die des Musikalischen. Das moderne Opernatorium hat seinen Ausgangspunkt in Igor Strawinskis Oedipus rex, von dort aus führt eine grade Linie

über Darius Milhauds Christoph Columbus zu Kurt Weills Bürgschaft. Die Schwäche des Neherfchen Buchs wurde eben angedeutet. Seine Stärke liegt im rein Opernhaften: in den ungemein Stimmungsvollen Stücken, wo Landschaftliches hineinspielt, vor allem in der Szene auf dem Fluß, einem der stärksten Bühneneindrücke, den man erleben kann; in all den Szenen, die vom Gedanklichen weg sich zur Realität der Dinge hinwenden, im sprachlichen Tempo aller Bewegungszenen, in den Lyrismen. Hier ist auch das entscheidend Neue, das Weill bringt. Er entfernt sich immer mehr von seiner Songlyrik, deren bewußte Banalität ihrerzeit so wichtig war. Besonders schöpferisch ist er an den Stellen, an denen ihn das Theater zum Anschaulichen zwingt. Am geschlossenen wirkt deshalb auch der 1. Akt mit dem hinreißend musizierten Vorpiel: vom reinsten Bewegungsantrieb geleitet. Die Intermezzi der 3 grotesken Figuren, die einmal als Gläubiger, ein andermal als Wegelagerer und Erpreßer, dann wieder als Spitzel und Lockspitzel auftreten, sind glänzende Buffonnerien, die der Handlung günstige Unterbrechung geben, ohne doch sie aufzuhalten. Die Rolle des Chors in dieser Oper ist zum Teil im griechischen Sinn begleitend und reflektierend, aber doch eben nur zum Teil; vorwiegend ist sie grade wichtiges Moment zur Klärung der Handlung. Der Wettlauf zwischen den Erpreßern und dem Johann Mattes ist von atemraubender Spannung und von genialem Wurf im Musikalischen. Der 2. und der 3. Akt leiden dann unter der nicht ganz straff gezeichneten dramaturgischen Linie. Das Einzelschickal verblaßt unter der allgemeinen Tendenz, wird aber nicht fallen gelassen, und die zu schwach gezeichnete Nebenhandlung der Tochter, die dem Talmizauber der großen Stadt verfällt, verwirrt die Linie. Der 3. Akt bringt im Symbol die 4 Plagen: Krieg, Teuerung, Hunger, Krankheit, als Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und läßt dann im Finale den Johann Mattes am Verrat des David Orth sterben, des selben Orth, der in der vor-kapitalistischen Zeit solidarisch als Mensch für den Menschen gebürgt hatte. Diese beiden Menschen sind so von den hereinbrechenden Großen Mächten ganz in Besitz genommen, gehen auch an ihnen, der eine physisch, der andere seelisch, zugrunde. Einen Widerstand gegen den Hereinbruch dieses Zeitalters gibt es hier nur bei dem Repräsentanten der alten Zeit, dem Richter, der, indem

er das kapitalistische Getriebe bloßlegt, eine Brücke zu einer neuen nachkapitalistischen Zeit schlägt. Diese freilich sieht man in dem Drama nicht mehr. Sie ist erst ein Werk der Zukunft.

Diese Oper bedeutet einen wichtigen Wendepunkt in dem musikalischen Schaffen Kurt Weills. Sie enthält und vermittelt neben einander Elemente, deren Synthese noch nicht gelungen ist. Man glaubt aber schon das Ziel zu erkennen, dem Weill zustrebt, und darum gibt uns dieses Werk eine starke Hoffnung. Deshalb konnte es auch so hinreißend neuartig verkörpert werden wie in der Aufführung an der Berliner Städtischen Oper unter Fritz Stiedry und Carl Ebert, die Ali Weyl-Nissen hier in ihren Bemerkungen zur Opernregie (1932 I Seite 448) als das Ergebnis der fruchtbaren Kooperation von Kapellmeister und Regisseur charakterisieren konnte.

Vokalmusik Die entscheidenden Vorstöße in das Gebiet einer neuen Klanglichkeit geschahen nach dem Krieg fast ausnahmslos auf dem Gebiet der Instrumentalmusik. Erst in den letzten Jahren haben sich die Komponisten der Vokalmusik zugewandt und versucht die aus dem instrumentalen Schaffen gewonnenen Erkenntnisse auf einen neuen Gesangstil anzuwenden. Das bis jetzt bedeutendste Werk unserer Musikergeneration für eine Einzelstimme schrieb *Paul Hindemith* in seinem Marienleben, und er hat in seinem Oratorium *Das Unaufhörliche* mit außerordentlichem Glück diesen Stil auf das Chorische übertragen (siehe diese Rundschau, 1932 I Seite 283). Zeigt sich Hindemith auch in seinem vokalen Schaffen stets als der vom Formalen und Tektonischen bestimmte Musiker, so schien sich im Gegensatz dazu *Ernst Krenek* in seinem Reisetagebuch aus den österreichischen Alpen /Wien, Universal-edition/ zu einer Lyrik hingefunden zu haben, die man als eine Quintessenz aus Franz Schubert und Gustav Mahler bezeichnen konnte, die aber doch in ihrem jähen Wechsel von Empfindsamkeit, Banalität und Mytik durchaus kennzeichnend für Kreneks Schaffen ist. In seinen Gefängen des späten Jahres verläßt er leider diese Linie, um sich einer grüblerischen egozentrischen Esoterik zuzuwenden. (Ähnliches konnte man bei seinen Variationen für großes Orchester feststellen.) Dagegen erscheint als absoluter Gewinn für die neue Chormusik *Konrad Becks* *Es kummt ein Schiff* geladen für A-cappella-Chor /Mainz, B.

Schotts Söhne/; hier werden die großen Aufführungsschwierigkeiten durch wirklich lebendige Erfindung und Klanglichkeit gerechtfertigt. Wie alles von *Ernst Toch*, ist auch seine Musik für Orchester und eine Baritonstimme Opus 60 /Mainz, B. Schotts Söhne/ klug aufgebaut und formal bis ins letzte gekonnt, obgleich hier ein innerer Widerspruch zwischen den Rilke'schen Versen und ihrer Einkleidung in orchesterlares Vor- und Nachspiel nicht überbrückt wurde. Den Lesern der Sozialistischen Monatshefte ist *Georg Stern* bekannt: durch sein Eintreten für Max Reger, zu einer Zeit, als dieser heftig umtritten war und besonders in Berlin auf völlige Verständnislosigkeit und Ablehnung stieß; auch wurde über einige Kompositionen Sterns vor Jahren hier schon berichtet. Jetzt schrieb er Davids Klage um Abfalom (nach Worten von Annie Karbe) für Bassolo, Chor, Harfen und Orgel, mit den Mitteln der Spätromantik; ein durch die Intensität des Gefühlsmäßigen ergreifendes Stück Musik. Ähnliches versucht *Heinz Schubert* (auf den als eine Hoffnung der jüngsten Generation hier bereits hingewiesen wurde) in seinem Hymnus für Sopran solo, Chor und Orchester; nur wirkt bei ihm alles äußerlich und auf Effekt eingeteilt, durch die unbedenkliche Anwendung längst abgebrauchter Mittel. Es ist unmöglich, daß eine innere Erneuerung unserer Musikproduktion, deren Notwendigkeit bis zu einem gewissen Grad gegeben ist, dadurch erreicht werden kann, daß man sich auf einen musikalischen Standpunkt stellt, der dort wieder anknüpft, wo Brahms, Bruckner und Wagner sich treffen, da die geistigen Voraussetzungen unserer Zeit denen vor 50 Jahren eben entgegengesetzt sind. (Trotz allen reaktionären Erscheinungen, deren wahre Ursachen in den Sozialistischen Monatsheften an anderer Stelle behandelt wurden.) Die Verinnerlichung unserer Musik kann nicht dadurch erreicht werden, daß dem Hörer wieder ein romantisches Narkotikum vorgelegt wird, wie das *Heinz Schubert* (bei einem bürgerlichen Publikum übrigens mit größtem Erfolg) tut, sondern durch ein Fortschreiten auf der Linie, wie sie bereits in den langsamen Sätzen von Hindemith oder, auf anderer Basis, etwa in Alban Bergs Musik beschritten wurde.

Gambenmusik Die Bemühungen um Wiedererweckung der Musik des 16., 17. und 18. Jahrhunderts, soweit sie unbekannt ist oder

nur in ästhetisch-romantischen Bearbeitungen vorliegt, ergeben sich organisch aus dem Bedürfnis unserer Zeit Musik spielen zu können, die in geistiger Haltung unsern musikalischen Interesse entspricht, und führen gleichzeitig dazu diese Musik in ihrem Originalgewand mit alten Aufführungsmethoden zu spielen. Mit der Renaissance der altklassischen Meister geht Hand in Hand eine Renaissance alter Musikinstrumente und der alten Aufführungspraxis. Symptomatisch, daß hier immer mehr das Klavier zugunsten des Cembalos verdrängt wird. Die Viola da gamba, ein celloähnliches Instrument, etwas kleiner und mit weniger Sonorem, dafür charakteristischerem Klang, das durch seine 6saitige Bespannung ein akkordliches Spielen ermöglicht, wird ebenfalls immer mehr wieder aufgenommen. Im Verlag B. Schotts Söhne in Mainz erschienen in ausgezeichneten Neuausgaben von Christian Döbereiner 2 Sonaten des seinerzeit berühmten Gambisten August Kühnel /geboren 1645, Todesjahr unbekannt/, eine Triolone für Violine (oder Flöte), Gambe und Cembalo von Jean Marie Leclair /1697 bis 1764/ und in der Bearbeitung von Rudolf Hindemith das bekannte D-Dur-Konzert Giuseppe Tartinis /1692 bis 1770/ für Gambe und Streichorchester. Man kannte diese Werke bisher nur in Bearbeitungen für Cello. Freunde der Gambenmusik seien daher auf jene Ausgaben hingewiesen.

Laienmusik Vor 7 Monaten wurde in dieser Rundschau (1932 I Seite 284) über das 1. Heft der im Gemeinschaftsverlag von Wilhelm Hansen in Kopenhagen und Georg Kallmeyer in Wolfenbüttel erscheinenden neuartigen Musikzeitschrift *Pro Musica* berichtet, die, anstatt Literatur über Musik, Musik selbst publiziert, mit dem Leitgedanken den Leser an die moderne Musik heranzuführen. Es liegen jetzt das 2., 3. und 4. Heft vor, aus denen allerdings diese Tendenz der Zeitschrift noch nicht ganz klar erkenntlich ist. So steht im 2. Heft neben der ausgezeichneten Totenklage von Karl Marx und dem schönen Choralvorspiel für Orgel erschienen ist der herrlich Tag von Ernst Pepping ein Chor Freudenruf von Willy Burkhard, dessen öde Sequenzen hier nichts zu suchen haben, und eine Musik für Streicher des preisgekrönten Hindemithschülers Walter Leigh, die mehr wie ein abschreckendes Beispiel einer Laienmusik erscheint. Das Do-re-mi, rhythmisch-melodische Übungen von Eduard

Zuckmayer, dem Bruder des Dichters, erscheint für Laienzwecke viel verwendbarer, das Klavierstück von Gerhard Maaß ist eine vergnügliche Studie geläufigen Fingerspiels. Aus dem 3. Heft ist als einzig Positives das Trozlied nach Ulrich von Hutten's Ich hab's gewagt mit Sinnen für Männerchor und Blasinstrumente von Hermann Erpf zu nennen. Eine Ouvertüre für Geigenchor von Sigrifrid Walther Müller ist ödefter Akademismus, 2 Kanons des Schweizer Frank Martin sind für den Kenner sehr amüßant, ebenso ein kleines Trio für Flöte, Violine und Cello von Karl Hermann Pillney; ob sie hier am richtigen Platz sind, erscheint fraglich. Wegen seiner praktischen Verwertbarkeit ist der 1. Satz einer Musik für instrumentales Zusammenpiel von Friedrich Wilhelm Lothar zu nennen. Das 4. Heft bringt einen Männerchor mit Trompeten Pflingten von Walter Rein, den man mit gutem Gewissen als Mutter einer Laienmusik bezeichnen kann; etwas künstlich erscheint daneben ein 3stimmiger A-cappella-Chor Mailuft von Alexander Jemnitz. Die übrigen Beiträge dieses Hefts muß man um so schärfer ablehnen, als solche Scherze, wie sie sich zum Beispiel Herbert Murrill in seinen Klavierstücken gestattet (jede Hand spielt eine andere Tonart), bereits vor 10 Jahren veraltet waren und die an sich so wichtige Sache einer ernsthaften Laienmusik nur in den Ruf des intellektuellen Snobismus zu bringen geeignet sind.

Kurze Chronik Die Stadt München hat den Musikpreis für 1932 dem an der Akademie der Tonkunst als Lehrer wirkenden *Karl Marx* verliehen, der sich als Leiter des Münchener Bachvereins um die Wiederbelebung alter vorbachischer Musik große Verdienste erworben hat. ◊ Auf dem Internationalen Musikfest in Venedig erspielte Fritz Busch dem neuesten Werk des jungen *Gottfried Müller* Variationen über ein deutsches Volkslied einen ausgesprochenen Erfolg. ◊ Am 29. September wurde in der Dresdner Staatsoper die nachgelassene Oper *Eugen d'Alberts* Miltor Wu unter Leo Blech uraufgeführt. ◊ Am 3. Juni jährte sich zum 100. Mal der Geburtstag *Charles Lecocqs*, der auch, nach Jacques Offenbach, eine Renaissance verdiente; war doch die Aufführung von Giroflé-Girofla, die man in Deutschland von Alexander Tairows Ensemble sehen konnte, ebenso die Aufführung der Fille de Madame Angot durch die Musikalische Bühne

des Moskauer Künftlertheaters unter Wladimir Nemirowitsch-Dantschenko, die im Oktober 1925 in Berlin stattfand, geeignet auch heute noch die Lebendigkeit von Lecocqs Partituren zu beweisen. ◊ Der Direktor des Hochschlichen Konservatoriums in Frankfurt *Bernhard Sekles* wurde am 20. Juni 60 Jahre alt. Von seinen zahlreichen Kompositionen sind besonders seine Oper Schahrazade (die vor 12 Jahren in der Berliner Staatsoper in einer besonders schönen Aufführung herausgebracht wurde, nach wenigen Malen aber wieder verschwand und eine Neueinstudierung durchaus verdiente) und die auf dem Bremer Musikfest des Allgemeinen Deutschen Musikvereins uraufgeführte Symphonie Opus 377 zu nennen. ◊ Als Nachfolger Franz Schrekers erhielt *Georg Schünemann* die Leitung der Staatlichen Hochschule für Musik in Berlin.

Literatur Heinrich Strobel ließ nunmehr seine Biographie *Paul Hindemiths* in 2., gänzlich umgearbeiteter und erweiterter Auflage erscheinen /Mainz, B. Schotts Söhne/. Äußerlich schlicht, inhaltlich von größter Konzentration und Prägnanz, gibt dieses Buch jedem, der sich ernsthaft mit dem Problem Hindemith auseinandersetzen will, Fingerzeig und Richtschnur; berücksichtigt es doch auch schon das bis jetzt reifste Werk Hindemiths: sein Oratorium Das Unaufhörliche.

Bewegungskunst / Ernst Kallai

Japanischer Tanz Durch eine Matinee lernte man in Berlin 2 wertvolle Künftler kennen: das japanische Tanzpaar *Rikuhei* und *Tschiko Umemoto*, das religiöse und profane Tänze seiner Heimat im alten Stil vorführte. Mit Musikalität in unserm Sinn (oder auch im Sinn der Javaner etwa) haben diese Tänze wenig gemein. Sie sind kleine pantomimisch belebte Dramen oder Grotosken der Bewegung, wunderbar in der Strenge und Konsequenz ihrer stilisierten Schritte und Gebärden. Man hatte bei den Umemotos den Eindruck lebendige Farbenholzschnitte zu sehen. Keine einzige Bewegung, die dem Stil der schönen Kostüme zuwider gewesen wäre. Der Spielraum der möglichen Bewegungen wird durch diese komplizierte, aufgebrauchte Kleiderpracht sehr eingeschränkt. Ihr Sinn bleibt uns oft unerforschlich, weil er zu stark mit dem Text des Begleitgelangs verknüpft ist. Die Wirkung der Tänze muß in solchen Fällen

auf Sprachkundige bedeutend stärker sein. Rikuhei Umemoto beherrscht sowohl den feierlichen Ritual- und Kriegertanz wie auch das humorvolle volkstümliche Genre. Und Tschiko Umemoto war von entzückender Anmut in der pantomimischen Andeutung des Laufchens auf Vogelstimmen und des Spiels mit den leichtbeffügelten gefiederten Sängern.

Filmdurchschnitt

Es ist interessant den Film *Manch ohne Namen* des Regisseurs Gustav Ucicky

mit dem russischen Film *Der Mann, der sein Gedächtnis verlor* zu vergleichen. Beide Filme haben den selben Ausgangspunkt. Ein Mann, der durch eine Kriegsverletzung sein Gedächtnis verloren hat, wird durch eine Ideenverknüpfung plötzlich wieder auf die Bewußtseins Spuren seiner frühern Existenz gesetzt. Er versucht diese Existenz wieder an dem Punkt aufzunehmen, bei dem er sie vor Jahren verlassen mußte, um Militärdienst zu leisten, findet aber völlig veränderte Verhältnisse vor. Während der Konflikt des deutschen Heimkehrers Heinrich Martin im Ufafilm, der von seinen Angehörigen und Geschäftsfreunden nicht erkannt wird, seltsames Privatgeschick bleibt, zeichnen sich an der Schicksalswende des russischen Heimkehrers die Gegensätze zweier Gesellschaftswelten ab. Der Deutsche verliert seine Familie und sein Vermögen, um eine neue Familie und ein neues Vermögen zu gründen. Der Russe verliert seinen frühern Brotherrn und sein unterwürdiges Proletentum, um als Mitglied der befreiten Arbeiterklasse an der Kollektivherrschaft über die Maschine teilzuhaben. Auch diese Lösung des Heimkehrerkonflikts war freilich ein happy end, nicht ohne Beigeschmack des Kontruierten. Ein Wunschbild, das im Kontrast zur bolschewistischen Wirklichkeit steht. Immerhin verstand das russische Filmwerk dem persönlichen Fall seines Helden mit dem verlorenen Gedächtnis allgemeine Bedeutung zu geben. Der Ufafilm hingegen vermag nicht einmal den engen persönlichen Schicksalskreis seines Helden glaubhaft zu gestalten. Es bleibt unglaublich, daß es diesem Automobilfabrikanten, der in voller Geistesfrische heimkehrt, in der Tat unmöglich sei sich vor seinen Angehörigen auszuweisen. Alles, was in der Folge dieser falschen Voraussetzung mit ihm noch geschieht, erscheint demnach ebenfalls als bloßer Theatermechanismus, der mit dem wirklichen Leben nichts zu tun hat. Dabei weiß die große Schauspielkunst Werner

Krauß' dem Heimkehrer ergreifend echte und sympathische Züge zu geben. Auch sonst wird in dem Film gut gespielt, wennschon mitunter allzu aufdringlich, also unecht auf Originaltypen hin. Aber der ganze schauspielerische Aufwand ist nutzlos vertan. Das Motiv eines tragischen Geschicks, zu Beginn des Films mit aller Macht angeschlagen (man denke an die erschütternde Vision des kleinen verlorenen Menschen in den ungeheuren Regalchluhten der Vermissen- und Totenkartothek), von einer Musik à la Wozzek des Alban Berg wirkfam untermalt, zerrinnt in nichts. Sogar die Spannung geht verloren.

Dann schon lieber ein Film, der weiter nichts als eben nur Spannung will, ein Unterhaltungsfilm ohne falsche Seelenproblematik, aber mit allen Nervenkünsten moderner Sensationen wohlvertraut. In dem Kriminalfilm *Schub im Morgengrauen* hat uns die Ufa ein solches Spannungskunststück belchert. Der Regisseur Alfred Zeisler hat in diesem Film mit äußerstem Raffinement alle Register des Unheimlichen und Rätselvollen, der Aufregungen und Überalchungen gezogen. Er hat es auch nicht veräuht dem düstern Verbrecherbild die beim Publikum so beliebte Dosis Humor plus Liebe beizufügen. Technisch ist der Film wahrhaft glänzend, schauspielerisch ausgezeichnet, bis auf eine neue Tonfilmpuppe, die gut gewachsen und hübsch dem erfolgreichen Kriminalinspektor am Ende selig in die Arme sinkt. Für Kriminalfilme ist die Konjunktur allemal günstig. Wann bekommen wir ein Meisterwerk von den Qualitäten der Kriminalgeschichten Gilbert Keith Chestertons zu sehen?

Reinhold Schünzel ist nicht nur ein guter Schauspieler sondern auch ein begabter Regisseur. Das hat er neuerdings wieder einmal durch seinen Film *Das Ichöne Abenteuer* zu Beweis gestellt. Der Film ist dem Theaterstück gleichen Namens von G. A. de Caillavet, Robert de Flers und Etienne Rey abgesehen. Seine witzige Situationskomik hat manches auch dem genialen Vorbild René Clairs zu verdanken, ohne Geist und Beweglichkeit des Franzosen zu erreichen. Was geleistet wird, genügt noch immer zu einem ausgezeichneten Lustspiel, zumal Künstler wie Ida Wüft, Otto Wallburg, vor allem aber Adele Sandrock mitspielen. Sie ist die strengste und gütigste, ehrwürdigste und humorvoll weiteste Großmutter, die man sich denken kann. Ein wundervoller Mensch und eine große Schauspielerin.

**Französische
Filmkunst** In einer kleinen französischen Provinzstadt wird jedes Jahr das tugendreichste junge Mädchen zur Rosenkönigin gekrönt. Auch diesmal soll der alte Brauch befolgt werden; doch es findet sich leider kein einziges junges Mädchen in der Stadt, das solcher Auszeichnung würdig wäre. Da verfällt man auf den rettenden Gedanken den etwas einfältigen und vertrottelten, aber garantiert unberührten Sohn einer Gemüsefrau zum Tugendkönig zu krönen, was im Rahmen einer großen Feier, paradiert von Turnverein, Feuerwehr und weißen Blumenmädchen, denn auch wirklich geschieht. Als besonders Ehrenpreis erhält das bekränzte fromme Tugendlamm außer einer amtlichen Urkunde noch 300 Francs, eine Stiftung der Madame Hussion. Nach der Feier wird an großer gemeinsamer Tafel fröhlich gegessen und getrunken, bis tief in die Nacht hinein. Der Tugendkönig, umworben von lüfternen Blicken seiner Tischnachbarinnen, trinkt sich einen netten Raufch an, schwankt benebelt davon und besteigt wie von ungefähr einen Autobus, der ihn in eine nahe Großstadt bringt. Der gute Jüngling wird von den Klängen eines Tanztrubels angezogen, betritt in aller Unschuld das Lokal und befindet sich unverfehens in einem Freudenhaus, wo er neben seiner Unschuld auch seine Taschenuhr und die 300 Tugendfrancs der Madame Hussion los wird, während daheim vor Aufregung und Sorge über das Verichwinden des frischgekrönten Tugendkönigs die ganze Kleinstadt den Kopf verliert. Gott sei Dank, am andern Morgen erscheint es wieder, das verlorene Lamm. Aber wie? Aus dem leicht dämlichen Frömmling ist ein kecker, aufgeklärter, unternehmungslustiger Burleske geworden, der sogar seine geltrenge Gönnerin mit Küffen attackiert. Das ist die Filmgeschichte des *Tugendkönigs*, nach Maupassants Novelle *Le rosier de madame Hussion*. Ein Stoff, den der Regisseur Bernard Deschamps zur köstlichen Satire kleinstädtischen Spießbürgertums, seiner schiefen Würde, Prüderie, Heuchelei und Klatschsucht, mit einer Fülle von plastisch pointierten, lebenswürdig bespöttelten Typen, Begebenheiten und Dialogen gestaltet. Mit jener geistvollen französischen Beweglichkeit der Bild- und Tonführung, die sich auch in heikelsten Dingen jede Anzüglichkeit, sogar jede Eindeutigkeit erlauben darf, weil sie vom Stofflichen trotzdem immer noch überlegenen Abstand wahrt, weil sie die Wirklichkeit

haarfcharf treffen kann, ohne an ihr kleben zu bleiben. Die Freude am Witz, an der eignen Beweglichkeit schlägt mitunter über die Stränge, der Stil Deschamps' gleitet zuweilen in die reine Bewegungsgroteske über oder schwankt zwischen Realistik und Singpiel. Aber was haben diese kleinen Unebenheiten der Form neben dem sprudellebendigen Reichtum des Ganzen zu sagen und neben der genialen Kunst des Regisseurs Menschen und Milieu zum Greifen deutlich zu schildern, ausgezeichnete Schauspieler im vollendeten Zusammenspiel tausend kleinster und prägnantester Momente auf den Plan zu rufen? Die heitere Satire gipfelt in der feierlichen Bekrönung des Tugendkönigs, in schmetternden Trompetensignalen, in Glockengeläut, Fahnenpracht und überschwenglichen patriotischen Moralreden. Sogar die Stimme eines Ministers ertönt zum Schluß, freilich nur aus einem Grammophontrichter, den eine blau-weiß-rote Schleife schmückt, und auch die Marleillaife muß herhalten: eine unbeschreibliche Farce. Man stelle sich einmal vor, ein deutscher Filmregisseur sollte es wagen zu zeigen, wie das Deutschland durch Vereinspatriotismen, zumal durch bierfelige, lächerlich gemacht wird. In Deutschland, in der freiesten Republik der Welt, Freiheit: wie sehr sie in Frankreich zu Hause ist, das kann man wieder einmal an dieser herrlichen Film satire des Regisseurs Deschamps sehen und hören. Beneidenswertes Land, beneidenswertes Volk.

Ja, aber diese heiteren geistvollen Franzosen haben nicht genug Ehrfurcht vor der Wirklichkeit, sie springen mit dem Leben allzu leicht um. Wo bleibt die Bindung, der Mute ernstes Führen? Es gibt deutsche Filmkritiker, die solches mit deutlicher Mißgunst fragen. Sie rügen den Mangel an Realgeninnung, den sie bei dem französischen Film festzustellen vermeinen. Ihnen ist die denkbar prompteste Antwort zuteil geworden: durch einen französischen Kriegsfilm, der bei völligem Verzicht auf Spielhandlung "nur" das Kämpfen und Sterben zeigt, so wie es war, in unerbittlicher Ausschließlichkeit, wie es Freund und Feind gleicherweise in höllische Abgründe riß. Titel können nicht nur Inhalt, sie können auch eine Tendenz anzeigen. Nun, dieser französische Kriegsfilm setzt das schlichte und erschütternde Mal der Millionen Kriegsofoper zum Titel. Er verneigt sich nicht vor der Tüchtigkeit des militärisch organisierten Völkermordens hüben und drüben Ion-

dern vor den Opfern. Er heißt, nach Roland Dorgelès' Kriegsbuch, dem er entnommen ist, *Les croix de bois*. Sein Regisseur Raymond Bernard, der Sohn Tristan Bernards, wurde für diese Arbeit zum Ritter der Ehrenlegion gemacht. (Bedarf es noch eines Beweises, daß die Französische Republik von einer Glorifizierung des Kriegs nichts wissen will, nur den Frieden wünscht, nichts als den Frieden?) Es ist unmöglich diesen Film, dessen deutsche Uraufführung unter dem Titel Hölzerne Kreuze in Berlin im Mar-morhaus stattfand, zureichend zu beschreiben, es sei denn für Virtuosen der Kriegsberichterstattung. Nur so viel sei festgestellt: Es ist der bisher einzige Kriegsfilm ohne Phrasen, ohne den geringsten Schatten von irgendeiner Stimmungsmacherei für und wider. Eine dokumentarische Wiederherstellung der Frontwirklichkeit auf einer Höhe der Filmtechnik, an die keine Kritik heranreicht. Selbst ein nationalsozialistisches Blatt wie der Angriff konnte nicht umhin von diesem Filmwerk in Worten uneingeschränkter Ehrerbietung zu reden, obwohl seinem Kritiker die Frage durchaus offen erschien, ob der Film nicht etwa von pazifistischer Tendenz sei. Es gibt nur noch ein modernes Kunstwerk, das dem Krieg ein Denkmal zu setzen verstand wie dieser französische Film: Otto Dix' Schützengrabensbild.

Variété Die letzten Programme des Berliner Wintergartens erfreuten mit einigen Spitzenleistungen echter Bewegungskunst. Hunter und Bobette spielen ein exzentrisches Durcheinander, eine beschwippte Szene von anregender Heiterkeit. Das kombinierte Keulenwerfen der Tane-truppe ist ein Wunder, ein verwirrendes Blendwerk an Tempo, Rhythmus und Eleganz. Levanda treibt bravoureuses Fußjonglieren, die 4 Richys verblüffen durch phantastische Kautschuktechnik, kombiniert mit schwierigster Akrobatik und umspielt von humoristischen Extravaganzen. Wunderbar ist Teddy Carltons Treppentanzakt. Sealtiel aber ist ein Zauberkünstler, der Kartentricks mit amüsant gespielten unheimlich fixen "Taschendiebereien" vereint: eine, wie man sagen muß, wirklich tolle Nummer. Im Mittelpunkt des Septemberprogramms wirbelt das Dayelmaballett. Die 5 Olympias sind kaum zu überbietende Ikarier und Parterrespringerinnen. Die 4 Refuas laufen Rollschuh auf der Tischplatte, beängstigend und begeisternd. Humoristisch trickvolle Keulenwerfer

sind die 3 Swifts. Elegantes und halsbrecherisches Turnen am Schwingtrapez zeigen die 2 Hartwells. Eine Akrobatik und Exzentrik, bei der zuletzt die ganze Bühne in Trümmer geht, führen die Cheeraways vor. Es ist die primitivste, aber reinste Freude zu sehen, mit welchem Krach und mit welchem raffiniert gekonnten Ungeschick diese 5 Artisten alles kurz und klein schlagen.

Kurze Chronik Die deutsche Kontingent-verordnung für die *Film-wirtschaft* hat die Bedingungen wesentlich verschärft, denen ein Film genügen muß, um als deutsches Erzeugnis zu gelten. Die Verfasser des Manuskripts und der Musik, Produktionsleiter und Regisseure müssen Deutsche sein, desgleichen 75% aller sonstigen Mitwirkenden. Ein Film, der diesen Forderungen nicht entspricht, gilt als ausländisches Erzeugnis, auch wenn er in Deutschland von einer deutschen Produktionsfirma hergestellt wird. Aus besonderen kulturellen oder künstlerischen Erwägungen kann der Reichsminister des Innern im Einzelfall eine Befreiung von diesen Bestimmungen erteilen. Es kommt also alles auf die Handhabung des Gesetzes an. Es liegt im Interesse der deutschen Filmqualität und des Absatzes deutscher Filme im Ausland, daß unnötige Härten vermieden werden, und daß man diese "Filmautarkie" nicht zu engherzig betreibt. ◊ In den *amerikanischen Spielfilmen* mehren sich die Zeichen einer verkappten Reklame: für Zigaretten, Parfums, Reisebureaus, Seifen und Haferflocken. Und noch etwas über das amerikanische Kinoniveau: Der Film *Mädchen in Uniform* (siehe über ihn die Rundschau Vortragskunst und diese Rundschau, 1932 I Seite 287 und 477) ist in den Vereinigten Staaten verboten worden: wegen enttlichender Wirkung. (In Paris wurde der Film mit großem Erfolg gegeben.) ◊ Eine preußische Verordnung hat die Vorführung schwerentflammbarer *Schmalfilme* sicherheitspolizeilich freigegeben. Bei der Vorführung solcher Filme sind lediglich die auch bei Lichtbildervorträgen und gefelligen Veranstaltungen üblichen Gesichtspunkte der Sicherheit zu beachten. Die Verordnung beseitigt das Haupthindernis, das der weiteren Verbreitung des Schmalfilms bisher im Weg stand. Die billige Schmalfilmprojektion dürfte sehr bald in Schulen, Bildungs- und Wohlfahrtskreisen und auch sonst überall eine bedeutende Rolle spielen, wo der Film besondere, nicht theatermäßige Aufgaben zu erfüllen hat.

KULTUR

Verkehr / Otto Schmidt

Einheitliche Verkehrspolitik Erfolgreiche Verkehrspolitik setzt eine Instanz voraus, die den Willen und die Macht besitzt das Verkehrswesen eines Landes einheitlich und planmäßig aufzubauen, zu leiten und zu überwachen. Die Stellung des deutschen Verkehrsministers ist in dieser Hinsicht niemals sehr stark gewesen. Der Reichsbahn gegenüber ist er nur Aufsichtsminister, der Nachrichtenverkehr ist dem Postminister unterstellt, die Verwaltung der Wasserstraßen und Landstraßen ist Sache der Länder, und nur auf den Luftverkehr und das Automobilwesen hat der Minister entscheidenden Einfluß, oder ist ihm solcher im Lauf der Zeit eingeräumt worden. So ist der Aufbau des deutschen Verkehrswesens durchaus uneinheitlich, die Rechte und Pflichten der einzelnen Verkehrszweige sind sehr verschiedenartig verteilt (zum Beispiel Eisenbahn und Automobil), und die zahlreichen Reibungen und Konflikte, an denen unser Verkehrswesen in den letzten Jahren leidet, und die eine vernünftige und zweckmäßige Einordnung aller Verkehrsmittel in den Produktionsprozeß bisher verhinderten, sind zu einem großen Teil auf die schwache Stellung des Verkehrsministers und den Mangel an verkehrspolitischer Leitung zurückzuführen. Kritik ist an diesem für die Gesamtwirtschaft unerfreulichen Zustand in den letzten Jahren mehrfach geübt worden, ohne daß jedoch eine grundsätzliche Änderung versucht wurde. Jetzt hat im Auftrag des Deutschen Industrie- und Handels-tags, dessen im Frühjahr 1930 veröffentlichte Denkschrift Eisenbahn-Kraftwagen bereits ähnliche Probleme berührte, Otto Molt in einer umfangreichen Schrift (Post und Eisenbahn / Berlin, Carl Heymann/) untersucht, ob und inwieweit die gegenwärtige Zusammenarbeit von Eisenbahn und Post, die beide in der deutschen Verkehrspolitik eine überragende Stellung einnehmen, allen berechtigten Ansprüchen genügt, und wie sie gegebenenfalls zu verbessern wäre. Molt verlangt von der Verkehrspolitik, daß sie die gegenseitige Ergänzung der verschiedenen Verkehrsmittel lückenlos gestaltet, ihren Wettbewerb in volkswirtschaftlich richtige Bahnen lenkt und ein organisatorisches Hand-in-Hand-Arbeiten ohne unnötige Reibungsverluste sichert. Die Durchführung einer solchen Verkehrspolitik ist bisher an der fehlerhaften Konstruktion des deutschen Verkehrswesens im ganzen

und der Beziehung Eisenbahn-Post im einzelnen gelichtet. Heute fehlt eine den beiden Verkehrsunternehmungen gemeinschaftliche Spitze; sie ist zwar im Reichskabinett vorhanden, zu diesem stehen die beiden Verkehrsanstalten jedoch in völlig verschiedenem Verhältnis. Molt fordert demgegenüber: 1. Schaffung einer für die deutsche Verkehrspolitik in ihrer Gesamtheit verantwortlichen Stelle, die kraft Staatsrechts stark genug ist, um die Grundaufgaben jeder deutschen Verkehrspolitik zu erfüllen; 2. gleichmäßige Stellung von Reichsbahn und Reichspost gegenüber dieser Stelle bei betrieblicher Selbständigkeit beider Verkehrsmittel; 3. unbedingte Gewährleistung sachlich notwendiger Zusammenarbeit unter Ausschaltung von Ressorts- oder eigenbetrieblichen Rücksichten; 4. Sicherung eines ausreichenden Einflusses von Sachverständigen der Verkehrstreibenden. Zur Erreichung dieses Ziels wird die Schaffung eines für beide Verkehrsanstalten einheitlichen Aufsichtsministers unter Trennung von Aufsicht und Leitung auch bei der Reichspost vorgeschlagen. Zwischen dem Aufsichtsminister und den beiden Unternehmungen soll ferner eine zentrale Geschäftsleitung eingerichtet, und weiter eine Reihe von Verbesserungen und Vereinfachungen im gegenseitigen Verhältnis von Reichspost und Reichsbahn (Zusammenfassung des Postpaketverkehrs und Eisenbahnexpressgutverkehrs, Rationalisierung des Briefverkehrs, Gemeinschaftsarbeit im Automobilverkehr und anderes) durchgeführt werden. Es ist kaum verwunderlich, daß die Reichspost diese Vorschläge, deren Zweckmäßigkeit noch im einzelnen zu untersuchen wäre, grundsätzlich ablehnt. So hat der Staatssekretär des Reichspostministeriums Karl Sautter im Archiv für Post und Telegraphie zwar eine einheitliche Leitung des Verkehrswesens durchaus als wünschenswert bezeichnet, die Molt'schen Vorschläge aber sonst als praktisch undurchführbar beiseite geschoben. Nach seiner Meinung ist die (von Molt im übrigen gar nicht geforderte) Vereinigung des gesamten Verkehrswesens in einer Verwaltung nicht zweckmäßig; Reichsbahn und Reichspost müßten vielmehr mit der für ihre Entwicklung und Auswirkung nötigen Selbständigkeit erhalten bleiben. Interessant ist, daß Sautter auch die Personalunion in der Person eines gemeinsamen Ministers, wie sie im gegenwärtigen Reichskabinett besteht, für keine Dauerreglung hält, weil sie meist aus politischen Bedürfnissen entstehe. Gegenüber dem Molt'schen Vorschlag ei-

ner grundlegenden Neuorganisation der Beziehungen Reichsbahn-Post, die den hemmenden Dualismus beider Verkehrsmittel beseitigen soll, und die natürlich eine Änderung der Stellung des Verkehrsministers erfordern würde, will die Reichspost also möglichst die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustands.

Wenn schon die beiden Verkehrsanstalten des Reichs derart auf ihre verbrieften Rechte pochen und sich jeder engern Gemeinschaftsarbeit widersetzen, so kann man ermessen, auf welche Schwierigkeiten eine einheitliche Neuorganisation des gesamten deutschen Verkehrswesens stößt. Sie wird trotzdem in Angriff genommen werden müssen, wenn in Deutschland jemals planmäßige Verkehrswirtschaft betrieben werden soll.

Automobilstraßen

Auf dem 2. Internationalen Automobilstraßenkongress, der im April in Mailand stattfand, hat Albert Thomas kurz vor seinem Tod noch einen großzügigen Plan für den Bau von Automobilstraßen in Europa als Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit entwickelt. Danach sollen in 5 Jahren 14 000 Kilometer Automobilstraßen gebaut werden. Die Kosten werden auf 4,2 Milliarden Goldfrancs veranschlagt und sollen zum Teil durch Verkehrs- und Benzinsteuern gedeckt werden. Die einzelnen Länder sollen nach dem Thomaschen Projekt das Gelände für die Automobilstraßen kostenlos zur Verfügung stellen. Auch der französische Volkswirtschaftler Francis Delaunay hat in seinem Plan für den europäischen Wiederaufbau, der für die wirkungsvolle Bekämpfung der europäischen Arbeitslosigkeit die Ausführung öffentlicher Arbeiten in größerem Ausmaß empfiehlt, unter andern den Neubau von rund 400 000 Kilometer Straßen vorgeschlagen. Diese neuen Straßen, von denen etwa 40 000 Kilometer als Automobilstraßen gedacht sind, sollen vor allem das Gebiet zwischen dem Schwarzen Meer und Deutschland, den Randstaaten und Griechenland wirtschaftlich und verkehrstechnisch erschließen und den Güteraustausch zwischen den Agrarstaaten des Südens und Ostens und den Industrieländern Westeuropas erleichtern. So stellen auch diese Verkehrsprojekte neue Glieder in der Kette der französischen, auf den Zusammenfluß Kontinentaleuropas gerichteten Politik dar.

Am 6. August wurde die Automobilstraße Köln-Bonn eröffnet: ein für das deutsche wie für das europäische Straßennetz gleichermaßen bedeutungsvoller Verkehrs-

weg. Die Rheinprovinz hat infolge ihrer wirtschaftlichen Struktur und ihrer verkehrspolitischen Bedeutung als Durchgangszone für den Ost-West-, wie für den Nord-Süd-Verkehr schon immer den stärksten und schwersten Landstraßenverkehr in Deutschland befallen. Die verkehrsreichste Landstraße Deutschlands ist die Strecke Köln-Mainz, auf deren nördlichem Abschnitt während der Hauptverkehrszeiten bis zu 1000 Fahrzeugen in der Stunde gezählt wurden. Der Ausbauzustand der Durchgangsstraßen entsprach dieser hohen Verkehrsbelastung jedoch in keiner Weise. Die rheinische Provinzialverwaltung entschloß sich daher zunächst den alten Provinzialstraßenzug Köln-Bonn durch eine neue Automobilstraße zu ersetzen, zumal genaue Kostenermittlungen ergeben hatten, daß der Umbau der alten Straße nicht viel billiger war als der Neubau einer 4spurigen Autostraße. Die Verlängerung der Automobilstraße in das Industriegebiet (nach Essen und Duisburg) ist geplant, jedoch aus finanziellen Gründen zunächst zurückgestellt worden; durch die Fortsetzung nach Norden und Süden würde diese Straße erst ihre ausschlaggebende verkehrspolitische Bedeutung im Rahmen des europäischen Verkehrsnetzes erhalten. Die neue, 20,6 Kilometer lange und 12 Meter breite Automobilstraße Köln-Bonn, deren Bau 8,6 Millionen Mark oder rund 417 000 Mark pro Kilometer erforderte, ist in ihrer gesamten Länge völlig frei von Kreuzungen in Straßenhöhe (der alte Straßenzug Köln-Bonn kreuzte nicht weniger als 40 Straßen und 4 Eisenbahnlinien). Alle kreuzenden Straßen sind unter- oder überführt, die Ortschaften umgangen, die Zu- und Abfahrtsrampen auf ein Mindestmaß beschränkt, und die ganze Anlage so gestaltet, daß die Automobile gefahrlos Geschwindigkeiten von 100 bis 120 Kilometer in der Stunde fahren können. Für Fußgänger, Radfahrer, Krafträder und Pferdefuhrwerke ist die Straße gesperrt, und an ihr auch jeder Anbau verboten. Gebühren für die Benutzung der Straße werden nicht erhoben. Mit dieser neuen Schnellverkehrsstraße hat Deutschland seine erste reine Automobilstraße erhalten, denn die 1921 vollendete Avusbahn bei Berlin und der 1927 fertiggestellte Nürburgring sind in der Hauptfläche als Renn- und Prüfungsstraßen gebaut worden und besitzen als Verkehrsstraßen nur geringe oder gar keine Bedeutung. Die völlige Gebührenfreiheit unterscheidet die Straße Köln-Bonn nicht nur von diesen beiden, sondern auch von den viel bewunderten,

aber äußerst unwirtschaftlichen oberitalienischen Automobilstraßen, für deren Anlage, wie ihre Benutzung zeigt, weniger verkehrstechnische als strategische Gesichtspunkte maßgebend waren.

Anfang September wurde die 1. Teilstrecke der Nordrampe der Großglocknerhochalpenstraße eröffnet, die in Fusch beginnt und zunächst bis zur Höhe von 2000 Meter fortgeführt ist. Die Südrampe von Heiligenblut bis zum Glocknerhaus (2100 Meter) wird Anfang Oktober fertiggestellt sein. Die Linienführung des über die Paßhöhe führenden Mittelteils der neuen Alpenstraße, die eine verkürzte Durchgangsverbindung von Deutschland und Österreich nach Italien schafft, liegt noch nicht fest.

Die italienische Regierung plant den Bau einer neuen Automobilstraße von Genua über Turin nach Mailand.

Eine 206 Kilometer lange Automobilstraße ist von Lyon zum Genfer See projektiert. Sie soll die von Bordeaux und Barcelona respektive Marseille nach Lyon führenden Straßen mit der Linie Nizza-Grenoble-Genf verbinden und in Lyon und Genf an die geplante Autostraße Paris-Dijon anschließen. Die längs der Alpen vom Golf von Juan bis Grenoble verlaufende neue französische Autostraße, die im Sommer fertiggestellt wurde, erhielt den Namen Route Napoléon.

Der Schweizerische Automobilstraßenverein projektiert eine 8,5 Meter breite Straße von Basel nach Ofen.

Eisenbahnen Die Eisenbahnen *Deutschlands*, wie die fast aller Länder, befinden sich heute in einer schwierigen Lage. Hatte schon das Jahr 1930 der Deutschen Reichsbahn sehr ernsthafte wirtschaftliche und finanzielle Rückschläge gebracht, so hat die Wirtschaftskrise des Jahres 1931 die Lage des größten deutschen Verkehrsunternehmens weiter verschärft und eine Schrumpfung seines Verkehrsvolumens auf einen bedenklichen Tiefstand zur Folge gehabt. Entsprechend dem Rückgang der Produktion waren die von der Reichsbahn 1931 beförderten Gütermengen um 19% geringer als 1930; die Frachteinahmen blieben um 19% hinter denen des Vorjahrs und um 34% hinter denen von 1929 zurück. Die zu Ausnahmetarifen beförderten Gütermengen haben weiter zugenommen; 67,5% des Gesamtgüterverkehrs wurden zu Ausnahmetarifen befördert. Die im Lauf des vorigen Jahres eingeführten Tarifänderungen bedingten einen Einnahmeausfall von mehr als 400 Millionen Mark, der

sich allerdings voll erst 1932 auswirken wird. Auch der Personenverkehr ging um 16% zurück. Die verbleibende Wirtschaftslage zeigt sich in verstärkter Abwanderung von der Postler- in die Holzklasse und im Rückgang des Berufs- und Vergnügungsreiseverkehrs. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr sanken gegen das Vorjahr um 15%. Trotz allen Sparmaßnahmen ist es der Reichsbahn daher nicht gelungen im Jahr 1931 die Ausgaben den geminderten Einnahmen anzugleichen. Der Betriebsüberschuß von 226 Millionen Mark reichte nicht zur Deckung der Reparationszahlungen (635 Millionen Mark), Abschreibungen, Aufwendungen für den Dienst der Schuldverschreibungen und zur Zahlung der Vorzugsdividende aus. Es mußten daher außerdem 442 Millionen Mark aus der gesetzlichen Ausgleichsrücklage und 75,7 Millionen aus der Dividendenrücklage entnommen werden. Damit sind jedoch nunmehr die in den Vorjahren gesammelten gesetzlichen Rücklagen nahezu völlig verbraucht worden, und für 1932 stehen nennenswerte Rücklagen nicht mehr zur Verfügung. Die Finanzlage der Reichsbahn ist daher äußerst kritisch, zumal die Verkehrseinnahmen weiter sinken. Nach den Ergebnissen der ersten Monate dieses Jahres rechnet die Reichsbahn für 1932 mit einer Einnahme von 3 Milliarden Mark, gegen 3,84 Milliarden im Vorjahr.

Auch die 7 großen *französischen* Eisenbahngesellschaften haben das Jahr 1931 mit Fehlbeträgen abgeschlossen. Die vorhandenen Überschüsse reichten nicht zur Deckung des Schuldendienstes und sonstiger finanzieller Verpflichtungen aus, so daß sich ein Gesamtdefizit von 2,5 Milliarden Francs ergab. Der Oberste Rat der französischen Eisenbahnen hat die Elektrifizierung von rund 2900 Kilometer Eisenbahnlinien, darunter auch der Strecken Straßburg-Basel und Belfort-Mülhausen vorgeschlagen. Die damit eingeleitete Elektrifizierung der elsaß-lothringischen Eisenbahnen, der sich bisher die militärischen Kreise widersetzen, würde im Interesse nicht nur des Elsaß sondern auch der Verbesserung des europäischen Eisenbahnverkehrs liegen. Die Schweizerischen Bahnen sind bereits fast völlig elektrifiziert, und die Elektrifizierung der Strecke Mannheim-Basel wird hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit in Angriff genommen werden. Durch die Umtellung der elsaß-lothringischen Bahnen würde ein wichtiges Verkehrsgebiet Mitteleuropas dann der elektrischen Zugbeförderung erschlossen sein.

Auf den *englischen* Eisenbahnen ging der Personenverkehr im letzten Jahr um 5%, der Güterverkehr um 11,8% zurück. Dem Betriebsüberschuß von 37,5 Millionen Pfund Sterling stehen Aufwendungen für den Kapitaleinsatz in Höhe von 38,5 Millionen Pfund gegenüber. Das Defizit, das so entstand, mußte aus Rücklagen gedeckt werden. Das Anlagekapital hat sich nur mit 3,23% vermindert; auf die Aktien wurde ein Gewinnanteil von 1,21% gegen 2,41% im Vorjahr ausgeschüttet. Im Jahr 1931 haben sich die Bahnen mit rund 9 Millionen Pfund Sterling an Kraftfahrunternehmen beteiligt. Die *dänische* Staatsbahn, die für ihr letztes Geschäftsjahr wieder einen Verlust von 35,2 Millionen Kronen auswies, will ihren durch Übernahme privater Automobillinien rentabel machen.

Weg zur Arbeitsstätte

Die Wohnungsschwierigkeiten der Kriegs- und Nachkriegszeit, sowie die Ausdehnung der Großstädte durch Erschließung neuer Siedlungen in den Randgebieten haben dazu geführt, daß die Wege, die der Werktätige von seiner Wohnung zur Arbeitsstätte zurücklegen muß, ständig gewachsen sind. In einer umfassenden Erhebung des Gewerkschaftsbunds der Angestellten über die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten /Berlin, Sieben-Stäbe-Verlag/ findet sich auch eine aufschlußreiche Untersuchung über den Weg, den der Angestellte zu seiner Arbeitsstätte und wieder zurück im Durchschnitt zurücklegen muß. Nach den Ermittlungen des Bundes haben von je 100 Angestellten einen Gesamtweg zur Arbeitsstätte und zurück zurückzulegen: 22,22 bis zu $\frac{1}{2}$ Stunde, 41,58 von mehr als $\frac{1}{2}$ bis zu 1 Stunde, 17,62 von mehr als 1 bis $1\frac{1}{2}$ Stunde, 14,55 von mehr als $1\frac{1}{2}$ bis 2 Stunden, 3,53 von mehr als 2 bis 3 Stunden und 0,50 von mehr als 3 Stunden. Am stärksten besetzt ist hiernach mit 41,58% die Stufe $\frac{1}{2}$ bis 1 Stunde. Fast jeder 2. Angestellte ist also gezwungen einen Hin- und Rückweg von 1 oder $\frac{3}{4}$, jedenfalls mehr als $\frac{1}{2}$ Stunde zurückzulegen. Aber auch Wegzeiten von mehr als 1 bis 2 Stunden sind bei fast genau $\frac{1}{3}$ der Angestellten (32,17%) anzutreffen, während noch stärkere Belastungen allerdings seltener vorzukommen pflegen (4,03%). Die Erhebung hat weiter gezeigt, daß in den kleineren Städten die kürzeren Wegezeiten stark vertreten sind, daß sich aber mit der Größe der Städte der Anteil dieser kürzeren Wegezeiten verringert, der der längeren vergrößert.

Totenliste

Am 30. März starb in Berlin der Professor für Eisenbahnwesen an der Technischen Hochschule *Fritz Helm*, im Alter von 52 Jahren. Vor seiner Berufung auf den Lehrstuhl Wilhelm Cauers hatte er von 1918 bis 1928 den Verband der Deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen geleitet.

Am 20. April starb in Berlin, im Alter von 58 Jahren, *Friedrich Pflug*, Ministerialrat in der Kraftfahrabteilung des Reichsverkehrsministeriums. Er hat sich um die Entwicklung des Automobilverkehrs in Deutschland verdient gemacht und auf zahlreichen internationalen Konferenzen für den Ausbau des europäischen Verkehrs gewirkt.

Am 27. Mai starb der führende englische Reeder *James Lyle Mackay Lord Inchcape*, 81 Jahre alt. Vom einfachen Buchhalter hatte er sich zum Präsidenten zahlreicher englischer Schiffsahrts- und Versicherungsgesellschaften emporgearbeitet, als solcher war er einer der maßgebenden Männer des englischen Wirtschaftsimperiums. Seine Tochter, *Elle Mackay*, kam bei einem Verluh den Atlantischen Ozean zu überqueren ums Leben. Ihr Erbteil in Höhe von 10 Millionen Mark stellte damals Lord Inchcape dem Schatzkanzler zur Ablösung der britischen Staatsschuld zur Verfügung.

Am 24. Juli starb in Brasilien einer der Großen, denen der Menschenflug zu danken ist: der französisch-brasilianische Wegbereiter der Luftfahrt *Alberto Santos-Dumont*, im Alter von 59 Jahren. Er umflog als erster am 19. Oktober 1901 in Paris mit einem von ihm konstruierten und gebauten Luftschiff den Eiffelturm. Diese Tat gab damals der Luftfahrt einen gewaltigen Impuls. Sie kam aus einem zielgerichteten Streben; schon der 6jährige Junge hatte es sich in den Kopf gesetzt zu bewirken, daß »der Mensch fliegt«.

Kurze Chronik

Der seit Jahren geplante *Rügendamm* soll $2\frac{1}{2}$ Kilometer lang werden, von Stralsund über die Insel Dänholm nach Altefähr auf Rügen führen und 2 Eisenbahngleise sowie Automobilstraße und Fußgängerweg enthalten. ◊ Am Rhein, unterhalb Bafels, sind Wehrbauten im Gang, um die *Rheinschiffahrt* im ganzen Jahr zu ermöglichen. Die Arbeiten stehen im Zusammenhang mit der Schiffbarmachung des Rheins bis zum Bodensee und der Durchführung eines Schiffsahrtswegs durch die Schweiz bis zur Rhone. Die Notwendigkeit dieses französischen Unternehmens wird damit be-

gründet, daß jährlich 30 Millionen Tonnen durch den Suezkanal an Marfeille vorbei über Gibraltar und die Nordseehäfen nach Zentraleuropa gehen und zum Beispiel nach Straßburg 6000 Kilometer zurücklegen, anstatt nur 3800 Kilometer über Marfeille und die Rhone durch die Schweiz und über Basel. ◊ Die italienische Regierung hat zur Beschäftigung von Arbeitslosen die *Schiffbarmachung des Po* von der Addamündung bis zur Mündung des Mincio beschloffen. Damit rückt der alte Plan eines Wasserwegs von Mailand bis zur Adria der Verwirklichung näher. ◊ Die Straßenbahnen Londons haben das letzte Geschäftsjahr mit einem Verlust von 109 136 Pfund Sterling abgefloffen, nachdem sie in den beiden vorhergehenden Jahren noch beträchtliche Überschüsse erzielt hatten. ◊ Der Personennahverkehr New Yorks hat im letzten Jahr um rund 5% abgenommen; es wurden 3,45 Milliarden Personen gegen 3,64 im Vorjahr befördert. An der Spitze stehen nach wie vor die Schnellbahnen mit 1,9 Milliarden beförderter Personen. ◊ In Berlin ist jetzt endlich dem Pionier des Flugwesens *Otto Lilienthal* ein Denkstein errichtet worden. Er steht auf dem Sandberg in Lichterfelde Ost, von dem aus Lilienthal seine ersten Gleit- und Segelflüge unternahm. Frankreich hat den deutschen Forscher, dessen Flugversuche für die Entwicklung der gesamten Luftfahrt richtunggebend gewesen sind, bereits vor einigen Jahren geehrt, indem es seiner ersten Segelflugschule den Namen *Ecole Lilienthal* gab.

Literatur

Die Verkehrsprobleme der Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten von Amerika hat *Carl Pirath* auf ausgedehnten Studienreisen untersucht (Berlin, Otto Elsner). An wertvollen betriebswirtschaftlichen Einzeluntersuchungen legt er die Schwäche und Stärke der nordamerikanischen Eisenbahnen im Wettbewerb mit anderen Verkehrsmitteln, vor allem dem Automobil, klar. Es ergibt sich dabei die Tatsache, daß der uneingeschränkte Wettbewerb der amerikanischen Eisenbahnen unter einander zu einer starken Belastung der gesamten Wirtschaft geführt hat und heute die Bahnen im Wettbewerb mit dem Automobil schwächt. Die angelfächischen Länder lehnen daher heute die bisher hochgehaltene freie Konkurrenz im Eisenbahnwesen unter dem Druck der Verhältnisse immer mehr ab und wenden sich einer planvoll und fachkundig geleiteten Verkehrswirtschaft zu.

Werkgestaltung / Ludwig Hilberseimer

Werkbundstiedlung Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage ist es dem Österreichischen Werkbund gelungen seinen seit Jahren geplanten Ausstellungsgedanken zu verwirklichen und eine Siedlung von 70 Häusern zu errichten. Sie wurde von 26 österreichischen und 6 ausländischen Architekten gebaut. Aus Österreich waren es unter anderem Josef Frank, Oswald Haerdtl, Josef Hoffmann, Clemens Holzmeister, Adolf Loos, Oskar Strnad und Oskar Wlach, aus Deutschland Hugo Häring, aus Frankreich Gabriel Guevrekian und André Lurçat, aus Holland G. Rietveld, aus den Vereinigten Staaten von Amerika Arthur Grünberger und Richard Neutra. Mit der Leitung der Ausstellung war Josef Frank betraut, auf den auch die Städtebauliche Anordnung der Häuser zurückgeht. Die Häuser bleiben, wie bei der Stuttgarter Werkbundaustellung 1927, der ersten dieser Art, nach der Ausstellung stehen und werden verkauft; einige Tage nach der Eröffnung war bereits fast die Hälfte verkauft. (Wie bedauerlich dagegen, daß die Häuser der Berliner Ausstellung Das Wachsende Haus (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 653) wieder abgebrochen werden müssen.) Ausstellungsprogramm war das kleine Einfamilienhaus für bescheidene Einkommen. Das wurde allerdings nur ausnahmsweise erfüllt, in der Regel überschritten. Ein Fehler aller Ausstellungen dieser Art. Sie verleiten die Architekten über das Notwendige und Mögliche hinauszugehen, statt sich mit den nüchternen Fragen des wirklichen Bedarfs auseinanderzusetzen. So kommt es, daß die Häuser alle zu teuer wurden, wenigstens für die Schicht, für die sie gedacht waren. Dabei würde es sich außerordentlich verlohnen grade die Lösung des Wohnungsproblems für die große Masse zum Gegenstand einer Ausstellung zu machen. Es mag so scheinen, als sei diese Aufgabe bereits gelöst, aber sie ist noch nicht einmal verbindlich gestellt. Unter Verkennung dieser wichtigen Aufgabe glaubte man, in dem Bestreben nach immer weiterer Verbilligung, die Lösung des Kleinwohnungsproblems in der immer weiter gehenden Verkleinerung der Wohnfläche gefunden zu haben. Das ist aber keine Lösung und zeigt nur, wie wenig man über diese so lebenswichtige Aufgabe nachgedacht hat. Zuerst ist die Frage des Wohnbedarfs zu klären, sind die sozialhygienischen Forderungen zu erfüllen. Die weitere Aufgabe ist dieses

Notwendige auf die billigste Weise herzustellen. Dies darf jedoch nicht auf Kosten der Qualität und der Wohnfläche gehen sondern kann immer nur durch eine Verbesserung der Herstellungsmethoden erreicht werden.

An 2 in dieser Hinsicht extremen Beispielen dieser Ausstellung zeigt sich eindeutig, was damit zu erreichen ist. So bedarf Josef Hoffmann, um in seinem Haus eine Wohnfläche von 36,9 Quadratmeter zu erreichen, 396 Kubikmeter umbauten Raums, was einen Nutzeffekt (Verhältnis der Wohnfläche zum umbauten Raum) 1 : 10,7 ergibt. Hugo Häring dagegen braucht zur Erreichung von 80,46 Quadratmeter Wohnfläche 444,5 Kubikmeter umbauten Raums, was einem Nutzeffekt 1 : 5,52 entspricht. Häring braucht also für den selben Nutzeffekt an Wohnfläche nur 50% des umbauten Raums wie Hoffmann. Oder er kann mit dem selben umbauten Raum wie Hoffmann ein Haus von doppelter Wohnfläche wie dieser bauen, was in der Tat auch geschehen ist. Das Hoffmannsche Haus kostet 38 000 Schilling, das Häringische 48 000 Schilling. Das Haus Häring ist zwar absolut teurer, aber bei seiner doppelt so großen Wohnfläche relativ erheblich billiger. Das hat darin seine Ursache, daß das Häringische Haus ein konsequenter kellerloser Erdgeschoßbau ist, das heißt, alle Räume liegen wie bei der Etagenwohnung in einer Ebene, während das Haus Hoffmanns zwar auch ein Erdgeschoßhaus, aber vollkommen unterkellert ist und damit den Sinn eines billigen Kleinhauses wieder aufhebt. Man könnte nun einwenden, daß bei einem größeren Haus dieser Nutzeffekt sehr viel leichter als bei einem kleinen zu erreichen ist. Das ist aber nicht richtig, denn Häring hat bei einem Haus von fast der gleichen Grundfläche wie Hoffmann einen ähnlichen Nutzeffekt erzielt.

Die Wiener Architekten glauben offenbar sich um diese wohnungsorganisatorischen und wirtschaftlichen Fragen nicht kümmern und sich nur den künstlerischen Fragen des Wohnungsbaus widmen zu sollen. Tatsächlich verstehen sie auch aufs reizvollste eine Wohnung einzurichten. Für die Wiener ist der Begriff der Garnitur, wie er in Deutschland noch immer, wenn auch in versteckter Form spukt, so gut wie verschwunden. Sie gehen von dem Prinzip aus, daß der Bewohner seine Möbel möglichst frei wählen, neben guten alten Stücken auch zweckmäßige neue stellen kann, ohne die Einheit des Raums zu stören. Diese künstlerische Freiheit ist zu begrüßen.

Einraum- wohnung

In Karlsruhe veranstaltete die Gesellschaft für Neue Bauweisen eine Ausstellung unter dem Stichwort Verkleinere den bezahlten Wohnraum, vergrößere den benutzten Wohnraum. Man zeigte die Ergebnisse langjähriger eingehender Studien und behandelte besonders das Problem des Kleinwohnungsbaus. Es wurde versucht für die Hausform Typen zu finden, die sich zur Serienherstellung eignen. Während in der normalen Wohnung die Räume verschiedenen Zwecken dienen, ging man hier von dem Prinzip einer Raumaufteilung grundsätzlich ab und erstrebte die Einraumwohnung. Ein Raum, eingerichtet für Essen, Schlafen, Wohnen. Durch eine Faltwand ermöglicht sich die Abgrenzung eines kleineren Raumteils für besondere Notwendigkeiten. Die Möblierung erfolgt durch Einbaumöbel und raumparende Einzelmöbel. Es ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, ob man für die Industrialisierung des Hausbaus Haustypen oder eine Typifizierung der Bauelemente voraussetzt. Während die Typifizierung des Hauses zu einer Starrheit führt, ermöglicht die Typifizierung der Bauelemente vollkommene Freiheit in der Grundrißbildung.

Von manchen der ausgestellten Grundrisse ist zu sagen, daß zwar in dem Einraum Fläche gespart, bei den dazugehörigen Nebenräumen diese aber außerordentlich verschwendet worden ist. Es wäre besser gewesen, hätte man diese Fläche dem Einraum zugute kommen lassen, der dann unter Umständen auch hätte geteilt werden können.

Wohnungsein- richtung

In Stuttgart fand eine vom Deutschen Werkbund veranstaltete Ausstellung Wohnbedarf statt, die von Gustaf Stotz geleitet wurde. Sie umfaßte alle mobilen und halbmobilen Gegenstände der Wohnung: Bodenbelag, Tapeten, Stoffe, Beleuchtungskörper, Möbel, Geschirre, Küchen- und sonstige Hausgeräte. Die Ausstellung zeigte keine Geräte "neuester Mode" sondern solche Dinge des täglichen Gebrauchs, die den Zweck, für den sie bestimmt sind, aufs vollkommenste erfüllen, und die, solange dieser Zweck besteht, auch nicht veralten. Der Einfluß der Mode auf die Gegenstände des Wohnbedarfs wirkt qualitätsmindernd, denn der Hauptakzent wird nicht mehr auf den eigentlichen Zweck und die Güte des Materials sondern auf den Dekor gelegt. Wenn immerzu etwas Neues angeboten wird, ist es vom Verkäufer aus gesehen nur konsequent Qualität, das heißt allzu

lange Dauer, gradezu als Hindernis anzulehen. Der Käufer ilt zwar der Leidtragende, aber durch sein Verlangen nach Neuem statt nach Gutem auch der Mitschuldige. Da besonders in Zeiten schlechter Konjunktur die Lager gar nicht so schnell geräumt werden können wie sie modisch veralten, kommt jetzt aus Verkäuferkreisen selbst die Forderung nach der Beschränkung auf wenige Typen, denen dann aber auch, was die Qualität der Ausführung anlangt, alle Aufmerksamkeit zugewendet werden müßte.

Veranstaltungen Mit dem Internationalen Architektenkongreß, der im Jahr 1930 in Budapest stattfand, war eine Architekturausstellung der beteiligten Nationen verbunden. Die *Schwedische Abteilung* fand dabei uneingeschränkte Anerkennung. Das lag an der Einheitlichkeit der Haltung, die bei aller Verschiedenartigkeit der einzelnen Architekten Itark zum Ausdruck kam. Von Budapest aus kam sie dann nach Amerika und dann nach Deutschland, wo sie in diesem Frühjahr in der Berliner Technischen Hochschule gezeigt wurde. Ende Juni wurde in Brüssel im Palais des Beaux Arts eine Internationale Ausstellung von *Photographien* eröffnet. Auch Deutschland war dort mit zahlreichen Arbeiten vertreten; so von Anne Biermann, Walter Peterhans und Lyonel Feininger. Beherrscht wird die Ausstellung von weit über 100 Lichtbildern von Cami und Saſcha Stone. Auf der Ausstellung werden ferner gezeigt: Photographie im Dienst der Wissenschaft, Photographie im Dienst der Publizistik, Photographische Illustration, Kinematographie und Reportage, Fliegeraufnahmen.

Kurze Chronik Zwischen Avignon und Nimes befindet sich ein *römischer Aquädukt*, der Rest einer Wasserleitung, die von dem heutigen Uzès her die römisch-gallische Stadt Nimes mit Wasser versorgt. Er überbrückt die tiefe Talschlucht des Gard in 3 Stockwerken, von denen das unterste 6, das mittlere 11 und das oberste 36 Bogen zählt. Er wurde unter Augustus durch Agrippa aus Werkstein ohne Bindemittel erbaut und hat bis jetzt allen Einwirkungen der Zeit widerstanden. Seit einiger Zeit benutzt man den Aquädukt als Brücke, über die schwere Lastwagen fahren, die durch ihre Erschütterungen das lose Gemäuer langsam zerstören, so daß, wenn diese unzumutbare Benutzung des alten Bauwerks nicht aufhört, mit seinem Einsturz zu rechnen ist. <- Die

Stadt übt überhaupt einen verhängnisvollen Einfluß auf *alte Bauwerke* aus. Die Einwirkung der Großstadtdünfte auf den Stein ruft in ihm Verfallerscheinungen zum Teil bedenklicher Art hervor. So kommt aus Paris die Nachricht, daß die Notre-Dame-Kirche und der Saint-Jacques-Turm dadurch recht gefährdet sind. <- Die württembergische Regierung hat beschlossen das *Stuttgarter Landesgewerbemuseum* in seiner bisherigen Form aufzulösen. Die Bestände sollen an das Schloßmuseum und die neu zu schaffende Sammlung gewerblicher Erzeugnisse gegeben werden. Der Hauptkonservator am Landesgewerbemuseum Hanns Josten wurde in dieser Eigenschaft an das Schloßmuseum berufen. Die Leitung des neuen Museums, das in den Räumen des Landesgewerbemuseums eingerichtet werden soll, wurde Hermann Gretsch übertragen, neben dem Rudolf Schnellbach als Assistent fungiert. Was mit der dem Landesgewerbemuseum angegliederten Sammlung von Geschmackslosigkeiten, dem bekannten Kitschmuseum, geschieht, ist noch nicht bestimmt. Es wäre sehr zu wünschen, daß es in seinen wesentlichen Teilen erhalten bleibt, denn es ist, wenn auch in negativer Weise, von großer kulturhistorischer Bedeutung.

Literatur Der Standpunkt, daß in der Kunstschöpfung Zweck und Material alles bedeuten, ist ebenso theoretisch wie der entgegengesetzte Standpunkt, den *Josef Frank* in seinem Buch *Architektur als Symbol* (Wien, Anton Schroll & Co.) einnimmt; daß die Schönheit Selbstzweck und damit über Material und Zweck zu stellen sei. Denn es gibt in der Kunst keine Realisierung, die nicht an ein Material geknüpft und an die Gesetze dieses Materials gebunden ist; wie es auch keine Kunstschöpfung gibt, die nur als die Summe ihrer Mittel anzusehen ist. Wie wenig Frank sich an seine These von der nicht materialgebundenen Schönheit hält, zeigt die Tatsache, daß er sich in seinem Buch sowohl für den griechischen Tempel wie für das ostasiatische Haus begeistert, deren Vollkommenheit ja eben darin besteht, daß sie ihre eigne Gesetzmäßigkeit und die ihres Materials erfüllen; denn das ostasiatische Holzhaus unterliegt ganz anderen Bildungsgeetzen als der griechische Steintempel. Ist das Buch als Ganzes widerspruchsvoll, so findet man in den einzelnen Kapiteln, oft in sehr geistreicher Formulierung, vieles Richtige zur Architektur unserer Zeit und zu unserer Zeit überhaupt.

Lebensgestaltung / Hedwig Steinkopf

Junge Frauen- generation Die junge Frauengeneration hat es heute besonders schwer. Außer von den materiellen Sorgen, die sie wie alle anderen zu tragen hat, wird die weibliche Jugend von ideellen Sorgen aufs Stärkste bedrängt. All die Fragen, über die man vor 20 Jahren heftig tritt, sind von neuem Diskussionsstoff geworden. Es gibt heute im Leben der jungen Frauengeneration nichts, über das man sich nicht den Kopf zerbricht. Die Errungenschaften der Frauenbewegung, die Gleichberechtigung der Frau in Liebe, Politik und Beruf; alles ist wieder in Frage gestellt. Die Hoffnung auf wirkliche Gleichstellung der Frau mit dem Mann ist ganz gering geworden. Auf die These folgt die Antithese, auf die heftigen Kämpfe der Frauenrechtlerinnen mußte der Rückschlag einsetzen. Nur ist vielleicht das Ausmaß dieser Rückwärtsbewegung erstaunlich. Allerdings muß in Betracht gezogen werden, daß diese Bewegung durch die ungeheure wirtschaftliche Not und die daraus folgende Arbeitslosigkeit gefördert wird. Dadurch, daß Männer ihre Arbeit verloren und durch billigere Arbeitskräfte, die Frauen, ersetzt wurden, mußte der Konkurrenzkampf der Geschlechter verschärft werden. Sobald aber dieses Gefühl klar empfunden und ausgesprochen wurde, machte man bei der Diskussion über die Berufstätigkeit der Ehefrau und der Frau überhaupt nicht halt. Wo man Fehler sucht, sind sie sicher zu finden. Dies war auf erotischem Gebiet besonders leicht; denn hier war ja im Leben der jugendlichen Frau die größte Umwälzung und damit auch die größte Unsicherheit eingetreten. Hier war ein dauerndes Hin- und Herpendeln zwischen Extremen. Erst jetzt scheint die junge Generation eine Synthese zwischen Altem und Neuem, zwischen "Hühnchen" und "Mannweib" gefunden zu haben. Hier eröffnete man nun ein Trommelfeuer gegen die moderne "Unmoral", für die man die Frauen allein verantwortlich machte. Bei diesen Bestrebungen die persönliche Freiheit der Frau wieder einzuschränken ist die Forderung nach ihrer politischen Entrechtung nicht weiter erstaunlich. Diese Tendenzen könnten nie gefährlich werden, wenn alle Frauen zusammenständen, um ihre mühsam errungenen Rechte zu verteidigen. Aber die meisten Frauen wehren sich gar nicht. Proteste in der Öffentlichkeit waren bisher nur von der Generation zu hören, die einstmals selbst gekämpft hatte. Die

junge Frauengeneration schweigt oder steht sogar im Lager der Gegner. Gewiß, man steht ererbten Gütern gleichgültiger gegenüber als solchen, um die man bitter gekämpft hat. Und doch gibt jene Erscheinung zu denken.

Wie steht es denn heute um die junge Frauengeneration? Lassen wir sie selbst sprechen. Gilgi, eine von uns, nennt Irmgard Keun ihr Buch /Berlin, Univerfitas/, das das Schickal eines jungen Mädchens erzählt, wie man sie heute überall sieht. Hübsch, sportlich geübt, geschmackvoll gekleidet, ist Gilgi ganz der Typus der modernen jungen Bureauangestellten. Sie ist ein nettes Menschenkind, klug und ehrgeizig. Sie hat sich ein hohes Ziel gesteckt und arbeitet fleißig wie ein Bienehen. Über alles macht sie sich ihre eignen Gedanken, sie ist scheinbar völlig selbständig. Von der ältern Generation trennt sie eine weite Kluft. Mit den jungen Männern steht sie sich durchaus gut. Sie kann Kameradschaft halten, läßt sich nicht leicht imponieren und lehnt jeden Gefühlsüberschwang ab. Mit dieser "fachlichen" Einstellung kommt sie sehr gut aus, bis sie eines Tages von der großen Liebe überwältigt wird, und ihre ganze kleine Welt zusammenbricht. Dieses mächtige Gefühl paßt absolut nicht in ihre Vorstellungen hinein. Theoretisch hatte sie die Liebe schon längst überwunden, praktisch wirft diese sie vollkommen um. Sie geht nun rückhaltlos in dem geliebten Mann auf, vergißt ihre Arbeit, ihr Ziel, überhaupt die ganze Welt um sich her. Erst durch das Erlebnis der Mutterschaft findet sie sich wieder. Jetzt aber als ein anderer, gereifter Mensch, als eine wirklich moderne junge Frau. (Hier freilich bringt Keun mehr ein Postulat als die Wirklichkeit, die sie bis dahin wiedergab. Die Gegenwart kennt sie, für die Zukunft hat sie nur einen unklaren Wunsch, der dazu noch mehr resigniert als überzeugt klingt.) Diese Gilgi ist wirklich eine von uns. Sie ist der Typus der jungen Generation, in ihrer Stellung zum Beruf wie zur Liebe. Sie ist durchaus nicht "unmoralisch", aber haltlos. Das darf uns nicht überraschen. Sie steht ja allein, muß sich ihre Welt zusammenzimmern, und niemand von den Älteren hilft ihr dabei. Von der alten Tradition ist sie losgelöst, und niemand zeigt ihr einen neuen Weg. Wie sie ihn findet und geht, das ist ihr persönliches Schickal, das nicht immer so günstig ist, wie Keun es uns zeigt. Aber Gilgis Probleme sind allgemeine Probleme, Gilgis Kampf ist gemeinsamer Kampf, und Gilgis endlicher Sieg wäre

der Sieg der ganzen jungen Frauengeneration über das Schwanken und Suchen der letzten Jahre. Die junge Frau will, losgelöst von den alten Fesseln, als freier Mensch durch die Vereinigung mit dem Mann zur höchsten Vollendung, zur Mutterchaft, gelangen, so wie sie Goethe am Ende des 2. Teils seines Faust aufgefaßt hat. Verschwunden ist der Krampf. Das Festklammern an die Unabhängigkeit der Persönlichkeit, die Angst durch das Kind rettungslos der männlichen Willkür ausgeliefert zu sein, wie Agnes Smedley (Eine Frau allein /Frankfurt, Sozietätsverlag/) und Hilde Maria Kraus in ihrem weiter unten besprochenen Buch ergreifend schildern, ist der jungen Generation fremd, wird kaum von ihr verstanden. Leider ist nicht jedes junge Mädchen so glücklich wie Gilgi. Nicht alle stehen positiv zu ihrem Beruf, nicht alle können sich allein zurechtfinden. Welche ungeheure seelische Not daraus zum Beispiel für die junge Arbeiterin entsteht, wurde schon in dieser Rundschau (1931 I Seite 412) behandelt. Noch viel trostloser ist die Lage der verheirateten Proletarierfrau, die neben ihrem Haushalt durch die Not gezwungen noch Fabrikarbeit leisten muß. Ihr Leben verläuft trostlos, unter den schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen. Hierbei ist das Wort von der Freiheit der Frau und ihrem Recht auf Arbeit zu bitterem Hohn geworden. Diese Opfer unserer Wirtschaft begehen durch ihre Sehnsucht nach dem Kind gradezu ein Verbrechen an dem Neugeborenen, das sie in solche Verhältnisse setzen müssen. (Die Sammlung des Textilarbeiterverbandes Mein Arbeitstag, mein Wochenende /Berlin, Textilpraxis/ enthält von Arbeiterinnen selbst geschriebene Berichte über ihre übergroße, daher den Menschen herabziehende Arbeitsbelastung.) Die Diskussion über das Recht der verheirateten Frau auf Ausübung eines Berufs beginnt erst bei besser bezahlten Berufen. Bei dem (an sich berechtigten) Widerstand gegen die "Doppelverdiener" ist die Gefahr groß, daß den Frauen grundsätzlich ihr Recht auf einen Beruf genommen wird. Die Behörden entlassen ihre verheirateten Beamtinnen, die noch arbeitenden Frauen werden von ihren arbeitslosen Kollegen scheinbar angefeindet. Der jungen Frau bleibt nur ein Ausweg, um ihr Brot und ihre Arbeitsstätte nicht zu verlieren: Sie heiratet nicht. Sie unterhält außerehelichen Verkehr. Und hiermit schließt sich der circulus vitiosus: Man hat wieder Grund über die Unmoral der jungen weiblichen Generation zu wettern.

Diese Not der jungen Frau wird aber offiziell noch gar nicht zugegeben. Man hat den Frauen ihre Rechte zugestanden und sie ihnen durch die Verfassung gesichert. Man freut sich über seine liberale Gesinnung, will aber nichts weiter mit dieser Sache zu schaffen haben. Ist es da ein Wunder, daß der Nationalsozialismus diese Lage für seine Zwecke ausnutzen kann? Den überlasteten Frauen ruft Adolf Hitler zu: Man hat euch in die Berufe gejagt, ihr dürft in den Kreis der Familie zurückkehren! Dem neuen freudigen Streben nach Mutterchaft entgegen er: Ihr könnt heiraten, eure Männer finden Brot, und eure Kinder Lebensraum. Und dann kommen die alten Ladenhüter, als neue Ideale hergerichtet: die Frau als Hüterin des Volkstums, als Schutz vor Überintellektualisierung der Nation, die Frau, die sich im Zeichen der Mütterlichkeit aus der Öffentlichkeit zurückzieht und in ihrem Heim als treue Gattin segensreich waltet. Das schlägt ein. Die Rechte waren den Frauen gegeben worden, die Ideale sollten sie selber aufstellen. Aber da verlagten sie. Jetzt werden ihnen "Ideale" gebrauchsfertig hingestellt. Die jungen Frauen haben nun wieder das Recht sich unglücklich und unzufrieden zu fühlen, sie glauben an das "Neue" und sehen nicht, daß hier Uralters hervorgeholt wurde. Sie sehen nicht, daß man sie um Jahrzehnte in ihrer Entwicklung zurückwerfen will, und keine Beweise erschüttern ihren Glauben. Sie haben nie eine "Frauenrechtlerin" gesehen und lachen sie aus, sie haben nie eine Parlamentarierin gehört und erklären, daß sie sie ablehnen. Sie wählen (man weiß nie, ob nicht zum letztenmal) Hitler, der ihnen die politischen Rechte entziehen will. Sie glauben mit ihm, daß der Marxismus an allem, also auch an ihrer Not, schuld ist, und sehen nicht das jämmerliche Verlagen der bürgerlichen Gesellschaft. Es könnte jetzt der Eindruck entstehen, als wäre die gesamte junge Frauengeneration im Lager Hitlers. Nein, die marxistischen Parteien haben viele junge Frauen in ihren Reihen, die hoffentlich jedes ihrer Rechte verteidigen werden. Aber sie könnten viel, viel mehr zu den Ihren zählen, wenn sie gewagt hätten die Not richtig zu erkennen. Auch jetzt wäre noch viel zu gewinnen, wenn man erkennen wollte, daß es nicht bloß bequemer Verformungstrieb, nicht bloß Berufsmüdigkeit ist, die die jungen Frauen zu den Nationalsozialisten treiben. Die meisten dieser Frauen sind nicht passiv sondern höchst aktiv. Sie kämpfen ja für

ein vermeintliches "Ideal". Und das ist das positive Element in dieser augenblicklichen Rückwärtsbewegung. Die Frauen kämpfen jetzt für die Aufhebung ihrer Gleichberechtigung. Aber da sie kämpfen, wird dies nie eintreten, sie werden sich nicht alte Fesseln anlegen lassen, oder sie werden sie in einem neuen Freiheitskampf zerbrechen.

Konnationale Erziehung Trotz all den ungeheuren Schwierigkeiten wurden dieses Jahr auch die deutsch-ausländischen Ferienschulen der Stadt Berlin (siehe dazu hier den Artikel Schwarz', 1930 III Seite 1126) im Juli und August durchgeführt. Zu den 6 deutsch-französischen und 4 deutsch-englischen kamen in diesem Jahr noch 2 deutsch-italienische Ferienschulen hinzu. Die Träger dieser Arbeit waren auf deutscher Seite die Stadt Berlin mit Unterstützung des preußischen Kultusministeriums und des Auswärtigen Amtes, in Frankreich und Spanien der Staat, in England die Stadt London. In diesen Ferienschulen lebten etwa 20 Schüler oder Schülerinnen im Alter von 16 bis 18 Jahren mit der gleichen Zahl gleichaltriger Schüler der anderen Nationen 5 Wochen zu gemeinsamer Arbeit zusammen. In diesem Alter sind die jungen Menschen noch so weit unverbildet, daß sie neue, ihnen fremde Eindrücke nicht übersehen oder von vornherein ablehnen, sie sind aber schon verständig genug sich mit ihnen auseinanderzusetzen und aus ihnen zu lernen. Weiter sind sie in diesem Alter noch nicht so diplomatisch, daß sie aus eigenem Geschick Differenzen ausgleichen könnten, und doch politisch schon so sehr interessiert, daß ein Zusammenleben mit einer andern Nation unbedingt fruchtbar sein muß. Da die Ferienschulen bewußt unpolitisch sind, kommen die Schüler natürlich aus allen weltanschaulichen Lagern. Da andererseits die Ferienschule in einer Zeit stattfand, die besonders politisch bewegt war, war oft genug Gelegenheit gegeben sachlich zu diskutieren. Ganz besonders interessant mußte sich unter diesen Gegebenheiten das Leben in einer deutsch-französischen Ferienschule gestalten. Es gab genug Leute, die von vornherein am Gelingen des Werks in diesem Jahr zweifeln wollten. Und doch stellen die Ferienschulen, die von der Stadt Berlin auch in diesem Jahr mit so viel Ruhe und Umlicht durchgeführt wurden, einen sehr großen, schönen Erfolg dar. Zwischen den jungen Deutschen und Franzosen herrschte ein herzliches Einver-

nehmen, das nie getrübt wurde. Sehr schnell hatten sich wirkliche Freundschaften aus anfänglichen Interessengemeinschaften entwickelt. Es gab auch so etwas wie Klaffengeiß der deutschen und der französischen Schüler gegen das deutsche und das französische Lehrerkollegium; gemeinsam ausgeheckte Streiche sind sicher auch ein starkes Bindemittel. Am Abend des Wahlsonntags hatte ein junger Franzose, der zu begierig war die Volksstimmung kennenzulernen, trotz strengstem Verbot ein Lokal aufgelockert, in dem Wahlergebnisse verkündet wurden. Hier wurde er dann von seinen Vorgesetzten aufgegriffen und sollte zur Strafe nach Hause geschickt werden. Den gemeinsamen Bitten aller Jungen gelang es dann das Lehrerkollegium, das begreiflicherweise einen gehörigen Schrecken bekommen hatte, zu erweichen. Während dieser Tage der wüsten Hetze vor den Wahlen waren die Ferienschulen in ihrer praktischen Arbeitsleitung gradezu eine Oase des innen- und außenpolitischen Friedens. Die jungen Anhänger Hitlers, die hier in diesen Ferienschulen in herzlicher Freundschaft mit jungen Franzosen zusammenlebten, leisteten während dieser 5 Wochen mehr Aufbauarbeit für Deutschlands Ansehen als ihr Führer es je getan hat.

Die wohlthuende Wirkung, die diese kurze Zeit gemeinsamen Erlebens und Arbeitens auf die jungen Menschen ausübte, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wie würden erst die Erfolge sein, wenn diese Schulen nicht nur kurze 5 Wochen dauerten! Vielleicht würden sich einer Verlängerung einer solchen Schule nicht unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Es müßte nur einmal der Versuch gemacht werden. Wenigstens nach den Erfahrungen dieses Jahres kann man für die fernere Entwicklung der konnationalen Ferienschulen die besten Hoffnungen hegen.

Sport Nach einem besonders hingerissen und die Zuschauer erregenden Spiel gegen "Big Bill" Tilden, den amerikanischen Großmeister, errang der Franzose Martin Plaa, der Wegbereiter der berühmten 4 Pariser Musketiere Lacoste, Cochet, Borotra und Brugnon, bei dem in Berlin ausgefochtenen Kampf der Berufstennispieler am 25. September den Weltmeistertitel. Frankreich, das seit Jahren im Besitz des Davispokals ist und ihn auch in diesem Jahr wieder trotz allen Prophezeiungen der deutschen Blätter neu errungen hat, steht also im Tennis-

spiel sowohl unter den Amateuren wie unter den Professionellen an der Spitze aller Nationen. Daß die Franzosen sogar die Angelfachen glänzend geschlagen haben, scheint manchen deutschen Blättern, die viel amerikanischer als die Amerikaner sind, gegen den Strich zu gehen; wenigstens zeigte das ein gewisser Unterton bei der Berichterstattung. Die systematisch betriebene politische Hetze gegen Frankreich, die Europa so schwer schädigt und die deutsche Aufwärtsentwicklung hintanhält, beginnt nun auch den Sportgeist der Anständigkeit und Neidlosigkeit anzugreifen. Jedenfalls steht die etwas widerwillige Aufnahme, die der französische Tennissieger in Berlin fand, in einem auffälligen Kontrast zu der stürmischen Begeisterung, mit der die deutschen Tennispieler vor wenigen Monaten in Paris gefeiert wurden. Die deutsche Jugend ist, wie die Jugend aller Länder, zu ehrlicher Zusammenarbeit und sachlicher Anerkennung der Leistungen anderer immer gern bereit; und wie gut sie sich mit der französischen Jugend versteht, zeigt die deutsch-französische Schülergemeinschaft, von der im vorigen Abschnitt die Rede war. Man muß nur verhindern, daß das von den Zeitungen gezüchtete alte Ressentiment in die jungen Köpfe dringt und sie vernebelt.

Totenliste Am 6. Februar starb in Hamburg der Richter und Kommunalpolitiker *Hermann Popert*, weiten Kreisen durch seinen Erziehungsroman *Helmut Harringa* bekannt (siehe die Rundschau Geistige Bewegung, in diesem Band Seite 702). Wie dieses Werk, das eine Auflage von weit über 300 000 Exemplaren erreichte, ist auch sein Tagebuch eines Sehenden der literarische Ausdruck lebensreformerischer Bestrebungen, für die sich Popert mit seiner kraftvollen Persönlichkeit einsetzte. Er war einer von denen, die nicht müde werden für eine Einheitsfront aller Menschen von Gelinnung zu kämpfen. Am 26. Februar kam in Berlin der junge Berufsboxer *Paul Völkner* im Ring an einer Herzlähmung ums Leben. Die Not der Artisten, zu denen die Berufsboxer gehören, wird blitzartig erhellt, wenn man erfährt, daß Völkner für seinen Todeskampf 72 Mark erhalten sollte.

Kurze Chronik Eine Statistik des Hamburger Statistischen Landesamts stellt fest, daß seit 1916 die Zahl der *unehelichen Geburten* stärker zurückgegangen ist als die der ehelichen. Auf 1000 nichtverheiratete Frauen im

Alter von 15 bis 45 Jahren kamen 1910 25,8, 1925 12,3 Geburten. ◊ Auf die *Not der Studenten* warf eine kurze Notiz, die Anfang September durch die Presse ging, ein helles Licht. Ein völlig ausgehungertes Mädchen bat in einem Lokal in München um Essen, man gab ihr eine Wurst. Als sie das Lokal verlassen und sofort gierig die Wurst zu essen begonnen hatte, wurde sie von einem Lastkraftwagen überfahren und tödlich verletzt. Es handelte sich um eine Werkstudentin. Unter den Studenten dürfte in diesem Winter die Not noch erheblich steigen. Viele dieser jungen Menschen, besonders die aus Arbeiterkreisen kommen, wissen nicht, wovon sie leben sollen. Um diese Not ein wenig lindern zu können, hat die Sozialistische Studentenschaft eine Sammelaktion, die Arbeiter- und Werkstudentenhilfe, eingeleitet. Die Spenden sind an die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Berlin zu richten.

Literatur Das Buch *Hilde Maria Kraus'* 9 Monate /Breslau, Bergstadtverlag/ schildert das Erlebnis der späten Schwangerschaft einer intellektuellen Frau. Sie gehört den bürgerlichen liberalen Kreisen an, und ihre Interessen beschränken sich auf diesen Kreis. Sie lebt nur sich selbst und wehrt sich gegen das Kind, das, wie sie glaubt, dieses Leben stören wird. Es wird nun von der Verfasserin sehr fein angedeutet, wie sich das Wesen dieser Frau während der 9 Monate der Schwangerschaft völlig umstülpt. Aus der ersten Verzweiflungsstimmung kommt der Haß gegen den unerwünschten Eindringling, und doch bricht siegreich die Mutterliebe durch. Mütterlichkeit beschränkt sich aber nicht auf den eignen kleinen Lebenskreis, sie will sich ausdehnen, sie sieht fremde Sorgen und versteht fremde Not. Die Mutter werdende Frau erkennt die Schalheit und Sinnlosigkeit ihres bisherigen Lebens. Sie steht schließlich als Ketzlerin in diesem Kreis ästhetischer Egoisten und wirbt für eine neue schönere Menschlichkeit. Das Buch ist sehr geschickt und fein geschrieben. Mit wenigen Worten sind große Zusammenhänge gekennzeichnet und seelische Gesamtbilder gegeben. Wer sich erst einmal in die Probleme dieser Frau vertieft hat, was nicht jedem ganz leicht fallen mag, der wird von diesem Buch sehr gepackt. Ganz glänzend sind die nebenbei gegebenen Einblicke in die innere Leere der Lebensführung einer bestimmten Schicht des gebildeten Bürgertums.



CONRAD SCHMIDT UMS JAHR 1885 /
NACH EINEM GEMÄLDE VON KÄTHE
KOLLWITZ, DAMALS KÄTHE SCHMIDT